



Stadtratssitzung

Donnerstag, 24. Juni 2010, 15.00, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Finanzdelegation: Antrag zur Jahresrechnung 2009; Bildung von Rückstellungen für den Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben; Bewilligung der notwendigen Nachkredite (FD: Klauser)	04.000068
2. Jahresbericht 2009	04.000068
3. Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit der Aufsichtskommission (AK) im Jahr 2009 (AK: Aeberhard)	04.000068
4. Tätigkeitsbericht 2009 der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten an den Stadtrat (AK: Sancar)	04.000352
5. Dringliche Motion Fraktion GLP (Jan Flückiger, GLP): Berner Filz im Hochbau zum Zweiten – StaBe die Bauherrschaft über den Feuerwehrstützpunkt wegnehmen (FPI: Hayoz)	10.000127
6. Kleine Anfrage Martin Schneider (BDP): Wie sieht es mit der Umsetzung der überwiesenen Motion Mozsa „Sicherheit in der Reitschule“ aus? (SUE: Nause)	10.000164
7. Initiative „Schliessung und Verkauf der Reitschule!“ (Abstimmungsbotschaft) (SBK: Bill / PRD: Tschäppät)	10.000143
8. Regionalkonferenz Bern-Mittelland; Teilkonferenz Wirtschaft: Beitritt (FSU: Eicher / SUE: Nause)	10.000140
9. Motion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die „2000-Watt-Gesellschaft“ zum (mittelfristigen) Ziel (SUE: Nause)	09.000355
10. Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klauser, GFL/Nadia Omar, GFL): Zweirad-Parkplatz Konzept für die Stadt Bern (TVS: Rytz)	09.000379
11. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Stefan Jordi, SP): Mehr Transparenz und Gewissheit für Fussgänger/innen und Velofahrende: Gemeinsam genutzte Flächen offensichtlich kennzeichnen (TVS: Rytz)	09.000415
12. Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Rahel Ruch, JA!): Ein Veloverleihsystem für Stadt und Agglomeration Bern (TVS: Rytz)	09.000277
13. Motion Fraktion SVPplus (Manfred Blaser, SVP): Freie Durchfahrt an der Morgenstrasse! -Entlastung der Bernstrasse (TVS: Rytz)	09.000369
14. Motion Fraktion SVPplus (Manfred Blaser, SVP): Freie Durchfahrt in der Morgenstrasse (TVS: Rytz)	10.000021
15. Motion Fraktion SVPplus (Manfred Blaser, SVP): Freie Durchfahrt an der Morgenstrasse! (TVS: Rytz)	10.000031

16. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): „Ozon-Ticket“ für BERNMOBIL (TVS: Rytz)	09.000300
17. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Unternutzte Berner Friedhöfe: Teilflächen für Wohnzweck umnutzen? (TVS: Rytz)	09.000419

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 19	799
Präsenzliste der Sitzung 15.00 bis 16.30 Uhr	801
Mitteilungen des Präsidenten.....	802
Traktandenliste	802
1 Finanzdelegation: Antrag zur Jahresrechnung 2009; Bildung von Rückstellungen für den Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben; Bewilligung der notwendigen Nachkredite	802
2 Jahresbericht 2009	807
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	817
Traktandenliste	818
2 Fortsetzung: Jahresbericht 2009	818
3 Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit der Aufsichtskommission (AK) im Jahre 2009	824
4 Tätigkeitsbericht 2009 der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten an den Stadtrat	826
5 Dringliche Motion Fraktion GLP (Jan Flückiger, GLP): Berner Filz im Hochbau zum Zweiten – StaBe die Bauherrschaft über den Feuerwehrstützpunkt wegnehmen	830
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr	837
6 Kleine Anfrage Martin Schneider (BDP): Wie sieht es mit der Umsetzung der überwiesenen Motion Mozsa „Sicherheit in der Reitschule“ aus?.....	838
7 Initiative „Schliessung und Verkauf der Reitschule“ (Abstimmungsbotschaft)	839
Eingänge	852

Präsenzliste der Sitzung 15.00 bis 16.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Peter Ammann	Kurt Hirsbrunner	Pascal Rub
Vinzenz Bartlome	Jimmy Hofer	Rahel Ruch
Giovanna Battagliero	Mario Imhof	Hasim Sancar
Henri-Charles Beuchat	Dannie Jost	Martin Schneider
Lea Bill	Ruedi Keller	Silvia Schoch-Meyer
Manfred Blaser	Daniel Klausner	Miriam Schwarz
Rithy Chheng	Vania Kohli	Yves Seydoux
Conradin Conzetti	Michael Köpfli	Luzius Theiler
Bernhard Eicher	Peter Künzler	Martin Trachsel
Regula Fischer	Annette Lehmann	Aline Trede
Rudolf Friedli	Edith Leibundgut	Gisela Vollmer
Jacqueline Gafner Wasem	Martin Michel Mäder	Nicola von Greyerz
Judith Gasser	Ursula Marti	Tanja Walliser
Jeannette Glauser	Robert Meyer	Peter Wasserfallen
Simon Glauser	Christine Michel	Thomas Weil
Guglielmo Grossi	Patrizia Mordini	Béatrice Wertli
Beat Gubser	Stéphanie Penher	Rolf Zbinden
Leyla Gül	Halua Pinto de Magalhães	Beat Zobrist

Entschuldigt

Hans Peter Aeberhard	Thomas Göttin	Claudia Meier
Cristina Anliker-Mansour	Claude Grosjean	Philippe Müller
Rania Bahnan Büechi	Lukas Gutzwiller	Tanja Sollberger
Kathrin Bertschy	Erich J. Hess	Hasim Sönmez
Peter Bühler	Ueli Jaisli	Barbara Streit-Stettler
Thomas M. Bürki	Stefan Jordi	Manuel C. Widmer
Dolores Dana	Lea Kusano	Christoph Zimmerli
Susanne Elsener	Daniela Lutz-Beck	
Tania Espinoza	Corinne Mathieu	

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI	Reto Nause SUE	Edith Olibet BSS
-------------------	----------------	------------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Regula Rytz TVS	
-------------------------	-----------------	--

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreter der Ratssekretär	Beat Roschi, Ratsweibel	
Annemarie Masswadeh, Pro- tokoll	Hanni Reut, Telefondienst	

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadt-
schreiber

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Eine Vorankündigung zum Stadtrats-Ausflug. Er wird in die nähere Umgebung führen und beansprucht also nicht den ganzen Tag, deshalb fahren wir erst um ca. 13.30 ab.

Traktandenliste

Traktandum 13, 14 und 15 werden gemeinsam behandelt.

1 Finanzdelegation: Antrag zur Jahresrechnung 2009; Bildung von Rückstellungen für den Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben; Bewilligung der notwendigen Nachkredite

Geschäftsnummer 04.000068 / -

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Eine Vorbemerkung für alle, die sich fragen, warum dieses Traktandum dem Jahresbericht vorangestellt wird. Wir richten uns nach dem Handbuch „Gemeindefinanzen des Kantons Bern“ und dort steht: „Das zuständige Organ hat über allfällige Nachkredite für nicht budgetierte übrige Abschreibungen separat und vorgängig zum Beschluss über die Jahresrechnung zu entscheiden.“

Antrag Finanzdelegation zur Jahresrechnung 2009

Die Finanzdelegation beantragt dem Stadtrat, die für den Abbau der Ferien- und Überzeitguthaben des Personals notwendigen Rückstellungen zu bilden und das Rechnungsergebnis 2009 entsprechend anzupassen. Zu diesem Zweck fasst er die folgenden Beschlüsse:

1. Der Stadtrat stimmt der Bildung von Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und Gleitzeitguthaben des Personals per 31.12.2009 wie folgt zu

- Präsidialdirektion (inkl. Gemeinde und Behörden)	Fr. 381 907.00
- Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie	Fr. 1 568 824.00
- Direktion für Bildung, Soziales und Sport	Fr. 1 661 959.00
- Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün	Fr. 1 921 064.00
- Direktion für Finanzen, Personal und Informatik	<u>Fr. 532 622.00</u>
Total	Fr. 6 066 376.00
2. Dafür werden die Globalkredite 2009 folgender Dienststellen mittels Nachkredit erhöht:
 - 100 Direktionsstabsdienste, Gleichstellung um Fr. 381 907.00 auf Fr. 4 237 306.22
 - 200 Direktionsstabsdienste um Fr. 1 431 454.26 auf Fr. 3 847 736.00
 - 500 Direktionsstabsdienste um Fr. 1 222 262.38 auf Fr. 33 426 119.29
3. Zum Rechnungsausgleich wird die Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag (610 Finanzverwaltung) um Fr. 6 066 376.00 gekürzt auf Fr. 42 976 184.93.

Bern, 11. Juni 2010

Sprecher FD *Daniel Klauser* (GFL): Warum dieser Antrag? Ich zitiere aus dem Bericht des Finanzinspektors zuhanden des Stadtrats, zu Ferien- und Überzeitguthaben der Mitarbeitenden: „Mit 2.51% des Gesamtvolumens aller ausbezahlten Gehälter werden die vom Amt für

Gemeinden und Raumordnung empfohlenen 2% deutlich überschritten. Die FPI hat daher im Rechnungsjahr eine Rückstellung in der Höhe von 6.7 Mio. Franken gebucht. Aufgrund einer Mehrheit im Gemeinderat gegen diese Rückstellung wurde die Buchung aber wieder rückgängig gemacht. Unter dem Aspekt der Grundsätze von Wahrheit und Vollständigkeit stützen wir klar die Haltung der Direktion FPI. Unseres Erachtens sollte nach wie vor eine Rückstellung gemäss den Empfehlungen des Kantons vorgenommen werden. Oftmals werden Verzögerungen bei der Umsetzung von Revisionsbemerkungen mit fehlendem Personal oder zu hoher Arbeitslast begründet. Dies lässt durchaus die Schlussfolgerung zu, dass ein Abbau der Zeitguthaben im normalen Rahmen kaum möglich sein wird. Eine Rückstellung würde in erster Linie zur Überbrückung von längeren ferienbedingten Abwesenheiten der Mitarbeitenden durch Aushilfspersonal dienen und nicht zur Auszahlung der Zeitguthaben.“ Zum gleichen Thema ist im Bericht der KPMG, der externen Revisionsstelle, zu lesen: „Da die Zeitguthaben gegenüber dem Vorjahr um 1.174 Mio. Franken zugenommen haben und der Gemeinderat einen Personalstopp für die kommenden Jahre beabsichtigt, empfehlen wir dem Gemeinderat, die Bilanzierung der Zeitguthaben nochmals zu überprüfen, dies auch im Hinblick auf die Einführung von HRM2, welche möglicherweise eine Verpflichtung zur Bilanzierung von Zeitguthaben mit sich bringt.“ Diese Bemerkungen der Revisionsstellen sagen also, die FPI habe es völlig richtig gemacht, als sie die Rückstellung bildete und der Gemeinderat habe es weniger toll gemacht, als er sie wieder auflöste. Die Finanzdelegation des Stadtrats ist mehrheitlich derselben Auffassung. Ich verweise darauf, dass wir am 3. Juni eine Motion der FDP überwiesen haben, die unter Punkt 2 genau diese Bildung von Rückstellungen fordert, allerdings nur für die Überzeiten, die Ferien werden darin nicht erwähnt. Dieser Punkt 2 wurde am 3. Juni mit 37 Ja- gegen 29 Nein-Stimmen angenommen.

Warum stellt die Finanzdelegation diesen Antrag? Sie findet, wenn von den Fachleuten so klar geäußert wird, diese Rückstellung sollte gebildet werden, sollte man dieser Empfehlung folgen. Es gibt für die FD auch noch eine inhaltliche Begründung: Es ist sehr stark auch im Interesse der Mitarbeitenden, dass sie die Möglichkeit haben, die Ferien und Überzeitguthaben zu kompensieren. Der Gemeinderat sagt ja, er sei bestrebt, diese Guthaben zu reduzieren. Wenn man die Rückstellung bildet, fliesst etwas in die laufende Rechnung ein, wenn sie tatsächlich reduziert werden und das bildet einen zusätzlichen Anreiz für den Gemeinderat, für eine Reduktion zu sorgen. Es ist auch ehrlicher in der Bilanzierung, weil man die Leistung ja de facto bereits bezogen hat. Das Geld ist in Form von Arbeit ausgegeben, also soll sich das auch in der Rechnung widerspiegeln. Wenn in den Folgejahren die Ferien- und Überzeitguthaben abnehmen, kann die Rückstellung teilweise aufgelöst werden, das würde in die laufende Rechnung einfließen; falls die Guthaben weiter zunehmen, müsste die Rückstellung entsprechend erhöht werden. Was hat die Annahme des Antrags für Auswirkungen? Mit der Rückstellung von knapp 6.7 Mio. Franken wären statt rund 49 nur knapp 43 Mio. Franken des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags abgebaut, womit er sich per Ende 2009 statt auf 50.226 Mio. Franken noch auf 56.328 Mio. Franken beläuft. Die FD empfiehlt dem Stadtrat mit 4 gegen 2 Stimmen Annahme des Antrags.

Fraktionserklärungen

Ursula Marti (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion ist klar gegen diesen Antrag. Wir sehen den Sinn der Übung nicht ein. Weil wir Schulden haben, bringt es viel mehr, diese 6 Mio. Franken für den Schuldenabbau zu verwenden, anstatt Rückstellungen zu horten, die man gar nicht braucht. Wir müssten auch unnötigerweise Schuldzinsen bezahlen, es würde uns also etwas kosten, aber rein gar nichts bringen. Mit dieser Rückstellung würden wir einfach stille Reserven bilden, aber dafür ist es definitiv der falsche Moment, jetzt wo wir noch Schulden haben und am Schnüren eines Sparprogramms sind. Das würde uns nur noch mehr

einengen. Stille Reserven bildet man dann, wenn man Reserven hat. Die Rückstellungen bringen nichts, weil man sie nicht braucht, das sagt auch die Finanzdirektorin. Überzeiten werden in der Regel kompensiert und nicht ausbezahlt, das kommt nur selten vor und das soll auch so sein, die Angestellten haben ein Recht auf ihre Freitage. Die Rückstellungen sind im Übrigen auch nicht vorgeschrieben, wie fälschlicherweise immer wieder behauptet wird. Es gibt eine Empfehlung des Kantons und die übernehmen natürlich auch die Revisionsstellen, aber es geht dabei im Wesentlichen darum, die Überzeitguthaben durch das Bilanzieren transparent zu machen, damit sie nicht vergessen gehen. Das ist ein wichtiges Anliegen und es ist richtig, dass der Kanton die Gemeinden dazu anhält. Aber in der Stadt Bern ist die Transparenz gegeben, es gibt eine genaue Übersicht, wo wie viele Überzeiten bestehen und aus diesem Grund müssen wir sie nicht bilanzieren. Uns stört an diesem Antrag auch, dass die Rückstellungen rückwirkend gemacht werden sollen, man muss also die ganze Jahresrechnung und den ganzen Jahresbericht neu erstellen. Wir würden mit diesem Antrag eine Riesenarbeit auslösen. Wenn schon, sollte man so etwas nicht rückwirkend machen, sondern von vornherein einplanen. Wir lehnen diesen in unseren Augen unnützen Antrag, der zum falschen Zeitpunkt kommt, ab. Gleichzeitig fordern wir aber den Gemeinderat auf, noch besser darauf zu achten, dass die Überzeiten und Ferienguthaben bezogen werden können und auch wirklich bezogen werden. Das Ziel muss sein, diese Guthaben zu senken und auf einem tieferen Niveau halten zu können.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Dieser Antrag ist ein Zeichen einer politischen Willensäusserung, aber keine rechtliche Verpflichtung, die uns vom Amt für Gemeinden und Raumordnung vorgegeben wäre. Der Stadtrat muss sich im Klaren sein, dass, wenn er diesen Antrag annimmt, drei weitere Nachkredite in Kauf genommen werden, Rechnungskosmetik betrieben wird, paradoxerweise Überstunden für Charles Pfister und seine Mitarbeitenden generiert werden und das Problem der Überstunden im Grundsatz nicht gelöst ist. Die Fraktion GB/JA! ist der Meinung, es sei wichtig, Massnahmen zu treffen, damit die städtischen Mitarbeitenden Überstunden abbauen können. Es geht um ihre Gesundheit und um ihr Wohl. Es ist aber ein falsches Signal, dafür Geld in Aussicht zu stellen; dadurch sinkt die Bereitschaft, Überzeit zu kompensieren. Aus meiner Erfahrung in der Kommission PVS möchte ich noch festhalten, dass der Stichtag 31.12. für die Mitarbeitenden der TVS sehr ungünstig ausfällt und nicht repräsentativ ist, werden doch in den Wintermonaten am meisten Überstunden geleistet, die erst im Frühjahr kompensiert werden können. Die Fraktion lehnt den Antrag ab.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Unsere Fraktion freut sich, dass die FD die Idee des überwiesenen Punktes unserer Motion aufgenommen hat. Es ist richtig zu sagen, man wolle in der Bilanz sämtliche Schulden und sämtliche Guthaben ausgewiesen haben, und es ist eine Schuld, wenn Leute eine Arbeit geleistet haben, für die sie noch nicht entlohnt worden sind. Die Überlegung ist richtig und wir teilen darum die Meinung der SP nicht, wonach die Massnahme überflüssig sei. Entweder macht man eine vollständige Bilanz und Erfolgsrechnung oder man lässt es ganz bleiben. Wir lehnen den Antrag trotzdem ab, weil wir finden, es gehe nicht an, dies über einen Nachkredit zu finanzieren. Wir wollen, und das ist auch die Absicht des Vorstosses, dass man dies über die ordentliche Rechnung, über das ordentliche Budget macht. Der Vorstoss ist ja überwiesen, damit gehe ich davon aus, dass der Gemeinderat ab 2010 die Überstunden ins Budget aufnehmen und nicht einen Nachkredit bringen wird. Ich erinnere daran, dass wir jetzt schon 13 Mio. Franken über Budget sind. Wenn wir noch einmal 6 Mio. Franken aufstocken, haben wir am Schluss 20 Mio. Franken mehr ausgegeben, als wir budgetiert hatten und das darf nicht sein.

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Unsere Fraktion unterstützt den Antrag. Er ist berechtigt, insbesondere auch, weil es um eine Revisionsbemerkung geht, die seit Jahren immer wieder auftaucht und die nie befolgt wurde. Er ist vor allem vom Umfang her berechtigt, denn es geht hier um sage und schreibe 22'000 Arbeitstage, das ist nicht einfach ein Klacks. Man hätte das schon immer machen sollen und wenn man es erst jetzt zum ersten Mal macht, so gibt das halt einen einmaligen Sonderaufwand, das ist unvermeidlich. Allerdings holt man das wieder rein, wenn man die Überstunden abbaut, wie es ja das Ziel ist, indem man die Rückstellung auflösen kann. Und wenn man sie nicht abbauen kann, so bleibt es ein einmaliger Sonderaufwand. Es ist nicht so, dass die Rückstellung der Bildung einer stillen Reserve gleichkäme, die Leute haben ja effektiv mehr gearbeitet und damit auch mehr Leistungen erbracht, auch wenn man das Geld nicht ausbezahlt hat. Aufwand und Ertrag müssen einander richtig gegenüber gestellt werden.

Peter Ammann (GLP) für die Fraktion GLP: Zwei, drei Bemerkungen, die vorhin gefallen sind, sind mir etwas komisch vorgekommen. Es geht hier offenbar um Eventualverpflichtungen der Stadt Bern. Es wurde Arbeit geleistet und es gibt keinen sachlichen Grund, warum man die verlangten Rückstellungen nicht machen sollte. Das Problem der Überzeiten oder der nicht bezogenen Ferien müsste man auf einem anderen Weg lösen, nicht, indem man sie Ende Jahr nicht in die Bilanz aufnimmt. Mir ist klar, dass die Stadt keine Unternehmung ist und dass man darum nicht mit irgendwelchen Accounting Standards argumentieren kann. Aber der Kanton hat die Rückstellung empfohlen und wir sind der Meinung, die Stadt sollte der Empfehlung folgen. Offenbar ist sie schon länger ein Thema. Vielleicht ist diese kleine Übung jetzt nötig, damit man es in Zukunft regulär macht und die Rückstellungen in die Bilanz aufnimmt, wie es sich gehört. Die GLP wird dem Antrag zustimmen.

Daniel Klausner (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Mich würde interessieren, ob die Rückstellungen für dieses Jahr gebildet worden sind und wenn nicht, ob sie im Budget 2011 berücksichtigt sind. Unsere Haltung ist: Wenn man die Rückstellungen jetzt nicht bildet, so werden sie nie gebildet. Man hat es schon mehrmals verlangt, aber der Gemeinderat hat sich standhaft geweigert, sie zu bilden. Wenn er nicht dazu gezwungen wird, indem wir hier beschliessen, wird er es nie machen. Falls er die Rückstellung im Budget 2011 bilden würde, liebe Kolleginnen und Kolleginnen von der linken Seite, so müsste man das Budget 2011 um diese 6 Mio. Franken entlasten, weil wir der altrechtlichen Schulden wegen kein Defizit budgetieren dürfen. Ich bin sehr gespannt darauf zu hören, wo wir diese 6 Mio. Franken einsparen. Es wurde gesagt, das verursache extrem viel Arbeit für Charles Pfister. Dazu haben wir in der FD natürlich auch nachgefragt und er hat uns versichert, das seien ein oder allenfalls zwei Tage Arbeit. Wir führen hier auch nicht irgendeine Scheindebatte, sondern es ist unsere Kompetenz als Stadtrat, dafür zu sorgen, dass diese Rückstellung gebildet wird. Und noch einmal: Es ist im Interesse des Personals, denn wenn die Überzeiten in der laufenden Rechnung ausgewiesen sind, ist ein finanzieller Anreiz da, die Überzeiten zu reduzieren. Es ist ja nicht so, dass den Leuten die Guthaben einfach ausbezahlt würden, sondern die Rückstellung würde es ermöglichen, allenfalls Entlastungsleute anzustellen, so dass die angehäuften Ferienguthaben endlich bezogen werden könnten. Es ist also auch ein personalfreundlicher Antrag, den die FD gestellt hat und den die Fraktion GFL/EVP unterstützt und ich verstehe nicht recht, warum die Seite des Rats, die sich in letzter Zeit so sehr als Hüterin der Interessen des Personals geäussert hat, das nicht annehmen will.

Einzelvoten

Rudolf Friedli (SVP): Ich verstehe die Argumentation der FDP nicht, man wolle nicht mithelfen, weil es über einen Nachkredit laufe, man habe bereits genug Geld ausgegeben und das Budget überzogen. In dem Fall muss ich sagen: Wir haben ja auch mehr eingenommen als budgetiert und gerade darum können wir jetzt diese Rückstellung machen. Gerade die FDP, die sagt, man solle nicht weiterfahren wie bisher, hilft jetzt nicht mit, die Sache in Ordnung zu bringen. Das ist ein Widerspruch.

Peter Wasserfallen (SVP): Es steht hier: Posten 100, Direktionsstabdienste, Gleichstellung. Mir ist klar, dass der Posten im Budget so heisst. Aber ich hoffe, dass dieser Überhang an Überstunden von 381'000 Franken nicht hauptsächlich im Gleichstellungsbüro angefallen ist, und dass dieser blöde Sprachleitfaden nicht etwa noch in der Überzeit gemacht wurde. Ich stimme dem Antrag der Finanzdelegation zu, weil man damit eine saubere Rechnung erhält und zeigt, was man an Passiven sprich Überstunden gegenüber den Angestellten hat. Aber ich bin nicht bereit, jedes Jahr Überstunden für Organisationseinheiten der Stadt Bern zu genehmigen, in denen es eigentlich gar keine Überstunden geben dürfte. Die Polizei, die Feuerwehr, das Tiefbauamt – dort gibt es immer wieder Überstunden, weil echte Einsätze geleistet werden. In irgendwelchen Bürostellen wie Gleichstellung hingegen machen sie, so hoffe ich, keine Überstunden (mehr), denn wie gesagt, die Arbeit, die dort geleistet wird, können wir nicht honorieren.

Bernhard Eicher (JF): Ich kläre das Unverständnis der SVP gern: Überlegen wir folgendes: Wenn wir jetzt einen Nachkredit von 6 Mio. Franken zur Bildung von Rückstellungen genehmigen, so heisst dies, irgend einmal kann man die Rückstellung auch wieder auflösen. Wir geben der Verwaltung also zusätzliche 6 Mio. Franken, die sie irgendeinmal einsetzen kann, wenn die Überstunden kompensiert sind. Für uns Bürgerliche, die wir der Meinung sind, die Verwaltung gebe unter dem Strich ohnehin schon zu viel Geld aus, kann es nicht sein, dass wir jetzt noch einen Nachkredit sprechen für Geld, das man zusätzlich ausgeben kann.

Rudolf Friedli (SVP): Was geleistet wurde, muss in der Buchhaltung auch mit Geld hinterlegt sein. Ich verstehe nicht, warum die Wirtschaftspartei FDP das nicht einsieht.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz:* Die Haltung des Gemeinderats zu dieser Frage ist immer noch die gleiche wie im Februar 2010 und am 3. Juni 2010: Für die Gemeinden im Kanton Bern gelten für die Rechnungslegung kantonale Vorschriften und nicht privatwirtschaftliche, für sie gilt HRM I und damit müssen die Überzeitguthaben nicht bilanziert werden. Wir verhalten uns also regulär und rechtlich korrekt. Die kantonale Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) hat im Jahr 2005 den Gemeinden die Bildung von Rückstellungen lediglich empfohlen, und dies auch nur, wenn sie 2% des Gesamtvolumens aller ausbezahlten Löhne und Sozialausgaben ausmachen. Wir haben es schon damals gesagt und ich wiederhole es noch einmal: Das Ziel des Gemeinderats ist es, dass übertragene Überstunden in den kommenden Jahren durch Freizeit kompensiert werden. Eine Auszahlung soll nur in Ausnahmefällen erfolgen, weil wir der Meinung sind, die städtischen Angestellten sollen ihre Arbeit im Rahmen der ordentlichen Arbeitszeit leisten können und sie haben das Recht auf Ferien und Freizeit. Der Sprecherin der SP, die den Gemeinderat aufgefordert hat, besser für den Abbau zu sorgen, kann ich versichern: Der Gemeinderat setzt alles daran. Wir ermahnen die Abteilungen, die Direktionen führen Reportings in dieser Frage, der Gemeinderat hat die Überstundensituation standardmässig auf seinem Quartalsreporting. Das ist Ihnen ja auch klar: In gewissen Wintern, wenn es viel Schnee zu räumen gibt oder, falls die Schweiz gegen Honduras gewinnen

sollte und der Bundesplatz mit Einweggeschirr übersät wäre, gibt es nun einmal Überstunden. Man muss die Arbeit erledigen, wenn sie anfällt. Zu den Fragen von Daniel Klauser: Rückstellungen im Budget 2010: Nein. Im Budget 2011: Nein, denn wir können ja kaum wissen, wie viele Überstunden im 2011 geleistet werden, also ist es schwierig, sie zu budgetieren. Wir werden aber die Umsetzung der Motion Eicher vornehmen, in der Rechnungslegung 2010. Dort werden diese Buchungen erstmals erscheinen. Man kann im Budget keine Überstunden budgetieren, aber in der Rechnungslegung kann man sie berücksichtigen. Es wurde gesagt, das Ganze bedeute einen Tag Arbeit für Charles Pfister. Aber nicht nur Charles Pfister würde daran arbeiten, sondern Sie können zu seinem Aufwand noch den von fünf Direktionsfinanzdiensten und von sechs Stabsstellen rechnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag ab (18 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen).

2 Jahresbericht 2009

Geschäftsnummer 04.000068 /

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat hat den vorliegenden Jahresbericht mit allen Bestandteilen an seiner Sitzung vom 28. April 2010 beschlossen, nachdem er bereits am 3. und 10. März 2010 die HRM-Rechnung und die Produktgruppen-Rechnung genehmigt hatte. Er beantragt dem Stadtrat:

- Genehmigung des Jahresberichtes 2009.
- Kenntnisnahme der Laufenden Rechnung 2009 nach Harmonisiertem Rechnungsmodell.
- Kenntnisnahme der Nachkredite zu den Globalkrediten 2009 von Fr. 27 341 932.73 in der Kompetenz des Gemeinderates.
- Kenntnisnahme vom Bericht des Rechnungsprüfungsorgans.

Bern, 28. April 2010

Sachkommissionen

Sprecherin FSU *Christine Michel* (GB): Als eine Vertreterin der FSU in der Finanzdelegation werde ich zu den Jahresberichten der Direktionen FPI und SUE Stellung nehmen. Ich bedanke mich auch im Namen des Präsidenten der FSU, Peter Bühler, bei den beiden Direktionen dafür, dass sie uns bei den Delegationsbesuchen und in den Kommissionssitzungen nach bestem Wissen und Gewissen Auskunft gegeben haben und dass die Gespräche in einer konstruktiven Atmosphäre stattgefunden haben.

Ich beginne mit der Direktion FPI. Dort musste die Steuerverwaltung wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise insbesondere bei juristischen Personen einen Rückgang der Steuererträge hinnehmen. Es gelang aber trotzdem, einen Ertragsüberschuss zu erwirtschaften, der für den Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags eingesetzt wird. Im Personalamt gab es eine Häufung länger dauernder Absenzen, die auf Einzelschicksale und höhere Gewalt zurückzuführen sind. In diesem Zusammenhang wurde in der Kommission über den Abschluss einer kollektiven Krankentaggeldversicherung in der Stadtverwaltung diskutiert. Man wird das prüfen. Eine Frage war auch, ob es nicht sinnvoll wäre, die Möglichkeit von Stellvertretungen bei längeren Absenzen als Regel einzuführen. Das Auffangen von längeren Absenzen gehört aber zu den Führungsaufgaben der einzelnen Vorgesetzten und darum kann nicht eine für alle gültige Regel erstellt werden. Beim Personalamt wurde weiter festgestellt, dass das Geld, das für die

Umsetzung des neuen Familienzulagengesetzes eingestellt war, kaum beansprucht wurde. Offenbar konnten die Kosten, die je nach Direktion sehr unterschiedlich ausfielen, in den Budgets der Direktionspersonaldienste aufgefangen werden. Der Verlust der Schul- und Büromaterialzentrale, die immer ein wenig ein Sorgenkind ist, konnte 2009 gesenkt werden, unter anderem, weil Neukunden akquiriert wurden.

Zur Direktion SUE: Bei Kosten von fast 121 Mio. Franken und einem Erlös von 119 Mio. Franken belaufen sich die Nettokosten auf von 1.5 Mio. Franken und liegen damit einiges unter dem Voranschlag. Das erfreuliche Ergebnis ist hauptsächlich auf den nicht budgetierten zusätzlichen Buchgewinn durch die Auslagerung der Übertragungsnetz AG von ewb zurückzuführen. Bei der Kantonspolizei waren einerseits die hohen Kosten im Zusammenhang mit Sportanlässen ein Thema und andererseits, dass Police Bern mit der Rekrutierung von zusätzlichem Personal für die Umsetzung der Sicherheitsinitiative angefangen hat und denkt, dass sich der vorgesehene Fahrplan einhalten lässt. Beim AfU entwickelt sich das Gebäudesanierungsprogramm erfreulich und stösst auf grosses Echo bei den Hauseigentümern. Sowohl beim AfU wie auch beim Wirtschaftsamt zeigt sich zum Teil eine schwierige Personalsituation, zum Teil mit Krankheitsfällen. Das wird anlässlich des Delegationsbesuchs zum Budget genauer angeschaut. Ein grosses Ereignis 2009 war die Eröffnung des Bärenparks, wobei natürlich die Kostensteigerungen zu negativen Schlagzeilen geführt haben. Der Bärenpark selber aber erfreut sich grosser Beliebtheit, was auch zu einigen Sicherheitsproblemen führt, die angegangen werden müssen. Noch nicht realisiert ist der Lift, der den Behinderten den Zugang erleichtern würde. Die FSU beantragt für beide Direktionen Genehmigung des Jahresberichts, sie hat aber auch festgehalten, dass der Stadtrat zwei Nachkredite nicht genehmigt hat und dass dies transparent ausgewiesen werden muss. Diese Nachkredite sind jetzt im Korrigendum zum Jahresbericht ausgewiesen. Nachkredite, wie die Aufstockung im Finanzinspektorat, die erst gestellt werden, wenn die Ausgaben bereits getätigt sind, sind besonders unerfreulich und problematisch.

Sprecher PVS *Daniel Klauser* (GFL): Ich spreche zur Direktion TVS und zu einem Teil der PRD – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bauinspektorat. Ich gehe vor allem auf Punkte ein, bei denen sich aus den Delegationsbesuchen heraus eine Diskussion in der Kommission ergeben hat. Dass 700'000 Franken weniger für den öV ausgegeben worden bzw. als öV-Beitrag an den Kanton geflossen sind, hat für Stirnrundeln gesorgt. Aber es ist so, dass man vom Kanton Vorgaben erhält für die Budgetierung und diese Vorgaben sind nicht besonders genau, die Stadt kann das nicht beeinflussen und das Endergebnis ist dann halt ein anderes. Die Berechnung der Beiträge ergibt sich aus den gesamten Kosten für den öV im ganzen Kanton und aus den öV-Punkten. Wie viele öV-Punkte die Stadt hat, hängt von den Haltestellen ab. Aber man kann nicht wissen, wie viele öV-Punkte es im gesamten Kanton hat, weil dies davon abhängig ist, was andere Gemeinden machen, und man kann auch nicht wissen, wie hoch die Gesamtkosten sind. Man hat auch diskutiert, welche Lehren die TVS aus der Situation im Schlosspark Bümpliz und dem Parkpflegewerk Elfenau zieht, wo sich in der lokalen Bevölkerung ziemlich viel Opposition ergeben hat und man hat uns versichert, die entsprechenden Prozesse seien angepasst worden, so dass man hoffentlich in Zukunft solche Situationen vermeiden kann. Ebenfalls ein wichtiges Thema beim Delegationsbesuch waren die Gesundheitsprobleme von Mitarbeitenden, die auf Grund ihrer schweren Arbeit, sei es bei der Stadtgärtnerei oder bei der Abfallentsorgung, körperliche Gebrechen haben, wie man damit umgeht und dass es wichtig ist, dass sich die Stadt gegenüber diesen Personen korrekt verhält. Es gibt Nischen- und Schonarbeitsplätze in der TVS, die es solchen Leuten ermöglichen, im Erwerbsleben zu bleiben. Immer wieder ein Thema sind Kostenerlasse bei Veranstaltungen. Die Steuerungsvorgabe des Stadtrats wird regelmässig überschritten, das wird auch beim Budget wieder ein Thema sein. Man ist nicht ganz zufrieden mit dem, was der Gemein-

derat gemacht hat. Ein Problem, das sich in der TVS und bei der PRD stellt, sind die Objektmieten und die Nebenkosten, die von Seiten StaBe verrechnet werden. Die StaBe machen Angaben für die Budgetierung, die im Nachhinein völlig anders sind, es geht um Abweichungen, die sich im Bereich von mehreren hunderttausend Franken bewegen können. Das macht es für die betroffenen Dienststellen sehr schwierig zu budgetieren und sie können nichts dafür, wenn die Schlussrechnung ganz anders aussieht als das Budget. Beim Bauinspektorat war die schlechte Qualität der Baugesuche ein Thema. Es braucht einen recht grossen Aufwand, sie so hinzukriegen, dass man sie behandeln kann. Zum Teil sind auch falsche Baukosten aufgenommen, was beim Bauinspektorat zu Mindereinnahmen führt. Und als letzter Punkt das WErG: Bis Ende Jahr sollte es einen Bericht dazu geben, wie es weitergeht.

Sprecherin SBK *Ursula Marti* (SP): Ich danke den Direktionen und Abteilungen, die wir angeschaut haben – BSS, Teile der PRD, GuB – ganz herzlich für ihren grossen Einsatz über das ganze 2009 und für die offenen und konstruktiven Gespräche, die wir anlässlich der Delegationsbesuche und in der Kommission mit den verschiedenen Abteilungen führen konnten. Ich beginne mit der BSS. Bei der Drogenanlaufstelle konnte die Nachfrage besser bewältigt werden als die Jahre zuvor, des neuen Angebots in Thun wegen und wegen einer strikten Eingangskontrolle und einer Zugangsbeschränkung auf Frauen am Montag. Das hat zu einer Beruhigung geführt. Die Aufrechterhaltung dieser recht ruhigen Situation erfordert aber viel Koordination und interdisziplinäres Zusammenarbeiten. Auf eine zweite Drogenanlaufstelle hat der Gemeinderat verzichtet, hauptsächlich wegen der fehlenden Finanzierung des Kantons. Für das breit geforderte Case Management im Suchtbereich hat es im vergangenen Jahr organisatorische Anpassungen gegeben, die Einführung wurde vorbereitet und sollte Ende dieses Jahres erfolgen. Das Kompetenzzentrum Integration ist daran, das bestehende Leitbild zu überarbeiten, der Entwurf dazu wurde letztes Jahr in die Vernehmlassung geschickt. Der bewusst sehr partizipativ gewählte Ansatz erfordert seine Zeit. Das Jugendamt hat seine Leistungen ausgebaut, die Anzahl Ferienplätze im Fäger sind gestiegen. PINTO hat sich etabliert und ist mit den neu geschaffenen Kennzahlen auf gutem Weg. Dauerthema im Jugendamt ist die familienergänzende Kinderbetreuung. Die Schaffung der neuen Kita-Plätze ist anspruchsvoll, aber zu bewältigen. Das Jugendamt hat auch den Mut gehabt, Projekte einzustellen, so etwa die Hängebrücke. Man hat die Erfahrung gemacht, dass für die meisten Betroffenen andere Betreuungsangebote passender sind. Zum Sozialamt: Die Kosten für die ambulante Sozialhilfe sind im Berichtsjahr tiefer ausgefallen als erwartet, sie werden sich aber vermutlich der Wirtschaftskrise wegen wieder erhöhen. Im Bereich betreutes Wohnen ist festzustellen, dass die Nachfrage sehr gross ist, die Stadt ist auf der Suche nach neuen Räumen, um ihr zu begegnen. Schwierig ist, dass viele der Betroffenen eine so genannte Mehrfachproblematik mitbringen, also z.B. gleichzeitig drogenabhängig sind und psychische Probleme haben. Im Gesundheitsdienst ist das Projekt PRIMANO ein wichtiger Schwerpunkt. Die Erfahrungen damit sind sehr gut, es geht jetzt darum, dass es nach der Pilotphase eine Weiterführung gibt, die Ausarbeitung eines Finanzierungskonzepts dafür ist im Gang. PRIMANO wird aktuell stark von der Jacobs-Stiftung und von privatwirtschaftlicher Seite unterstützt und wir hoffen natürlich, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Im Gesundheitsdienst, aber auch in anderen Bereichen, zeigt sich das Problem, dass es zwar immer wieder Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte gibt, aber wenn sie auslaufen, werden sie nicht (gleich) weiter finanziert, auch wenn sie sich sehr bewähren. Beispiele gibt es im Migrationsbereich oder auch im Projekt Znüni-box. Der schulzahnmedizinische Dienst wird vorbildlich geführt, mit einem sehr guten Kostendeckungsgrad von 59 bis 62%. Er hat aber auf Grund der plafonierten Löhne Schwierigkeiten, genügend Zahnärzte und Zahnärztinnen zu finden. Neu sind die Lehrpersonen in den Schulen bei der Schulzahnkontrolle nicht mehr administrativ einbezogen. Sie haben sich ein wenig dagegen gewehrt, es gibt jetzt ein neues System und man wertet es aus, schaut, ob

es sich bewährt. Zum Schulamt: Die Vorbereitung zur Umsetzung des Integrationsartikels ist immer noch in allen Schulkreisen und an allen Standorten ein wichtiger Schwerpunkt. Das Schulamt hat beim Schwimmunterricht organisatorisch Korrekturen vorgenommen, die Anzahl der reservierten Schwimmbahnen wurde reduziert. Die MuKi-Deutschkurse wurden weitergeführt. Handlungsbedarf besteht bei der Belastung der Tagesschulleiterinnen und -leiter mit administrativen Arbeiten. Beim Sportamt hat sich gezeigt, dass die Kinderolympiade nicht allein aus Sponsorengeldern finanziert werden kann, die Stadt muss mithelfen. Es gab eine Umfrage zur Qualität der Hallenbäder, dabei wurde unter anderem das hohe Besucheraufkommen kritisiert, was aber niemanden erstaunt hat, das ist schon länger bekannt. Bei den Sportanlagen hat es generell eine Zunahme der Miet- Heiz- und Betriebskosten gegeben, es war also nicht nur die Frage dieses einen Zählers, den man abzulesen vergessen hatte. Das neue Sportkonzept ist in Arbeit. Zum Alters- und Versicherungsamt: Es besteht neu eine Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung. Durch Kantonalisierungen ist einiges im Umbruch in diesem Bereich, ein neues Alterskonzept ist ebenfalls in Arbeit. Die Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Leistungen durch die Spitex stagniert oder sinkt, die Konkurrenz ist gross und die Tarife der Spitex scheinen den Leuten zu hoch zu sein. Zur PRD und zu GuB. Das Projekt GEVERIS, die Geschäftsverwaltungsdatenbank und das Ratsinformationssystem, ist im letzten Jahr zu einem grossen Teil vorbereitet worden, derzeit werden Offerten evaluiert und anfangs 2011 kommt eine Vorlage in den Stadtrat. Das Stadtarchiv ist in den Kubus des Historischen Museums umgezogen und hat jetzt mehr Platz. Für das Arbeitsgericht und das Mietamt ist die Kantonalisierung, die anfangs 2011 erfolgen wird, vorbereitet worden. Das Finanzinspektorat beantragt einen sehr hohen Nachkredit, hauptsächlich für eine neue Stelle, die der Stadtrat aber nicht bewilligt hat. Bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau gab es im vergangenen Jahr zwei gewichtige personelle Abgänge, einerseits den der Leiterin, Stephanie Brander, andererseits hat auch die Fachspezialistin gewechselt. Diese Stellenwechsel waren jeweils mit Vakanzen verbunden, was dazu führte, dass die Fachstelle zeitweise auf Minimalbetrieb umstellen musste, was sich auch in den Kennzahlen zeigt. Die Arbeit am Aktionsplan Gleichstellung verlief aber trotzdem planmässig. In der Abteilung Kultur gab natürlich das Stadttheater zu Reden, mit dem Fusionsprojekt und der dringend nötigen Sanierung und wegen persönlicher Konflikte. Erwähnenswert ist natürlich auch die Progr-Abstimmung. Bei der Denkmalpflege gibt es vermehrt Diskussionen und Interessenskollisionen wegen des Baus von Solaranlagen z.B. auf erhaltenswerten Gebäuden. Wir haben in der SBK folgendermassen abgestimmt: Die SBK empfiehlt den Gesamtjahresbericht mit 9 Ja und 1 Enthaltung zur Annahme.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Zu den jetzt folgenden Jahresrechnungen der ausgelagerten Betriebe wird es keine Abstimmung geben, sie werden jeweils lediglich innerhalb der AK zur Kenntnis genommen.

Aufsichtskommission

Sprecher AK *Robert Meyer* (SD) zur Jahresrechnung ewb: ewb ist bekanntlich eine autonome, selbstständige öffentliche Anstalt, aber vollständig im Besitz der Stadt Bern und hat einige Bedeutung für sie, vor allem finanzieller Art. Manche reden in diesem Zusammenhang auch von einer Milchkuh. ewb ist mit fast 600 Angestellten aber auch eine bedeutende Arbeitgeberin auf dem Platz Bern und hat eine Bilanzsumme von 1.37 Mia. Franken. Letztes Jahr hat ewb 58.6 Mio. Franken Gewinn gemacht. Grundsätzlich kann man sagen, ewb ist im Mehrjahresvergleich eine stabile Unternehmung, die regelmässig ähnliche Gewinne erwirtschaftet. Im Jahrsbericht sind die Ergebnisse der einzelnen Sparten aufgelistet. Man hat beim Strom einen hohen Gewinn von 80 Mio. Franken erzielt, bei der Kehrlichtverbrennung/Fernwärme hat man

ein Plus von 7.6 Mio. Franken. Zwei Sparten machen aber einen kleinen Verlust – Gas minus 4.5 Mio. Franken und Wasser minus 7.8 Mio. Franken. Dazu eine etwas kritische Anmerkung: Das ist eigentlich nicht die Absicht, grundsätzlich sollten die einzelnen Sparten selbsttragend sein und es sollte keine Quersubventionierung erfolgen. Die Gewinnausschüttung an die Stadt setzt sich zusammen aus 40 Mio. Franken plus 25 Mio. Franken „Reserveausschüttung“, die man als ordentlich bezeichnet, plus weitere 7.5 Mio. Franken, die man als ausserordentlich/einmalig bezeichnet, quasi dem Buchgewinn durch die Auslagerung des Netzes. Diese Gewinnausschüttung ist politisch nicht ganz unumstritten, auch in unserer Fraktion nicht. Es wird eigentlich mehr Gewinn ausgeschüttet, als man gemacht hat, es gibt also einen gewissen Substanzverlust. Begründet wird das von der Finanzdirektorin damit, dass es sich um aufgelaufene stille Reserven gehandelt habe, die von der Bevölkerung durch Stromgebühren bezahlt worden seien. Ich möchte noch erwähnen, dass letztes Jahr einige grössere Projekte gelaufen sind: Das Projekt Neubau Forsthaus war eine grosse Sache, dann hat man natürlich das Projekt Glasfaserkabel in der Stadt Bern, das allerdings finanziell zu einem grösseren Teil von der Swisscom übernommen wird und die Rechnung noch nicht stark belastet. Neu hatte man für Grosskunden 2009 die Öffnung des Strommarkts, ungefähr 100 Bezüger können jetzt den Anbieter wählen. Zu erwähnen ist auch die Aktion „Drück mich“, zum Stromsparen durch Ausschalten des Stand-by-Modus. Ich möchte darauf hinweisen, dass der ganze Jahresbericht einen sehr professionellen und transparenten Eindruck macht, rein von der Darstellung her, mit Mittelflussrechnungen, mit Spartenrechnungen, man findet auch die Entlohnung der Geschäftsleitung, des Verwaltungsrats, alles ist sehr transparent und wurde auch von der Revisionsstelle mit einem uneingeschränkten Revisionsbericht bedacht. Politisch gesehen wäre wie gesagt der Punkt der Gewinnausschüttung etwas zu hinterfragen, wir kommen vielleicht in der Jahresrechnung noch darauf zurück. Man erhält ein wenig den Eindruck, dass man die Gelegenheit nutzt, einmalig recht viel Geld zu holen. Andererseits kann man auch so argumentieren, dass es um einen Betrieb geht, der zu 100% der Stadt Bern gehört. Noch eine Bemerkung zum Bereich Öko-Strom. Da gibt es ja politisch recht starke Forderungen vom Stadtrat, aber rein von der Menge her hat zertifizierter Öko-Strom einen minimalen Anteil von 0.47%. Eine Steigerung im Inland ist recht schwierig zu erreichen, zum Teil müsste man diesen Strom im Ausland zukaufen, aber das ist vielleicht auch nicht unbedingt eine gute Idee. Zur Forderung des Atomausstiegs: Das ist alles nicht ganz so einfach und zum Teil sogar unrealistisch. Um ein Atomkraftwerk zu ersetzen, bräuchte man um die 13 Wasserkraftwerke in der Grössenordnung des Felsenaukraftwerks. Interessant: Die Stromproduktion ist ziemlich markant gestiegen, wobei der Verbrauch und Absatz hingegen ungefähr gleich geblieben ist. ewb exportiert also inzwischen in einem grösseren Mass Strom. Abschliessend kann ich sagen: Die Jahresrechnung ist erfreulich und macht einen sehr guten Eindruck, man kann ihr auf jeden Fall zustimmen.

Sprecher AK *Martin Trachsel* (EVP) zur Jahresrechnung StaBe: Die AK hat sich am 17. Mai mit dem Jahresbericht 2009 der StaBe sowie der konsolidierten Jahresrechnung und dem Investitionsplan 2011 befasst. Die AK befasst sich nicht im Sinn einer Revisionsstelle mit den Unterlagen, dafür haben wir die Revisionsstelle BDO, sondern unsere Aufgabe ist es, einen Gesamtüberblick zu erhalten, mit einem politischen Blick als Eignerin auf die Umsetzung und die Strategie. Der Jahresbericht 2009 lenkt unseren Blick auf die vielen Tätigkeiten und Aufgaben, die die StaBe im vergangenen Jahr wahrgenommen haben, das sind nicht nur Bärenpark und Feuerwehrstützpunkt. In dem Sinn möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der StaBe für ihren Einsatz in vielfältigen Tätigkeiten danken. Im Jahresbericht wird mehrfach erwähnt, dass das vergangene Jahr schwierig war, im Besonderen der komplexen Themen Bärenpark und Feuerwehrstützpunkt wegen. Die Probleme werden kurz ausgeführt. Die Klärung der Frage, ob allenfalls ein In-house-Problem besteht, wird auf die laufende Untersu-

chung verschoben. Die StaBe haben im Portfolio Gebäude mit einem Brandversicherungswert von 1.609 Mia. Franken. Die 450 Mitarbeitenden haben mit den rund 250 Bauprojekten, die sich momentan in der Realisierungs- oder Planungsphase befinden und mit dem Unterhalt und den finanziellen Belangen vieles am Laufen. Das Management ist sich der Leistungen der Mitarbeitenden bewusst und ist bestrebt, im Blick auf die ungewisse Zukunft eines Wechsels, die Leute zu motivieren und bei der Stange zu halten. Im vergangenen Jahr fand eine sichtbare Professionalisierung statt. Nach den Grundlagenarbeiten können jetzt einzelne Prozesse angeschaut und verbessert werden und man kann die Legislaturziele und die Eignerstrategie des Gemeinderats einfließen lassen. Erfreulich ist, dass durch die Einführung des Umwelt- und Energiemanagements wichtige Weichen gestellt wurden für eine nachhaltige Gebäudebewirtschaftung. Es mag ein kleiner Mosaikstein sein, wenn die Glühlampen durch Sparlampen ersetzt werden oder wenn alle Hauswarte in einem Kurs „Ökologie und Reinigungstechnik“ zusammengerufen werden, ich denke aber, dass dies zu einer Sensibilisierung führt, dass die Mitarbeitenden an der Front nachhaltig mitdenken und in Zukunft einen grossen Beitrag leisten werden. Einen Teil der Auszeichnung haben sie bereits in Form verschiedener Preise erhalten und das soll doch auch ein Ansporn sein. Aus dem Jahresbericht möchte ich besonders hervorheben, dass die EKAS-Empfehlungen und -Richtlinien sukzessive eingeführt werden. Es geht dabei um Arbeitssicherheit, indem Gefahrenbereiche eliminiert werden. Vandalismus wird zügig behoben, jährlich 500 Vandalenakte kosten 750'000 Franken. Altersheimliegenschaften werden im Baurecht abgegeben oder an Domicil verkauft, das macht unter den veränderten Bedingungen mit dem Kanton auch Sinn. Die Zusammenarbeit mit ewb wird optimiert, es werden elektronische Stromrechnungen eingesetzt, die Ressourcen sinnvoll nutzen und Kosten sparen. Im Jahresbericht finden sich zahlreiche Bilder von Schulhäusern, Bilder, die gut aufzeigen, wie Altes und Neues verbunden wird. Helle Räume, farbige Räume, Lebens- und Lernräume. Zu den Zahlen: Die konsolidierte Bilanz schliesst mit 469.1 Mio. Franken ab. Der erwirtschaftete Gewinn an die Stadtkasse ist positiver ausgefallen und beläuft sich auf 24.2 Mio. Franken und ist ausführlich und nachvollziehbar im Jahresbericht begründet. Noch etwas zur Corporate Governance: Vergütungen an die Verwaltungsräte wie auch die Gehälter der Geschäftsleitung sind offen gelegt, ebenfalls, ob weitere Vergütungen, auch Darlehen und Kredite, ausgehändigt wurden. Die AK hat sich allerdings die Augen gerieben angesichts einer Gehaltserhöhung des CEO und genauere Angaben zum Sachverhalt eingefordert. Die nachgelieferten Unterlagen zeigen, dass neben der Teuerung die Ausschüttung von Boni aus den vorderen Jahren zu Buche schlägt und dass die gesetzten Ziele erreicht wurden. Der Leser nimmt zur Kenntnis, dass Boni-Zahlungen mit aktuellen Vorkommnissen nicht einhergehen, dass sie oft schräg in der Landschaft stehen, jedoch korrekt sind.

Sprecher AK *Conradin Conzetti* (GFL) zur Jahresrechnung BERNMOBIL: „Weiterfahrt Richtung Rathaus, Umsteigemöglichkeiten in alle Richtungen“ – so sagt es jeweils die Stimme vor dem Bahnhof und das gilt ein wenig als Motto, aber doch nicht ganz, weil ja nicht alle in Richtung Rathaus mitfahren, und in alle Richtungen können wir auch nicht umsteigen, aber die AK hat den Geschäftsbericht von BERNMOBIL ausgiebig diskutiert, auch mit der Vertretung des Gemeinderats und der Vertretung von BERNMOBIL, Martin Stucki. Ich erinnere daran, die SVB ist eine „selbstständige, autonome, öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Bern“, aber sie führt Leistungen aus im Auftrag des Kantons und in diesem Zusammenhang kann man im Jahresbericht auch viel Neues lesen: Es gibt neue Trams, neue Busse, neue Linien, ein neues Tramkonzept, eine neue Verlängerung Richtung Wankdorf, ein neues Tramdepot, ein neues Bildungscenter für Chauffeure, neue Biletautomaten, eine neue Teilnahme an kantonalen Ausschreibung für kleinere regionale Linien. Das sind alles Neuerungen, die aber natürlich nicht genau in den Jahresrhythmus passen, sondern längere Prozesse sind. Wir haben uns für die Umweltdaten interessiert, man kann sie nachlesen auf den Seiten 12 bis 15 im Bericht.

Z.B. fährt BERNMOBIL theoretisch ausschliesslich mit Wasserstrom und viel mit Biogas und mit den neusten Trams wird neu noch Rekuperationsstrom dazu kommen, d.h. beim Bremsen gibt es neuen Strom. Im zweiten Teil des Berichts kann man viel über das Geld lesen: Umsatz 139 Mio. Franken, das sind 5.5. Mio. mehr als im vorderen Jahr, Gewinn 216'000 Franken, die Bilanz ist damit auf 362 Mio. Franken gestiegen, 40 Mio. mehr als im vorderen Jahr, das Eigenkapital steht bei rund 39 Mio. Franken. Wir haben in der AK darüber diskutiert, ob diese ungefähr 10% wohl viel oder wenig seien. Ich zitiere das Prüfungsurteil aus dem Revisionsbericht der KPMG: „Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31.12.2009 abgeschlossene Geschäftsjahr dem Schweizerischen Gesetz und dem Anstaltsreglement.“

Wir haben den Geschäftsbericht recht lange diskutiert, ich greife zwei Themen aus der Diskussion auf. Das eine ist die Tatsache, dass BERNMOBIL nicht selbstständig ist bezüglich Tarif, sondern wir gehören zum Tarifverbund, das ist ein ausgeklügeltes und sich nur langsam bewegendes System und darum sind alle Vorstösse und Ideen für eine allfällige Korrektur der Tarife, z.B. für Kinder oder für kinderreiche Familien, nur eine Stimme unter vielen. Ein zweites Thema war die Frage, ob denn die Nachbargemeinden wie Köniz oder Ostermundigen sich nicht an BERNMOBIL beteiligen könnten, denn BERNMOBIL fährt ja auch nach Köniz und Ostermundigen. Es ist eben so, dass wir mit BERNMOBIL keinen Gewinn machen und darum besteht in diesen Gemeinden gar kein Interesse, zudem müsste man BERNMOBIL erst noch zu einer Aktiengesellschaft umbauen, das ist also kein kurzfristiges Thema.

Finanzdelegation

Sprecher FD *Rudolf Friedli* (SVP) für eine Gesamtwürdigung: Die laufende Rechnung 2009 des steuerfinanzierten Haushalts schliesst mit einem Aufwand und einem Ertrag von je 1.019 Mia. Franken ausgeglichen ab. 2009 hat einen Rechnungsüberschuss von 23.4 Mio. Franken gebracht. Dieser Betrag wird zusätzlich zum budgetierten Betrag zur Schuldentrückzahlung eingesetzt. Damit können Schulden im Umfang von fast 50 Mio. Franken zurückbezahlt werden, ein grosser Betrag. Auf S. 11 von Band 1 des Jahresberichts sieht man, dass wir 1999 noch einen Bilanzfehlbetrag von rund 370 Mio. Franken hatten. In den vergangenen Jahren ist dieser Fehlbetrag auf noch gut 50 Mio. Franken gesunken, gemäss Sanierungsplan des Regierungsrats des Kantons Bern und auch mit Blick auf die gewährten Moratorien 2007 und 2008 haben wir jetzt einen Vorsprung von 166 Mio. Franken auf unseren eigenen Schuldentrückzahlungsplan. Und trotzdem sollten wir die verbliebenen Schulden von 50 Mio. Franken – das ist immer noch ein Berg, finde ich – so rasch als möglich loswerden, weil Schulden immer teuer sind und den Verhandlungsspielraum einschränken. Es gibt verschiedene Umstände, die die Jahresrechnung in besonderem Mass beeinflusst haben. ewb hat zum ersten Mal aus den Reserven 25 Mio. Franken zusätzlichen Gewinn an die Stadtkasse abgeliefert, das entspricht dem budgetierten Anteil der städtischen Schuldentrückzahlung. Diese Ausschüttung von ewb wird es noch im 2010 und 2011 geben, wir sollten also nicht zu sehr auf diesen Geldsegen bauen, sondern die beiden Beträge, die es noch geben wird, als Geschenk ansehen. Wesentlich zur Verbesserung des Rechnungsergebnis beigetragen hat auch der Buchgewinn auf den Progr von 8.5 Mio. Franken aus der Abgabe des Baurechts. Offen ist, ob uns der Progr später einmal ein Loch in die Kasse reissen wird, wenn die Betreiber eventuelle künftige Finanzlöcher doch noch via Stadtsubventionen stopfen möchten. Weiter gab es einen ausserordentlichen Gewinn von ewb aus der Entflechtung der Übertragungsnetze, dort geht es um 7.5 Mio. Franken, und zusätzlich hat die Stadt auch noch eine Erbschaft über 1.8 Mio. Franken erhalten, das macht total um die 43 Mio. Franken. Zu den Steuererträgen. Die Jahresrechnung wurde auch durch die Steuererträge wesentlich beeinflusst. Sie sind 2.5% tiefer ausgefallen als veranschlagt und sogar fast 5% tiefer als 2008. Bei den natürlichen Personen sind die

Erträge aus den Einkommensteuern zwar 22 Mio. Franken oder fast 10% höher ausgefallen, aber die Erträge der juristischen Personen sind mit über 40. Mio. Franken um einen Drittel tiefer als budgetiert. Das ist dramatisch. Da macht sich jetzt die Wirtschaftskrise bemerkbar. Ohne die vorhin erwähnten 43 Mio. Franken hätten wir 2009 ein wesentlich schlechteres Ergebnis erzielt. Nur dank ihnen konnten wir die Einbrüche bei den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen kompensieren. Nicht zu vergessen ist auch, dass das 11. Haushaltverbesserungs-Massnahmenpaket die Jahresrechnung positiv beeinflusst hat. Die Sparvorgabe war 16 Mio. Franken, erreicht wurden 13 Mio. Franken, das ist ein schöner Erfolg. Das Rechnungsergebnis ist insgesamt erfreulich. Wir müssen jetzt die restlichen 50 Mio. Franken des Fehlbetrags noch wegbekommen, damit wir wieder Handlungsspielraum haben. Die eingetretene Rezession wird die Steuererträge wahrscheinlich noch weiter sinken lassen, so dass wir im 2010 mit einer straffen Finanzpolitik weiterfahren müssen.

Wir haben die Nachkredite des vergangenen Jahres überprüft – eine Aufstellung dazu liegt vor – und es fällt auf, dass wir zwei Nachkredite abgelehnt haben. Der eine betraf das Finanzinspektorat, der andere das Wirtschaftsamt. Es ist an sich nichts Verwerfliches, wenn man mal einen Nachkredit einreichen muss, aber es ist absolut nicht akzeptabel, wenn man sagt, das Geld sei bereits ausgegeben und der Stadtrat müsse jetzt zustimmen. Die Idee wäre eigentlich, dass man einen Nachkredit zu einem Zeitpunkt verlangt, wo man die Ausgabe noch nicht getätigt hat. Das ist hier nicht geschehen und das haben wir in der FD auch gerügt. Die FD hat verschiedene weitere Zahlen hinterfragt, so haben wir uns z.B. sehr lange mit den Netto-Investitionen befasst. Die Investitionen in das steuerfinanzierte Verwaltungsvermögen haben 37 Mio. Franken betragen, bei einem Realisierungsgrad von 72%, und wir haben uns gefragt, ob es schlimm sei, wenn wir nur 72% realisiert haben und ob man da etwas unternehmen sollte. Die Verwaltung hat uns geantwortet, das sei nicht dramatisch und zwar aus folgendem Grund: Im steuerfinanzierten Haushalt seien gegenüber dem Budget 7.7 Mio. Franken brutto weniger investiert worden, auf der anderen Seite habe die Stadt aber auch 6.4 Mio. Franken mehr Subventionen und Beiträge von Dritten erhalten. So seien für das Tram Bern West vom Bund vorzeitig Subventionen geleistet worden. Offenbar hat er Geld zur Verfügung gehabt und gefunden, das werde jetzt gleich bezahlt. Solche Einnahmen sind Überraschungen und beeinflussen das Endresultat, ohne dass man das hätte steuern können, und am Ende sieht es nach einem tiefen Realisierungsgrad aus. 2009 ist also in diesem Sinn ein Ausreisser, in den letzten Jahren betrug der Realisierungsgrad immer fast 100%. Ein weiterer Grund, warum er dieses Jahr tiefer ist, ist der Verzicht auf Anlehensaufnahmen bei der Kapitalbeschaffung. So sind fast 2 Mio. Franken Emissionsausgaben weggefallen, das hat dazu beigetragen, dass die Bruttoinvestitionen tiefer ausgefallen sind. Das ist eigentlich alarmierend, aber der Werterhalt wurde nicht vernachlässigt. Wir haben uns in der FD weiter mit den verschiedenen Finanzkennzahlen befasst, die im ersten Band S. 24 bis 26 dargestellt sind. Es ist bei unseren Fragen eigentlich immer darum gegangen, dass uns die Verwaltung diese Kennzahlen näher bringt und erklärt, ob man sich ihretwegen Sorgen machen muss, ob Massnahmen ergriffen werden müssen oder ob sich alles im normalen Bereich bewegt. Es ging insbesondere um den Selbstfinanzierungsgrad, um den Zinsbelastungsanteil und um den Bruttoverschuldungsanteil und die Verwaltung hat uns plausible Auskunft gegeben, so dass auch wir zum Schluss gekommen sind, dass kein Handlungsbedarf besteht. Die Kennzahlen sind nicht besorgniserregend, wir haben sogar einen hervorragenden Selbstfinanzierungsgrad. Weiter hat die FD natürlich die beiden Revisionsberichte diskutiert. Die Gesamtprüfungsergebnisse des Finanzinspektorats sieht man auf S. 13 des Berichts, sie fallen gut aus. Die Verwaltung hat uns auch noch Zusatzinformationen geliefert zu einzelnen Revisionsbemerkungen. Dass es bei einem Haushalt von 1.7 Mia. Franken Revisionsbemerkungen gibt ist klar, aber es ist immer eine Frage der Wesentlichkeit dieser Bemerkungen. Beide Revisionsstellen empfehlen die Rechnung mit gutem Gewissen zur Genehmigung. Dass ein flächende-

ckendes Kontrollsystem fehlt, ist eine schon länger bekannte Tatsache, aber die Revisoren stellen fest, dass verschiedene kleinere Systeme vorhanden sind und dass es schon Kritikpunkte gäbe, aber im Gesamten könne man den Jahresbericht genehmigen. Darum ist auch die Finanzdelegation zum Schluss gekommen, dass sie Ihnen die Anträge des Gemeinderats zu Annahme empfiehlt, mit 6 Ja- gegen 0 Nein-Stimmen.

Fraktionserklärungen

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! dankt der städtischen Verwaltung für die im 2009 geleistete Arbeit. Einen Dank verdienen auch die Angestellten der ausgelagerten Betriebe und ihre verantwortlichen Gremien. Ein Dank gebührt auch den Kommissionsmitgliedern, den Revisoren, dem Ratssekretariat und den Mitgliedern der FD. Sie haben die Pflichtübung absolviert und uns Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen bleibt jetzt die Kür vor dem Parlament und vor den Medien. Schliesslich richten wir unseren Dank auch an die städtischen Mitarbeitenden, die zu Recht nur teilweise zufrieden sein können mit unserem Parlament. Die Fraktion GB/JA! blickt mit gemischten Gefühlen auf das vergangene Jahr zurück. Die Finanzkrise hat die Stadt eindeutig eingeholt. Die Steuererträge der juristischen Personen sind mit über 40 Mio. Franken um rund 35% tiefer ausgefallen als budgetiert. Bei den natürlichen Personen sind die Erträge aus Einkommenssteuern um 22 Mio. Franken oder fast 10% höher ausgefallen. Die natürlichen Personen leisten weiterhin den grössten Beitrag von fast 300 Mio. Franken und generieren über 70% der Steuererträge. Mitte Jahr hat das Wirtschaftsmagazin Bilanz sein jährliches Städteranking publiziert. Dabei hat sich Bern von Platz 43 auf Platz 19 verbessert und gilt als attraktiv für Familien, Singles und Rentner. Viele Punkte holt Bern mit den Kriterien Erholung, Kultur, Freizeit, einem attraktiven, vielfältigen Arbeitsmarkt, weiter beim Verkehr, bei der Bildung, bei der Erziehung und beim Tourismus. Die Fraktion GB/JA! richtet ihre politischen Inhalte nicht nach einem Ranking eines Wirtschaftsmagazins, aber wir sind erfreut darüber, dass jetzt auch bekannte Wirtschaftsmagazine sozialpolitische und nachhaltige Kriterien für sich entdeckt haben. Die Stadtverwaltung erbringt wertvolle Leistungen unter teilweise schwierigen Umständen. Hier sei z.B. die Arbeit des Gleichstellungsbüros erwähnt. Trotz knappen Ressourcen – früher hatte die Leiterin 80%, heute nur noch 70% – können laufende Projekte in Kooperation mit anderen Dienststellen durchgeführt werden: Erfolgreiche Vermittlungen von Mentorinnen aus der Verwaltung und Berufsintegration von gut integrierten Migrantinnen in der Stadt, Berücksichtigung der Genderfrage in der offenen Jugendarbeit, Förderung von geschlechtsunabhängiger Berufswahl. Weiter ist auch das Projekt PRIMANO zu erwähnen, Frühförderung ist ein wichtiger Bestandteil für Chancengleichheit. Weiter möchten wir auch noch auf den stetigen Ausbau von familienergänzender Tagesbetreuung hinweisen. Trotz dem Ausbau um 80 zusätzliche Plätze wurde das Budget nicht ausgeschöpft, aber die Warteliste ist auch nicht geschrumpft. Die Fraktion GB/JA! wird weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Qualität der Betreuung legen. Die Fraktion GB/JA! stellt hohe Anforderungen an die Direktion SUE. Wir halten ein besonderes Auge auf die Einhaltung der Grundrechte in der Stadt Bern und setzen uns ein für die Wende hin zu erneuerbaren Energien. Im Umwelt- und Energiebereich hat das AfU nützliche Grundlagen erarbeitet, jetzt geht es um die Umsetzung. Im Sommer 2009, nach dreijähriger Bauzeit, wurde der Zubringer Neufeld eröffnet, kurz darauf wurden die damit verknüpften Verkehrsberuhigungsmassnahmen an der Neubrücke- und an der Mittelstrasse in Betrieb genommen. Jetzt liegt es an der Quartierbevölkerung, sich diesen Strassenraum anzueignen. Die Mitarbeitenden der TVS können das nicht auch noch leisten. Es ist viel gebaut worden in unserer Stadt, das bedeutet sehr viel Arbeit der Stadtangestellten, rechtfertigt aber kein Baustopp-Moratorium. Die Stadtverwaltung erbringt wie schon gesagt sehr wertvolle Leistungen. Dieser Standard ist aber nicht umsonst zu haben und es ist eindrücklich, wie die Stadt

diesen Standard aufrecht erhalten kann und gleichzeitig einen altrechtlichen Bilanzfehlbetrag abbaut und dabei sogar einen Vorsprung von mehr als 116 Mio. Franken auf den vorgegebenen Sanierungsplan hat. Mit den Gewinnablieferungen von ewb 2010 und 2011 könnte man den restlichen Bilanzfehlbetrag fast abdecken. Die Revisoren empfehlen dem Stadtrat „die Gemeinderechnung 2009 der Stadt Bern ohne Einschränkungen zu genehmigen.“ Die Fraktion GB/JA! wird sich im Grundsatz dieser Empfehlung anschliessen, aber ich möchte hier noch zwei Themen kurz anschnitten. Mit den explodierenden Kosten für den Bärenpark und der unausgereiften Kommunikation zu den Kosten des Feuerwehrstützpunkts haben die StaBe 2009 für Negativschlagzeilen gesorgt. Beim Bärenpark ist in der Stadt Bern eine Finanzblase geplatzt, bei der man den Ausgang bis jetzt noch nicht einschätzen kann. Trotz lauter Kritik und Rücktrittsforderungen hat sich der CEO einen Jahresbonus auszahlen lassen. Das ist sehr stossend und wirft einen Schatten auf die übrige, gute Arbeit der StaBe. Zum Schluss noch ein paar Worte zur FD und ihrer Struktur, nicht zu ihren Mitgliedern. Die FD hat das Budget, den IAFP und den Jahresbericht behandelt. Beim IAFP hat die FD eine Planungserklärung abgegeben bzw. einen Antrag gestellt, der von mir aus gesehen parteipolitischen Charakter hat. Das ist eine falsche Entwicklung. Die FD ist zwar nach einem Parteischlüssel zusammengestellt; sollte sie aber nicht in erster Linie eine Kommissionsdelegation sein und sich auch so verhalten? Die neue FD ist weder Fisch noch Vogel und daher etwas unbefriedigend. Finanzentscheide sind ein zentrales Steuerungselement und darum sollten wir uns vielleicht überlegen, ob es nicht doch sinnvoller wäre, wieder eine Finanzkommission einzuführen. Das ist keine Kritik an den Mitgliedern, sondern eine Kritik an der Struktur, ich möchte das noch einmal wiederholen. Wir werden den Jahresbericht annehmen.

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Peter Ammann
 Rania Bahnan Buechi
 Vinzenz Bartlome
 Giovanna Battagliero
 Kathrin Bertschy
 Henri-Charles Beuchat
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Thomas M. Bürki
 Rithy Chheng
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Tania Espinoza
 Regula Fischer
 Rudolf Friedli
 Jacqueline Gafner Wasem
 Judith Gasser
 Jeannette Glauser
 Thomas Göttin
 Claude Grosjean
 Guglielmo Grossi

Beat Gubser
 Leyla Gül
 Erich J. Hess
 Kurt Hirsbrunner
 Jimmy Hofer
 Mario Imhof
 Ueli Jaisli
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Daniel Klausner
 Vania Kohli
 Michael Köppli
 Peter Künzler
 Lea Kusano
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Daniela Lutz-Beck
 Martin Michel Mäder
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu
 Claudia Meier
 Robert Meyer
 Christine Michel

Patrizia Mordini
 Philippe Müller
 Stéphanie Penher
 Halua Pinto de Magalhães
 Pascal Rub
 Rahel Ruch
 Hasim Sancar
 Martin Schneider
 Silvia Schoch-Meyer
 Miriam Schwarz
 Yves Seydoux
 Tanja Sollberger
 Luzius Theiler
 Martin Trachsel
 Aline Trede
 Gisela Vollmer
 Nicola von Greyerz
 Peter Wasserfallen
 Thomas Weil
 Béatrice Wertli
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour
 Peter Bühler
 Susanne Elsener
 Simon Glauser

Lukas Gutzwiller
 Stefan Jordi
 Hasim Sönmez

Barbara Streit-Stettler
 Tanja Walliser
 Manuel C. Widmer

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
 Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
 Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreter
 der Ratssekretär
 Simone Bonjour, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadt-
 schreiber

Traktandenliste

Urs Frieden, Stadtratspräsident: Jacqueline Gafner hat uns gebeten, die Behandlung ihrer zwei kleinen Anfragen zu verschieben, weil sie an der nächsten Sitzung nicht anwesend ist. Das betrifft die Traktanden 3 und 21 der nächsten Sitzung.

2 Fortsetzung: Jahresbericht 2009

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, mit Bezug auf die Jahresrechnung insbesondere den Vertretern der Finanzdirektion. Wir danken auch dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit, insbesondere der Finanzdirektorin, die seit Jahren unaufgeregte und solide Arbeit leistet. Auf den ersten Blick könnte man die Rechnung als sehr erfreulich bezeichnen. Wir haben einen Überschuss von 23,4 Mio. Franken. Wir können den altrechtlichen Finanzfehlbetrag weiter abbauen. Bei einem zweiten Blick stellt man fest, dass der Gesamtaufwand im Vergleich zum genehmigten Budget 2009 um 13,9 Mio. gestiegen ist. Wir haben in einer wirtschaftlich schwierigen Situation mehr ausgegeben, als budgetiert war. Die FDP hat bereits in der Budgetdebatte kritisiert, dass man überall noch ein wenig Geld verteilt, in einer Situation, in der eher Sparen angesagt wäre. Der Gesamtertrag ist mit 37,3 Mio. mehr als budgetiert auf den ersten Blick auch gut. Man stellt aber fest, dass der Steuerertrag zurückgegangen ist. Und der grosse Teil der Mehrerträge sind ausserordentliche Erträge, die wir dieses Jahr und in den Folgejahren nicht mehr erzielen können. Uns stört im Weiteren die ausserordentliche Gewinnablieferung von ewb im Betrag von 25 Mio. Franken. Vor zwei Jahren wurde begründet, man könne das machen, weil es sich um nicht betriebsnotwendige Reserven handle. Mittlerweile hat sich das als Witz entpuppt: Das ewb will Hunderte von Millionen Franken investieren. Gleichzeitig entzieht man diesem Eigenkapital. Jeder Unternehmer würde das als völlig verfehlt bezeichnen. Bei der Stadt Bern ist das offensichtlich möglich. Die Stadt Bern schafft es, sogar in einer Wirtschaftskrise mehr auszugeben als budgetiert. Einmal mehr ist man daran, die noch vorhandene Substanz von ewb auszubeuten, so dass für die kommende Generation nichts mehr übrig bleiben wird. Wenn man in die Zukunft schaut, sieht es noch schlimmer aus. In der mittelfristigen Finanzplanung, im IAFP, stellt man fest, dass wir uns ab 2012 in einem Defizit von 25 Mio. befinden. Es könnte sein, dass die 25 Mio. genau dem Betrag entsprechen, mit dem wir uns in den letzten drei Jahren darüber hinweggetäuscht haben, dass wir im Vergleich mit dem Geld, das wir einnehmen, zuviel Geld ausgeben. Wir haben in den letzten Jahren massiv über unsere Verhältnisse gelebt. Das müssen wir den Leuten erklären. Der Gemeinderat und auch der Stadtrat haben es in der letzten Budgetdebatte verpasst, in einer Wirtschaftskrise zu realisieren, dass man den Gürtel enger schnallen muss und dies auch der Bevölkerung klar zu machen. Wir werden es in den nächsten Jahren umso härter bezahlen müssen. Zudem haben es der Gemeinderat und der Stadtrat verpasst, ein steuerliches Zeichen zu setzen. Wir wollten, dass die Steuern gesenkt werden. Das wurde nicht gemacht. Das werden wir in den nächsten Jahren büssen. Das Steuersubstrat wird wahrscheinlich weiter zurückgehen, weil die Leute in die Aussengemeinden umziehen, wo nach und nach die Steuern gesenkt werden, wie z.B. in Köniz. In diesem Sinn ist die Jahresrechnung aus unserer Sicht nicht verantwortbar. Wir wollen für eine solche Finanzpolitik nicht verantwortlich gemacht werden. Deshalb werden wir den Jahresbericht ablehnen.

Leyla Gül (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Bern, dem Gemeinderat, den Sachkommissionen und der Aufsichtskommission für ihre Arbeit im letzten Jahr. Sie haben massgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt Bern ein schöner und lebenswerter Wohn- und Arbeitsort ist. Vielen Dank, vor allem an die Adresse der Stadtverwaltung, auch wenn das nach dem Entscheid von letzter Woche und dem vor drei Wochen gefällten Entscheid nun etwas zynisch klingen mag. Die Jahresrechnung schliesst mit rund einer Milliarde Franken auf der Aufwand- und auf der Ertragsseite ausgeglichen ab. Die Zusatzerträge von 17.8 Mio. Franken setzen sich aus dem Gewinn aus der Abgabe Progr im Baurecht, dem Gewinn von ewb aus der Entflechtung der Übertragungsnetze und einer Erbschaft zusammen. Auch ohne die Mehreinnahmen würde die Rechnung mit einem Überschuss von 5.6 Mio. abschliessen. Deshalb schliesst sich die Fraktion SP/JUSO den Äusserungen von Bernhard Eicher nicht an. Dank des Gewinns können neben den budgetierten 25.6 Millionen zusätzlich 23.4 Millionen des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages abgeschrieben werden. Die Stadt Bern baut die Schulden schneller ab als geplant; der Vorsprung auf den Sanierungsplan ist noch grösser geworden. Weniger erfreulich ist der Blick auf die Steuern. Der Steuerertrag ist um 10.5 Mio. Franken tiefer ausgefallen als veranschlagt. Happig ist vor allem der Rückgang bei den juristischen Personen um 17.4 Millionen Franken. Das sind Ausfälle, die vor allem auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sind. Leider zeichnet sich in diesem Bereich keine Besserung ab. Dank der bürgerlichen Steuergesetzesrevision im Grossen Rat werden die Steuerausfälle in Zukunft sogar noch grösser. Die Folgen der Steuersenkung haben also vor allem die Gemeinden zu tragen. Unser Fazit zur Jahresrechnung: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst die umsichtige Finanzpolitik des Gemeinderats. Mit Blick auf die künftigen Jahre betonen wir aber, dass eine verantwortungsvolle Finanzpolitik unbedingt auch genügend Investitionen einschliesst. Sie soll gute Bedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen schaffen. Die Zusage der SBB, im Wankdorf den Hauptsitz zu realisieren, ist in diesem Zusammenhang sehr erfreulich und auch nötig. Die Zahl der Nachkredite, die dem Stadtrat letztes Jahr vorgelegt worden sind, hat zugenommen. Insgesamt hat der Gemeinderat dem Stadtrat letztes Jahr Nachkredite in der Höhe von über 3.5 Millionen Franken beantragt. Gemessen an den Gesamtausgaben ist das nicht viel. Wenn das Nachkreditwesen des Gemeinderats allerdings systematisch wird, untergräbt das aus unserer Sicht die Budgethoheit des Stadtrats. Natürlich wissen wir, dass Nachkredite manchmal nötig sind, z.B. beim Winterdienst. Aber andere Posten wie Mieten, Nebenkostenabrechnungen, zusätzliche Stellen, Honorare etc. sind planbar und gehören ins Budget. Zweitens ist störend, dass Nachkredite, selbst wenn sie der Stadtrat ablehnt, trotzdem bezahlt werden. Der Stadtrat kann hier nur ein symbolisches Zeichen setzen. Zu den Berichten der ausgelagerten Betriebe sage ich nichts, weil wir mit den Äusserungen der AK-Referenten einverstanden sind. Jetzt zu den anderen Direktionen. Politisch war das Jahr 2009 ein spannendes, wirtschaftlich schwieriges, aber im Vergleich zu anderen ein eher ruhiges Jahr. Ein kleiner Höhepunkt war, dass die 130'000er-Marke bei der Bevölkerung geknackt wurde. Bern wächst seit 2002 anhaltend, und der Bevölkerungsrückgang, der in den 60er-Jahren eingesetzt hat, konnte endlich nachhaltig gestoppt werden. Auf der anderen Seite hat die Stadt Bern wie andere Städte auch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. Der massive Stellenabbau bei der Wifag hat grosse Betroffenheit ausgelöst und ein Loch in die Industrielandschaft der Stadt Bern gerissen. Der Bärenpark führte zu einem Wechselbad der Gefühle – Massive Kostenüberschreitungen, grosse Eröffnung, kurz danach der tragischer Vorfall und zum Schluss ein Happyend mit zwei sehr herzigen Bärchen. Der Bärenpark bleibt sicher ein Thema in diesem Jahr. Die SP/JUSO-Fraktion wird weiterhin auf einem hindernisfreien Zugang zum Park bestehen. Zur Präsidialdirektion: Ein wichtiges Projekt ist die Hauptstadtregion Schweiz. Es ist eine gute und gescheite Massnahme, sich gegenüber den Metropolitanräumen zu positionieren. Vor allem sind wir gespannt auf die konkreten Projekte, die sich aus diesem gemein-

de- und kantonsübergreifenden Ansatz ergeben. Positiv ist auch das Engagement des Gemeinderats in der engeren regionalen Zusammenarbeit, beim Aufbau der Regionalkonferenz. Hier stehen wichtige Themen wie das Stadttheater an. Zum Stadttheater nur ein Satz, weil ja nächste Woche die Sonderdebatte geplant ist: Es ist unbedingt mehr Führungsverantwortung nötig, auch und vor allem von der Stadt Bern. Der Progr hat bewiesen, dass es geht und wie es geht. Der klare Abstimmungserfolg hat uns sehr gefreut, und er ist unter anderem sicher auch darauf zurückzuführen, dass der Verein die Finanzierung des Kulturbetriebs seriös darlegen konnte. Bei der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie sind zuallererst die explodierenden Sicherheitskosten in Zusammenhang mit den Sportanlässen zu beanstanden. Diese Kosten haben sich innerhalb kürzester Zeit verzehnfacht. Und die 60'000 Franken, die YB und SCB daran zahlen, sind Peanuts, vor allem im Vergleich zu Zürich und Basel – der FCB zahlt pro Jahr ja 3 Millionen Franken. Der Vertrag muss aus unserer Sicht unbedingt neu verhandelt werden. Ein sehr lobenswertes Projekt ist „Bern saniert“, das Gebäudesanierungsprogramm der Stadt Bern. Einerseits setzt es mit Beratung und Information über Anreize genau am richtigen Ort an. Auch die Umsetzung dieses Projektes läuft sehr gut. Weniger gut ist die Personalsituation in gewissen Bereichen der SUE: Personalknappheit im Polizeiinspektorat ist immer noch ein Thema und es fehlen Fachpersonen für die Bekämpfung des Menschenhandels. Auch in der TVS ist die Personalsituation ein Thema. Besonders schwierig ist es, die Ingenieurinnen- und Ingenieurstellen zu besetzen. Es könnte sogar noch prekärer werden, weil in den nächsten Jahren Pensionierungen anstehen. Hinzu kommt, dass die Stadt gewachsen ist, aber der Personalbestand dieser Entwicklung bis jetzt nicht gefolgt ist. Positiv zu erwähnen ist die Umsetzung des Abfallreglements. Ziel war, dass die Innenstadt ab Mittag von Abfällen frei ist. Dieses Ziel konnte erreicht werden, die Rückmeldungen sind positiv. In der Direktion Bildung, Soziales und Sport möchten wir als erstes den weiteren Ausbau der Kita-Plätze erwähnen. Der Ausbau um 78 Plätze wurde sorgfältig geplant und umgesetzt. Und wir können nur sagen: weiter so! Erfreulich ist auch die Entwicklung bei den Tagesschulen: Es gibt keine Wartelisten mehr und alle Kinder erhalten einen Platz. Im Bereich der Sozialhilfe ist im letzten Jahr sehr viel passiert. Es wurden viele Massnahmen ergriffen, die zu Ruhe und Stabilität geführt haben, was aus unserer Sicht unbedingt nötig war. Der BAK-Bericht hat in dieser schwierigen Geschichte mit einer sehr guten Auslegeordnung einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion geleistet. Kritik üben wir an der Art und Weise, wie der Entwicklungsprozess bei DOK/TOJ/VBG geführt wurde. Wir wissen, dass dieser Prozess nicht einfach ist: Die drei Organisationen sind sehr unterschiedlich in Bezug auf Tradition, Grösse und Aufgabenbereich. Gerade aus diesem Grund hätte diese Zusammenführung einiges mehr an Zeit und Ressourcen gefordert. Zusammenfassend: Die Stadt Bern hat viel erreicht. Sie hat Schulden abgetragen und gleichzeitig die Wohn- und Lebensqualität verbessert. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt den Jahresbericht und die Jahresrechnung gerne an.

Peter Künzler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die jährliche Riesenarbeit, all die Daten zusammenzufassen und uns als Jahresbericht zu präsentieren. Wir beschränken uns auf einige Punkte: Zu den Legislaturrichtlinien: Wir möchten dem Gemeinderat eine gewisse berechnete Freude daran nicht vermiesen, dass ein rechter Teil der gesetzten Ziele erreicht wurde. Wir sind froh darüber und als Parlament dankbar, dass wirklich Ziele erreicht worden sind. Wir hätten aber gerne mehr zum Handlungsbedarf gehört. Gerade beim Handlungsbedarf ist ja auch das Parlament gefordert. Wir sind ja an Misserfolgen, vielleicht auch an Erfolgen des Gemeinderats, immer mitbeteiligt. Wenn der Gemeinderat in Zukunft in seinem Bericht zu den Legislaturrichtlinien etwas zum Handlungsbedarf und auch etwas zum Einfluss des Parlaments – das muss nicht immer nur positiv sein – sagen könnte, wären wir dankbar. Das gäbe uns Anlass, unsere Zusammenarbeit zu verbessern. Es wäre auch nicht verboten, wenn der Gemeinderat einmal etwas Nega-

tives über seine eigenen Handlungen schreiben würde. Zum Revisionsbericht der KPMG: Er enthält einen bedenkenswerten Hinweis: Unsere Prüfungsstelle weist uns darauf hin, dass unsere Steuerungsvorgaben und Kennzahlen zum Teil auf schwer überprüfbaren Erhebungen beruhen. Dies verunmöglicht aus Sicht der KPMG eine Prüfung dieser Angaben. Wir finden, es wäre wichtig, bei der zukünftigen Formulierung von Kennzahlen und Steuerungsvorgaben unsere Revisionsstelle im Auge zu behalten. Generell erhoffen wir uns für die nächste Zeit eine intensivere Zusammenarbeit unserer Fachkommissionen mit den Leuten der KPMG. Ich habe gehört, es seien entsprechende Bemühungen im Gang. Da könnten wir uns professionelle Unterstützung holen, die uns zusammen mit dem Gemeinderat hilft, das Budget transparenter und besser kontrollierbar zu machen. Zur laufenden Rechnung: 87 Stellen wurden in diesem Jahr neu geschaffen. Können wir uns einen derartigen Ausbau auf die Dauer leisten? Oder müssten wir nicht dazu übergehen, neue Aufgaben durch Verschieben bisheriger Ressourcen an Stellen und Geld anzugehen? In diesem Zusammenhang begrüßen wir sehr, dass der Gemeinderat beschlossen hat, eine Aufgaben- und Finanzüberprüfung zu machen. Einer der wichtigsten Zwecke einer solchen Überprüfung wäre die Erkenntnis, wo Stellen und Geld für eine dringendere Aufgabe eingesetzt werden könnten. Die StaBe liefern auftragsgemäss im Kreise: Sie nehmen auf der einen Seite unter grossem administrativem Aufwand Mieten ein und zahlen sie der Stadt unter beträchtlichem Aufwand wieder aus. In diesem Kreislauf haben sie 12,4 Mio. eingenommen und hat dabei 400'000 Franken verbraucht. Wir bedanken uns im Zusammenhang mit der laufenden Rechnung im Namen der Stadt bestens bei Charles Pfister und seinen Leuten: Sie haben unsere Finanzen kunstgerecht umgetopft und damit der Stadt 5.5 Mio. an Zinsen verschafft. Danke vielmals. Wir haben wegen Grossvorhaben, die durchaus nötig sind (Tram Bern West, Uferschutz Felsenau), rund 20 Mio. Franken mehr aufgeworfen, als wir erwirtschaften konnten. Wir stellen uns zum Abschluss die folgende Frage: In welchem Ausmass können immer grössere Mengen an Bauten, immer grössere Längen von Strassen und Schienen in Zukunft überhaupt noch unterhalten werden? Wie weit können wir dann überhaupt noch neu investieren? Wir müssen uns sicher in den nächsten Jahren mit diesem Thema, das bei der SBB jetzt gerade sehr akut wird, befassen.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir sind bei dieser schlechten Wirtschaftslage mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Steuereinnahmen von den juristischen Personen haben um einen Drittel abgenommen. Wir konnten das mit einigen Glücksfällen kompensieren. Unsere Milchkuh ewb hat uns viel Geld abgeliefert. Und wir hatten den Buchgewinn beim Baurecht für das Progr. Ich bin überzeugt, dass das mit der Zeit für unsere Stadt zu einem Fass ohne Boden wird. Wir haben sogar eine Erbschaft von 1,8 Mio. erhalten. Und wir hatten ein Haushaltsverbesserungsmassnahmen-Paket, das uns 13 Mio. Franken eingebracht hat. Das ist effektiv das Einzige, womit wir uns darum bemüht haben, unseren Haushalt ins Lot zu bringen. Alles andere waren Glücksfälle oder das Aussaugen von ewb. Letztlich müssen wir auch unseren Einwohnerinnen und Einwohnern ein Kränzlein winden. Sie haben uns mehr als 22 Mio. Franken mehr abgeliefert. Dieser Beitrag hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass wir relativ gut da stehen. Das ändert nichts daran, dass wir gesamtschweizerisch gesehen viel zu viel Steuern bezahlen. Sobald wir unsere Schulden getilgt haben, müssen wir den städtischen Steuersatz senken. Es wird sehr wichtig sein, dass wir im nächsten Budget wieder eine straffe Finanzpolitik machen, dass wir nämlich auch mit uns selber streng sind und endlich auch selber zu Verzichtigen bereit. ewb liefert uns zwar Gewinn ab. Aber eigentlich waren es auch die Steuerzahler, die uns bei ewb diesen Segen bereitet haben. Sie mussten die Strompreise von ewb bezahlen, was dort zu Gewinnen geführt hat, die dann der Stadt zufließen. Das ist eine indirekte Steuer. Eigentlich sollten die Strompreise billiger sein, und wir sollten echt bei uns in der Stadt sparen. Wir haben noch 50 Mio. Franken Schulden. Es

muss das Ziel sein, diese Schulden in den nächsten zwei Jahren zu tilgen und dann keine neuen zu machen.

Michael Köpfl (GLP) für die Fraktion GLP: Wir danken den städtischen Mitarbeitenden und auch den Mitarbeitenden der städtischen Betriebe für ihre Arbeit für unsere Stadt. Wir danken den Kommissionen, die sich massgeblich mit diesem Jahresbericht befasst haben. Und wir danken auch dem Gemeinderat. Auch als eine Art Mitte-Oppositions-Partei, die sehr oft den Gemeinderat kritisiert, sind wir überzeugt, dass er grundsätzlich das Beste für unsere Stadt will, auch wenn er zum Teil andere Ziele verfolgt. Die Jahresrechnung 2009 ist grundsätzlich erfreulich. Sie ist ausgeglichen, und es wurde ein höherer Betrag für die Abschreibung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags verwendet, als budgetiert worden ist. Ebenfalls erfreulich ist der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen, der herausragende 255% beträgt. Damit hat man das Ziel der Schuldenbremse, das unsere parlamentarische Initiative verfolgt hat, weit übertroffen. Daher verstehe ich nicht wirklich, warum dagegen so opponiert wird, eben gerade weil die Schuldenbremse ermöglicht, dass schlechtere Jahre mit guten Jahren wie z.B. 2009 kompensiert werden. Es gibt jedoch einige „Aber“ zu diesen positiven Worten: Wir finden es langfristig nicht sinnvoll, dass ewb die ausserordentlichen Gewinne der Stadt abliefern. ewb hat grosse Ziele vor sich: Wir wollen den Atomausstieg gewährleisten. Dafür sind grosse Investitionen nötig. Es kann daher nicht sein, dass ewb weiterhin die Milchkuh der Stadt Bern ist. Die Stadt Bern muss auf einem andern Weg zu einem ausgeglichenen Budget kommen. Aus dieser Sicht ist für uns die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik der Stadt Bern nach wie vor sehr fraglich. Das wird auch durch den Blick in den IAFP bestätigt. In den kommenden Jahren sind massive Korrekturen notwendig. Und wir werden erst im nächsten Budgetprozess sehen, ob die Mehrheit des Stadtrats wirklich willens ist, langfristig den erfolgreichen Schuldenabbau weiter zu führen. Uns ist auch die zunehmende Anzahl Nachkredite negativ aufgefallen. Es sind zum ersten Mal zwei Nachkredite abgelehnt worden. Das ist ein rein symbolischer Akt. Aber wir hoffen sehr, dass all diejenigen, die das heute kritisiert haben, die Motion von Luzius Theiler, die fordert, dass abgelehnte Nachkredite im Folgejahr im Budget kompensiert werden müssen, unterstützen werden. Ebenfalls aufgefallen ist uns der Steuerrückgang. Es ist nicht an uns, das jetzt gross zu kritisieren, weil wir im damaligen Budgetprozess nicht dabei waren. Im letzten Budget haben wir aber darauf hingewiesen, dass die Steuereinnahmen zu optimistisch budgetiert worden sind. Wir hoffen, dass wir eines Besseren belehrt werden. Die GLP wird diesem Jahresbericht zustimmen, weil man dem Gemeinderat keine grundsätzlichen grossen Versäumnisse, die eine Ablehnung rechtfertigen würden, vorwerfen kann. Der Gemeinderat hat sich am Budget orientiert. Wenn schon, müssen wir das Budget ändern. Die FDP ist der Meinung, man solle weiterhin die Schulden abbauen, es brauche jedoch dringend ein steuerliches Zeichen. Das ist für uns nicht realistisch. Wir sind zwar auch für eine mittelfristige Steuersenkung. Dafür muss aber zuerst die Finanzpolitik ins Lot gebracht werden. Und an die Adresse der SP: Wir sind auch der Meinung, die Stadt Bern brauche gute Bedingungen für Unternehmen. Die Steuerbelastung ist dafür aber einer der wichtigen Aspekte, auch für natürliche Personen. Wir unterstützen die heute kommunizierte Überprüfung der Finanztätigkeit. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass das Stellenwachstum eingegrenzt werden sollte. Bei der natürlichen Fluktuation sollte vermehrt geprüft werden, ob es nicht andere Möglichkeiten gäbe, Arbeiten durch bestehende Stellen abzudecken. Auf die einzelnen Geschäfte der letzten Jahre gehen wir nicht mehr gross ein, mit einer Ausnahme: Wir möchten etwas zur Hauptstadtregion Schweiz sagen. Das ist ein sehr langfristiges Ziel und ein langfristiges Thema, das uns sehr wichtig erscheint. Wir finden es wichtig, dass die Stadt Bern beim Raumkonzept sehr aktiv und energisch eingeschritten ist. Wir finden es auch wichtig, dass wir das weiterziehen. Das ist für den Wirtschaftsstandort Bern essentiell. Wir haben die Bemühungen des Stadtpräsidenten unterstützt und sind erfreut, dass die grosse Mehrheit des

Stadtrats das auch macht. Und wir hoffen sehr, dass die Stadt Bern vor allem die Agglomerationsgemeinden und vielleicht sogar ein paar umliegende Kantone davon überzeugen kann, dass auch für sie das Konzept Hauptstadtregion Schweiz mit einer starken Region Bern und vor allem einer starken Hauptstadt für die künftige wirtschaftliche Prosperität essentiell sind.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB-DA): Es ist erfreulich, dass wir in diesem Jahresbericht keine Anträge für Fristverlängerungen und Abschreibungen haben, die in früheren Jahren jeweils ganz schnell und auf völlig unseriöse Art durchgepeitscht worden sind. Das haben wir vor einem Jahr auf Antrag von Kollege Wasserfallen beschlossen. Ich empfinde jedoch die Behandlung des Jahresberichts mit der Jahresrechnung immer noch als sehr unbefriedigend. Die Behandlung von Jahresbericht und Jahresrechnung ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Das ist ein wichtiges Mittel der Verwaltungskontrolle. Seit der Einführung des neuen Rechnungsmodells hat die Transparenz der Rechnungslegung sehr nachgelassen. Es ist in den meisten Fällen nicht mehr möglich, zu verfolgen, was wirklich geschehen ist. Nachkredite kommen nur noch in ganz krassen Fällen vor den Stadtrat oder sind in der Nachkreditstabelle verzeichnet. Die meisten Nachkredite können in den Globalbudgets der Abteilungen untergebracht werden, so dass wir gar nichts mehr davon merken. Es gibt aber immer noch eine Jahresrechnung nach dem früheren Rechnungsmodell, dem so genannten Harmonisierten Rechnungsmodell. Es wäre wünschenswert, dass uns diese Rechnungsablage parallel auch zugestellt würde. Das gäbe uns Vergleichsmöglichkeiten, die wir sonst nicht haben. Die Zusammenstellung der unerledigten Verpflichtungskredite gehört immer noch fast ins Tierbuch: Wir haben da Restanzen aus dem letzten Jahrtausend, z.B. Baumbepflanzungen zwischen 1989 und 1991 für 940'000 Franken, die noch nicht abgerechnet sind. Man kann nur hoffen, dass diese Bäume noch leben und nicht wegen irgendeinem Erlebniskonzept oder einem Tram abgeholzt worden sind. Wir haben ein EDV-Konzept aus dem Jahr 1996. Das ist ja wohl ein Fossil der EDV. Die entsprechenden 2 Mio. Franken sind auch noch nicht abgerechnet. Die 4 Mio. Franken für den Masterplan Bahnhof, der schon lange erledigt ist, sind auch noch nicht abgerechnet. Und die grösste Kuriosität: Für die so genannte definitive Einführung Verkehrslösung Innenstadt von 1981 gibt es auch noch einen unabgerechneten Verpflichtungskredit. Das sind nur einige Beispiele von Verpflichtungskrediten, die der Stadtrat beschlossen hat. Daneben gibt es noch Dutzende von Gemeinderatsbeschlüssen über Verpflichtungskredite, zu denen wir ohnehin nie etwas zu sagen haben. Die Kreditabrechnungen von Krediten, die der Stadtrat einmal beschlossen hat, sind auch wichtige Aufgaben des Stadtrats bzw. seiner Kommissionen. Durch die Verschlämpung über Jahre wird die Kontrollmöglichkeit, ob das Geld für den vorgesehenen Zweck ausgegeben worden ist oder ob die Kredite überschritten worden sind, verhindert. Es wäre schön, wenn die Berichterstattungen der Sachkommissionen auch schriftlich vorliegen würden, wie der AK-Bericht, damit man über schriftliche Berichte diskutieren könnte.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Ich danke den Mitgliedern der vorberatenden Kommissionen für ihre intensive Auseinandersetzung mit der Jahresrechnung. Der Dank gilt vor allem auch der Finanzdelegation und der AK. Und ich danke für die aner kennenden Worte zur Arbeit des Gemeinderats und der Verwaltung. Wir werden das gerne weiterleiten. Auch im Jahr 2009 konnte der Gemeinderat eine ausgeglichene Rechnung mit einem weiteren namhaften Abbau des Bilanzfehlbetrags aus den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts verabschieden. Zum Teil haben Sondererträge zu diesem Resultat geführt. Die laufende Rechnung 2009 des steuerfinanzierten Haushalts schliesst bei einem Aufwand und einem Ertrag von je 1,019 Milliarden Franken ausgeglichen ab. Das insgesamt erfreuliche Rechnungsergebnis erlaubt es uns, auf dem altrechtlichen Bilanzfehlbetrag zusätzliche nicht budgetierte 23,4 Mio. Franken abzu-

schreiben. 42% der Erträge generiert die Stadt Bern über ihre Steuereinnahmen. Deshalb einige Bemerkungen zum ordentlichen Steuerertrag: Der gesamte ordentliche Steuerertrag ist mit 405,3 Mio. Franken um 10,5 Mio. Franken oder 2,5% tiefer als veranschlagt. Der Grund dafür ist vor allem die konjunkturelle Abschwächung. Wir haben in der Stadt Bern die komfortable Lage, dass das Steuersubstrat mehrheitlich von natürlichen Personen stammt. Dieses ist stabil, zum Teil auch leicht wachsend, zum Teil basierend auf der Wohnbautätigkeit der letzten Jahre, von der wir jetzt die ersten Früchte ernten können. Allerdings haben wir, und mit uns alle öffentlichen Gemeinwesen, Probleme bei den juristischen Gemeinwesen. Dort hatten wir massive Einbrüche. Auch im Jahre 2009 war nicht die Ausgabenseite das Problem. Was uns Sorgen bereitete, ist vor allem die Einnahmenseite. Angesichts der angespannten Wirtschaftslage im Jahr 2009 glaube ich auch, dass wir mit dem vorliegenden Jahresabschluss zufrieden sein können. Wir konnten Schulden abbauen. Die Finanzkennzahlen sind solid. Während die schweizerische Eidgenossenschaft im Jahr 2009 einen Einnahmenüberschuss von 4,4% hatte, lag unser Einnahmenüberschuss immerhin bei 2,3%. Es muss jedoch betont werden, dass die Stadt im letzten Jahr mit einem blauen Auge davon gekommen ist. Ohne die erwähnten Sonderfaktoren hätte der unerfreuliche Rückgang bei den Steuereinnahmen das Bild auf einen Schlag verändert. 2009 ist Geschichte. Wir haben aufgrund der unerfreulichen Einnahmenseite bereits schon wieder eine Reduktion des Sachaufwands vorgenommen. Wir haben aus diesem Budget 8 Mio. Franken herausgestrichen. Auch im Verlauf dieses Jahres werden wir aufgrund von weiteren Hochrechnungen entscheiden müssen, ob die umgesetzten Massnahmen genügen, oder ob wir allenfalls zusätzliche Massnahmen treffen müssen, um für 2010 eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass er frühzeitig die richtigen Entscheidungen getroffen hat, um Defizite zu verhindern. Wir werden nach den Sommerferien im Rahmen der Budgetdiskussion über weitere Aufwandreduktionen befinden müssen. Ich bin aber überzeugt, dass ein Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags bis Ende dieser Legislatur realistisch ist. Es ist auch sinnvoll, diesem Legislaturziel die andern Ziele unterzuordnen, damit die Stadt Bern endlich Handlungsspielraum für einen weiteren Ausbau des bestehenden Angebots gewinnt oder den finanziellen Handlungsspielraum der Steuerzahlenden durch Steuersenkungen vergrössern kann. Wir hoffen, dass die leichte Konjunkturerholung, die sich in der Schweiz abzeichnet, nicht nur ein Strohfeuer ist.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Genehmigung des Jahresberichts (Band 1, Seite 27) zu (47 Ja, 11 Nein, 4 Enthaltungen).

3 Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit der Aufsichtskommission (AK) im Jahre 2009

Geschäftsnummer 04.000068 / 10/137

Hans Peter Aeberhard (FDP), Präsident AK: Ich danke dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihren Einsatz und ihr Engagement und für die gute Zusammenarbeit mit unserer Kommission. Und ich danke auch dem Stadtrat. Annette Lehmann war im letzten Jahr unsere Präsidentin. Sie hat ihre Arbeit gut gemacht, und ich danke ihr für ihren Einsatz. Es war kein leichtes Jahr. Das Hauptschwergewicht unserer Aufsichtstätigkeit hat darin bestanden, dass wir die durch die Sachkommission durchgeführte Untersuchung der Sozialhilfe ein zweites Mal durchführen mussten. Wir haben dabei im Wesentlichen das Finanzinspektorat oder die Frage der Finanzaufsicht in der Stadt Bern geprüft. Diese Arbeit ist

noch nicht abgeschlossen. Wir prüfen Konzepte und formulieren Vorschläge, wie man bei der städtischen Finanzaufsicht Verbesserungen erzielen könnte. Die andere Hauptarbeit war die Revision des Geschäftsreglements. Wir haben versucht, die in den verschiedenen Präsidentschaftsjahren seit Philippe Müller gesammelten Punkte in ein neues Geschäftsreglement zu gießen. Sie haben uns seinerzeit gesagt, wir hätten die Arbeit nicht so gut gemacht. Jetzt sind wir wieder damit befasst. Es kommt laufend Neues dazu. Das Traktandum Geschäftsreglement, das nicht eigentlich eine Aufsichtsaufgabe, sondern eine gesetzgeberische Aufgabe ist, nimmt uns weiterhin in Beschlag. Über das Ratssekretariat haben wir uns als AK hier genügend geäußert. Ich überspringe diesen Punkt und stelle lediglich fest, dass Jürg Stampfli immer noch keine Stelle hat. Wir haben drei verschiedene Arten von Kontakten mit der Verwaltung: Direktionsgespräche mit den jeweiligen Direktorinnen und Direktoren, vertraulich und ohne Protokolle. Dabei versuchen wir bei den einzelnen Mitgliedern des Gemeinderats den Puls zu fühlen. Und wir machen Direktionsbesuche, an denen wir versuchen, mit den Kadern der Direktionen zu einem bestimmten Thema eine vertiefende Veranstaltung abzuhalten und den persönlichen Kontakt zu pflegen. Und wir haben noch die Direktionsbesuche der Delegationen. Dabei geht es darum, als Aufsichtskommission in sensible Bereiche der jeweiligen Verwaltungsteile vorzustossen, gewisse Fragen zu besprechen und zu prüfen, ob sich allenfalls ein aufsichtsrechtlicher Handlungsbedarf ergibt. Wir in der AK sind uns bewusst, dass diese Besuche eine gewisse Überschneidung mit der Arbeit der Sachkommissionen darstellen, was zu Konflikten führen könnte. Wir verstehen unsere Arbeit einzig darin, frühzeitig Unstimmigkeiten zu bemerken. Ich danke noch einmal allen, die uns unterstützt haben, namentlich den Kommissionsmitgliedern, und bin gespannt auf Ihre Voten.

Luzius Theiler (GPB-DA): Mir ist aufgefallen, wie diskret der Bärenpark in diesem Bericht behandelt wurde. Das war ja ein Schwerpunktthema von grosser Wichtigkeit und Beachtung. Der Herr Stadtpräsident hat versprochen, den Fragenkatalog an die Person, die die Untersuchung durchführt, zu veröffentlichen. Wie steht es mit diesem Katalog? Achtet die Kommission darauf, dass der versprochene Zeitrahmen eingehalten wird? Es wurde gesagt, die Untersuchung sei bis im Sommer abgeschlossen. Wir werden ja nachher noch darüber befinden müssen, ob dieser Bericht genügt oder ob wir doch noch eine PUK einsetzen. Mir fällt auch das Gejammer wegen der Kaderlöhne auf. Wie wenn dies das wichtigste Thema für die Stadt Bern wäre. Sie wissen doch alle, dass eine Aufweichung dieser Grenze nach oben in einer Volksabstimmung nie angenommen würde. Deshalb ist es Zeitverschwendung, sich immer wieder mit diesem Thema zu beschäftigen, abgesehen davon, dass es stossend ist in einer Zeit, in der Löhne von Personen, die viel weniger verdienen, begrenzt werden. Vor einem Jahr war die Rede von einem Rahmenreglement für die ausgelagerten Betriebe. Dieses Jahr ist davon nicht mehr die Rede. Wurde dieses Vorhaben aufgegeben oder wird es weiter verfolgt?

Hans Peter Aeberhard, Präsident AK: Herr Theiler fragt, wie wir unsere Pendenzen kontrollieren und im Griff haben. Die Kommission hat die offenen Punkte, z.B. den Bärenpark, in ihrer Pendenzenliste. Wir werden darauf achten, dass der uns versprochene Bericht rechtzeitig kommt und sind auf seinen Inhalt gespannt. Betreffend Kaderlöhne haben wir uns als Aufsichtskommission mit den Folgen für die Verwaltung befasst. Das ist unsere Pflicht. Wenn wir zum Schluss kommen, dass dies problematisch ist, können wir uns entsprechend äussern. Der Stimmbürger bzw. die Stadtverwaltung bzw. auch wir Mitglieder des Stadtrats haben das Recht zu sehen, wo in der Verwaltung Probleme entstehen. Ob das zu einer Volksabstimmung führt oder nicht, sei dahin gestellt. Wir können nicht Missstände oder Probleme ignorieren, nur weil das Volk einmal einer Initiative zugestimmt hat. Die Zeiten und die Verhältnisse ändern sich. Ein Verständnis von politischer Loyalität gegenüber dem Volk ist zwar vorhan-

den, aber nur dort, wo das Volk nicht Probleme schafft, wie es die Umsetzung der Initiative in der Stadt gemacht hat. Ob man das ändern will, ist eine politische Frage, über die sich die Aufsichtskommission nicht zu äussern hat. Die ausgelagerten Betriebe werden wir weiterhin betreuen. Wir werden uns im nächsten Bericht vermehrt zu diesem Betrieb äussern, wenn das gewünscht wird. Dafür haben wir aber unsere spezielle Berichterstattung. Ich sehe hier – vorbehaltlich der Meinung der Kommission – keinen Nachhol- oder Verbesserungsbedarf.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Aufsichtskommission zustimmend zur Kenntnis (53 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen).

4 Tätigkeitsbericht 2009 der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten an den Stadtrat

Geschäftsnummer 04.000352

Hasim Sancar (GB) für die AK: Die Ombudsstelle und der Datenschutzbeauftragte der Stadt Bern sind direkt der Legislative unterstellt. Stellvertretend für den Stadtrat nimmt die AK die Funktion der direkten Vorgesetztenstelle wahr. Der Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle bzw. des Datenschutzbeauftragten der Stadt Bern wurde in der AK-Sitzung vom 17. Mai behandelt und einstimmig positiv zur Kenntnis genommen. Der Bericht hat zwei Teile. Im ersten Teil werden allgemeine Themen beleuchtet. Schwerpunkte sind Sozialhilfe, die erneute Zunahme des Geschäftsvolumens und die Begründung der notwendigen Erhöhung der Ressourcen für diese Stelle. Es folgen die Statistik der Tätigkeitsfelder und die Nennung der Kontakte mit externen Stellen, Fachtagungen, Öffentlichkeitsarbeit. Einige Bemerkungen zu diesem Teil: Das Geschäftsvolumen der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten hat auch im Jahr 2009 zugenommen, dies gilt insbesondere für neu eröffnete Falldossiers. Die Dossiers sind zudem aufwändiger, da es verschiedene Abklärungen und Kontakte braucht. Auch dieses Jahr gehört der Löwenanteil der Dossiers, nämlich 42%, in den Bereich der Sozialhilfe. Einzelne Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger beklagten sich über das Sozialinspektorat, dessen Vorgehen sie als unzumutbar und schikanös beschreiben. Kritisiert wird, dass der Tätigkeitsbereich des Sozialinspektors nicht mit einem verbindlichen rechtlichen Rahmen abgedeckt ist, dass seine Methoden wie Foto- und Tonbandaufnahmen in den Wohnbereichen der Sozialhilfeempfänger/innen die Privatsphäre und das Grundrecht auf Persönlichkeitsschutz verletzt. Weitere kritische Themen, die im Bereich betreffend Sozialhilfe aufgenommen werden, sind die problematische EDV-Applikation KISS, fragliche Dossierführung, Unverhältnismässigkeit der Massnahmen bei mangelnder Kooperation. Weitere interessante Aspekte des Berichts: Der Ombudsmann wurde angefragt, ob er als Zeuge vor Gericht gehen würde. Da er der Schweigepflicht unterliegt, entschied die Aufsichtskommission, dass er in einem Fall, in den er selber involviert ist, diese Rolle grundsätzlich nicht übernehmen sollte. Die Informationsgesellschaft eröffnet laufend und mit zunehmender Geschwindigkeit neue Dimensionen im Umgang mit Daten und Informationen. Der Schutz der Persönlichkeit und der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist zunehmend neuen Risiken ausgesetzt. Dies bedingt auch Anpassungen der rechtlichen Massnahmen im Datenschutzbereich, und somit wird auch die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten komplexer. Ein Beispiel dafür ist die gesetzliche Grundlage für die Videoüberwachung. Die Ressourcen der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten sind mit einem 150%-Pensum gleich geblieben. Um das wachsende Geschäftsvolumen zu bewältigen und dem Mehr an Aufgaben im Datenschutzbereich gerecht zu werden, braucht die Stelle mehr Ressourcen. Die AK hat für das Budget 2011 eine Erhöhung

um 50'000 Franken für neue Ressourcen beantragt. Zum Erstaunen der AK hat der Gemeinderat diesen Antrag nicht aufgenommen, obwohl er das Budget entsprechend anpassen müsste, wenn der Antrag von Seiten der Legislative bzw. ihrer Kommission kommt. Die AK setzt sich aber weiterhin für diese unverzichtbare Aufstockung ein, die seit dem Bestehen dieser Stelle trotz der wachsenden Komplexität und zunehmenden Aufgaben gleich geblieben ist. Bei der Budgetbehandlung wird die AK den entsprechenden Antrag in den Stadtrat bringen. Die Aufsichtskommission empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Bericht der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten der Stadt Bern zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Der Bericht ist auch dieses Jahr sehr spannend und lesefreundlich verfasst. Auch die im zweiten Teil ausgeführten Fälle sind spannend und lesenswert. Im Namen der AK danke ich Mario Flückiger und seiner Mitarbeiterin Beatrice Bühler ganz herzlich für die geleistete wertvolle Arbeit.

Fraktionserklärungen

Silvia Schoch-Meyer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Zu Beginn möchte sich die SP/JUSO Fraktion bei Mario Flückiger und seiner Mitarbeiterin, Beatrice Bühler, für Ihre wertvolle Arbeit für unsere Stadt bedanken. Es ist sehr wichtig, dass sich Bürger/innen und Mitarbeiter/innen beschweren können, wenn sie glauben, ungerecht behandelt worden zu sein. Unabhängig davon, ob sich dieser Glaube bestätigt, kann damit mehr Vertrauen geschaffen werden und können die Persönlichkeitsrechte gestärkt werden. Dazu kommt, dass gerade für Menschen, die sich nicht einfach einen Anwalt leisten können, solche Stellen sehr wichtig sind. Wir schliessen uns dem von Hasim Sancar erwähnten Antrag auf Aufstockung der Ressourcen an. Wir werden einen solchen Antrag im Rahmen der Budgetdebatte unterstützen. Wir sind der Meinung, es gebe gewisse Bereiche, in denen nicht gespart werden sollte. Gerade wenn es um Grundrechte geht, und hier geht es um Grundrechte, gibt es irgendwo eine Grenze. Die Grundrechte gehen uns alle an. Ich habe das persönlich erlebt: Ich wurde von einem Klienten massiv bedroht und habe bei der Einwohnerkontrolle angefragt, ob sie dieser Person meine Adresse herausgegeben würde. Ich habe dann erstaunt festgestellt, dass meine Adresse herausgegeben würde, da ich über keine Datensperre verfüge. Ich wurde nie darauf hingewiesen. Bis ich in den Stadtrat gekommen bin, habe ich mich auch bemüht, im Rahmen von Internet meine Adresse nicht offen zu legen. So viel zum Thema Datenschutz und der erwähnten Ressourcenaufstockung. Ein Schwerpunkt, den schon Hasim Sancar erwähnt hat, ist die Sozialhilfe. Mario Flückiger hat im Bericht darauf hingewiesen, dass es eine Kehrseite der Medaille gibt, wenn man den Druck auf die Sozialhilfe ständig erhöht. Die SP/JUSO-Fraktion und besonders ich als Berufsfrau, wir sind froh, dass endlich einmal darüber gesprochen wird. Sozialarbeit beinhaltet von Beginn an das so genannte doppelte Mandat. Die Rechte der Betroffenen gilt es genau so zu berücksichtigen wie die Rechte der Gesellschaft. Jede Seite hat ihr Gewicht. In letzter Zeit verschiebt sich das Gewicht zunehmend. Es wird zunehmend ein Einzelmandat der Gesellschaft. Die Rechte der Betroffenen gelten immer weniger. Die Rechte der Gesellschaft stehen absolut im Vordergrund. Leider ist das seit der Lancierung der nicht nur gerechtfertigten Debatte in Politik und Öffentlichkeit so passiert. Wir sind nicht gegen Kontrollen. Sie sind nötig im Sinne von „Fordern und Fördern“. Wir sind für Leute, die kooperieren müssen. Wir sind selbstverständlich gegen Missbrauch, den wir gar nicht verneinen. Aber den Druck, der hier gemacht wird, spüren alle, auch die kooperativen Klienten. Man liest es auch im Tätigkeitsbericht des Ombudsmannes, dass tatsächlich Fehler passieren. Ich habe manchmal das Gefühl, dass gewisse Kreise nicht verstehen können oder wollen, dass auch die weissen Schafe angegriffen werden, wenn man die schwarzen Schafe in einer Gruppe angreift. Sie gehören der gleichen Gruppe an. Das ist eine Erfahrung von mir als Sozialarbeiterin. Das hat für Sie vielleicht nicht so viel Gewicht, weil Sie finden, Sozialarbeit sei kein

„Superjob“, ein Job, der nicht so viel Wertschätzung verdiene. Aber es ist Realität. Es ist damit auch klar, dass aufgrund solcher Situationen auch die Beschwerden zunehmen, die teilweise berechtigt sind. Auf dem regionalen Sozialdienst, für den ich arbeite, sind wir im Moment damit befasst, die externen Sozialinspektoren einzuführen. Wir müssen alle Klienten darüber informieren. Es ist sehr spannend und eindrücklich, wie die Leute darauf reagieren. Einer meiner Klienten hat gesagt, er habe Verständnis für diese neuen Kontrollen. Er wisse, man müsse immer bei sich selbst anfangen. Aber er frage sich, warum man eigentlich die UBS nicht auch so kontrolliere, wie er kontrolliert werde. Wir nehmen den Bericht also zustimmend zur Kenntnis.

Daniela Lutz-Beck (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP nimmt den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle wohlwollend und zustimmend zur Kenntnis. Wir danken insbesondere dem Ombudsmann und Datenschutzbeauftragten, Mario Flückiger und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement. Es zeigt sich erneut, wie wichtig insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern eine Ombudsstelle ist, um Unklarheiten zu klären und unparteiisch Lösungen im Fall von Konflikten zu finden. Als besonders anspruchsvoll erweisen sich die Anfragen zum Datenschutz. Nicht umsonst wird ein Beitrag für den Beizug von Informatik-Fachexperten gefordert. Es geht hier um die Gewährleistung eines gesetzestreu und wirksamen Vollzugs der Datenschutzaufgaben in der Zukunft, mit Betonung auf Zukunft, in der sich sicher für den Datenschutzbeauftragten noch viele Fragen in komplizierten Situationen stellen werden. Ich denke insbesondere an den Schutz vor Missbrauch von persönlichen Daten, der in Zukunft gewährleistet sein muss. Es muss sich auch hier die Frage stellen, wie diese Ressourcen „kostenneutral“ zur Verfügung gestellt werden können. Dank der Überprüfung der Aufgaben geht das vielleicht ohne einen Ausbau des gesamten städtischen Personalpools, durch Verschiebung von Ressourcen. Nun möchte ich noch kurz auf das Schwerpunktthema Sozialhilfe zu sprechen kommen. Ich war sehr erstaunt, als ich aus der Presse über den Tätigkeitsbericht des Ombudsmannes erfuhr. Genau vor vier Wochen wurde im Stadtrat eine Motion von mir behandelt, die die Komplexität beim Erstellen des Sozialhilfe-Budgets zum Thema hatte und die Kostentransparenz für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen hätte herstellen oder sie zumindest verbessern sollen. Diese Motion wurde aus Kostengründen abgelehnt. Ich möchte nicht wissen, was diese Überarbeitung der Fragestellungen gekostet hat. Zwei Wochen später wurde der Bericht der Ombudsstelle veröffentlicht. Darin wird genau dieses Thema angesprochen. Auf Seite 5 steht: „In ungezählten von der Ombudsstelle bearbeiteten Fällen hat sich gezeigt, dass die Art und Weise der praktischen Budgetierung zu kompliziert ist. Die Budgets sind selbst für die geschulten Sozialarbeitenden oft schwer zu handhaben und beinhalten viele Fehlerquellen.“ Dies führt wie hier erwähnt zu Konflikten und zu einem Vertrauensverlust auf Seiten der Sozialhilfeempfänger und auf Seiten der Sozialarbeitenden. Meine Lösung war damals einfach: Budget – Rechnung – Budget – Rechnung, so wie wir es auch für die Stadt praktizieren. Eine nachvollziehbare, transparente Aktenführung, wie sie im Bericht gefordert wird, ist die Bedingung, da dies unseres Erachtens Grundlage für ein seriöses Arbeiten ist. Das wurde auch vom Datenschutzbeauftragten verlangt. Die hier erwähnten Fälle kenne ich auch aus meiner eigenen Praxis, in der ich relativ viele sozialhilfe-bedürftige Menschen behandle. Anregend und nachdenklich stimmen auch die anderen beschriebenen Fallvignetten, auf die ich hier nicht eingehe. Sie zeigen nur auf, wie notwendig die Ombudsstelle ist, die das Vertrauen der Bürger in die Stadtverwaltung zu erhalten und Unklarheiten ernst zu nehmen versucht. Ein Verzicht auf eine solche Stelle würde die Distanz zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung vergrössern.

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die Fraktion FDP: Auch die FDP schätzt die Arbeit des Ombudsmannes und seiner Mitarbeiterin sehr. Die FDP schätzt auch die Arbeit von Mario Flücki-

ger als Datenschutzbeauftragter der Stadt sehr. Anhand der beschriebenen Fälle kann man sehen, wie sich Schwachstellen, die in der Verwaltung immer vorkommen, für den einzelnen Bürger auswirken und welche Konflikte dadurch verursacht werden. Es ist hier nicht der Ort, Politik zu betreiben und die einzelnen Fälle im Sinne der Sprecherin der SP in einer Art Sozialhilfedebatte abzuhandeln. Es ist einfach wichtig zu sehen, in welchen Bereichen Probleme vorhanden sind und wo man allenfalls mit Vorstössen oder als AK mit Massnahmen dagegen angehen kann. Die FDP dankt Mario Flückiger und Beatrice Bühler für die komplexe Arbeit. Die FDP ist sich nach wie vor bewusst, dass sie als „Zweipersonen-Haushalt“ sehr allein sind. Mario Flückiger ist gegenwärtig der einzige dem Stadtrat unterstellte Angestellte im Kader. Hoffentlich behandeln wir ihn besser und anständiger als unseren bisherigen Ratssekretär. Ich wünsche ihm alles Gute, auch für 2010.

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! nimmt den Tätigkeitsbericht 2009 der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten positiv zur Kenntnis und dankt Mario Flückiger und seiner Mitarbeiterin Frau Bühler für die geleistete Arbeit und für den guten Bericht. Unsere Befürchtungen und Sorgen betreffend Sozialhilfe haben sich leider als berechtigt erwiesen. Auch dieses Jahr war der Ombudsmann v.a. mit Sozialhilfe-Dossiers beschäftigt. Der Ombudsmann stellt fest, dass der erhöhte Druck, dem die Mitarbeitenden der Sozialdienste ausgesetzt sind, deutlich zu spüren ist. Weiter schreibt er, dass die Ermessensspielräume aus Angst vor neuer Kritik häufiger zu Ungunsten der Sozialhilfe-Empfänger/innen genutzt werden und dass im täglichen Vollzug neue Fehlerquellen entstehen. Beispiele aus den Dossiers zum Sozialdienst sind Verletzungen von Verfassung, Daten- und Persönlichkeitsschutz wie z.B. die EDV-Applikation KISS, Verlangen von Urin- und Blutentnahmen, Ton- und Bildaufnahmen usw. Der Bericht des Ombudsmannes macht deutlich, dass für die Tätigkeit der Sozialinspektoren ein verbindlicher rechtlicher Rahmen fehlt, was wir nicht akzeptieren können. Was wir befürchtet haben, bestätigt nun auch der Bericht, nämlich dass mit den ergriffenen Massnahmen im Sozialdienst der Bogen überspannt und die Verhältnismässigkeit oft nicht berücksichtigt wird. Die Sozialhilfe-Empfänger/innen haben natürlich auch ein Recht auf Beschwerde. Ihnen fehlen aber oft die nötigen Ressourcen wie Know-how, Finanzen und Mut, dieses zu nutzen. Eigentlich müsste die Stadt gerade mit dieser verletzlichen Gruppe umso sorgfältiger umgehen, was gemäss dem Bericht leider anders aussieht. Wir halten es für fragwürdig, gravierend und äusserst gefährlich, dass diese Leute schikaniert und unrechtmässig behandelt werden. Wir werden diese Themen verfolgen und unter die Lupe nehmen. Deshalb reichen wir heute eine Interpellation mit einer Palette von Fragen ein. Die Fraktion GB/JA! ist überzeugt, dass die Stelle „Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter“ angesichts des zunehmenden Geschäftsvolumens erhöht werden müsste und wir werden die Aufstockung unterstützen. Unsere Fraktion fand den Bericht sehr interessant und lesenswert und wünscht sich eine Verbesserung der Umstände in den Problembereichen. Wir hoffen natürlich, dass der Bericht von den betroffenen Stellen reflektiert wird.

Thomas Weil (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir sind der Meinung, es brauche die Ombudsstelle auf Stadtebene nicht. Wir haben die Möglichkeit, wenn nötig ein Rechtsmittel zu ergreifen. Wir haben ein gut ausgebautes Justizsystem und ein Parlament. Man kann auch einzelne Mitglieder des Stadtrats angehen, die die Verwaltung kontrollieren können. Das ist sehr differenziert, bereits auf Gemeindeebene. Im Kanton hat z.B. der Regierungstatthalter auch eine gewisse Ombudsfunktion. Wir haben auch einen kantonalen Datenschutzbeauftragten. Auch diese Aufgabe der Stadt könnte auf kantonaler Ebene wahrgenommen werden. Es hat ja auch nicht jede Gemeinde eine Ombudsstelle. Es zeugt nicht von einer besonderen Auseinandersetzung, wenn man heute Abend fast refrainmässig hört, dass die Verwaltung

Toparbeit leiste. Unsere Meinung zur Ombudsstelle und auch zu anderen Verwaltungseinheiten ist gegeben und begründet.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Tätigkeitsbericht 2009 der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten zustimmend zur Kenntnis (53 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung).

5 Dringliche Motion Fraktion GLP (Jan Flückiger, GLP): Berner Filz im Hochbau zum Zweiten – StaBe die Bauherrschaft über den Feuerwehrstützpunkt wegnehmen

Geschäftsnummer 10.000127 / 10/116

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 16. Juni 2010

Michael Köppli (GLP) für die Motionäre: Ich habe das Geschäft von Jan Flückiger, der neu im Grossen Rat ist, übernommen, habe mit ihm Rücksprache genommen und möchte Folgendes festhalten: Eins vorweg: Wir finden es eine völlige anmassende Bemerkung der StaBe, dass sie uns Missbrauch politischer Instrumente vorwirft. Auch wenn es so wäre, ist es sicher nicht an den StaBe zu beurteilen, ob irgendeine Motion rechtmässig oder angemessen sei oder nicht. Wir finden es problematisch, wenn der Gemeinderat den StaBe einen Freibrief gibt, sich zu diesen Vorwürfen zu äussern und dann diese Aussage unwidersprochen stehen lässt. Das ist inakzeptabel. Die GLP hält an ihrer Aussage, beim Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West habe es sich um eine miserable Kostenschätzung gehandelt, dezidiert fest. Wir haben mit den Stadtbauten Bern Hearings durchgeführt. Die Stadtbauten Bern haben dort klar zugegeben, dass sie Fehler gemacht haben. Sie haben die Bedürfnisse der Feuerwehr nicht richtig abgeklärt und berücksichtigt. Dazu ein Beispiel: Sie haben als Referenzwert den alten Feuerwehrstützpunkt genommen und auf eine neue Fläche umgerechnet. Dadurch sind die viel zu tiefen Kostenschätzungen entstanden, weil der neue Feuerwehrstützpunkt ja höheren Anforderungen genügen soll. Für uns ist das sehr verdächtig. Nachdem dies verschiedene Male vorgekommen ist, werden wir den Verdacht nicht los, dass System dahinter steckt, dass man die Kosten absichtlich tief schätzt, damit man vor dem Stadtrat oder vor dem Volk mehr Chancen hat. Im Nachhinein, wenn man nicht mehr zurück kann, werden die Projekte dann viel teurer. Die GLP ist nicht der Anwalt der Ralph Bänziger AG. Uns geht es nicht um dieses Büro, das selber juristische Verfahren eingeleitet hat. Uns geht es um ein glaubwürdiges Wettbewerbswesen in der Stadt Bern und gegen Filz bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Ich rufe in einigen Stichworten noch einmal den Ablauf in Erinnerung: Für den Feuerwehrstützpunkt wurde ein Wettbewerb durchgeführt. Das Architekturbüro Ralph Bänziger AG hat den Wettbewerb gewonnen. Der Wettbewerb wurde von einer professionell zusammengesetzten Kommission beurteilt. Das Architekturbüro GWJ wurde dann von den Stadtbauten mit einer Kostenschätzung beauftragt. Die Kostenschätzung war offensichtlich miserabel. Wir können nicht beurteilen, ob die Schuld daran den Architekten oder den Stadtbauten zukommt. In der Folge sind die StaBe vom Phasenvertrag mit der Ralph Bänziger AG zurückgetreten. Ich kann nicht beurteilen, ob das rechtmässig war oder nicht. Das ist auch nicht unsere Sache. Wir kennen den Grund dafür nach wie vor nicht. Bei einem Geschäft, bei dem so viel falsch gelaufen ist, wäre es angebracht gewesen, wenn man uns das kommuniziert hätte. Die StaBe haben dann

in Eigenregie einen externen Projektleiter eingestellt. Sie halten nach wie vor an der Rechtmässigkeit dieses Auftrags fest, obschon diese Vergabe hätte ausgeschrieben werden müssen. Das hält der Gemeinderat schon in der Beantwortung des letzten Vorstosses fest. Die StaBe beurteilen dann die Neuvergabe des Projekts mit einem Gremium, in dem nur Leute der StaBe einsitzen. Das Projekt wird an das Architekturbüro Itten und Brechbühl vergeben, das ein sehr enger Partner der GWJ Architekten ist, der wir die miserable Kostenschätzung zu verdanken haben. Sie haben die gleiche Firmenadresse, die gleichen Mehrheitsaktionäre. Das ist doch sehr verdächtig. Der Verdacht, dass es sich um Filz handelt, ist sehr nahe liegend. Wir finden, das Beurteilungsgremium hätte in den Ausstand treten müssen. Es kann nicht sein, dass die Neuvergabe wieder nur durch ein Gremium mit StaBe-Leuten durchgeführt wird. Der Gipfel ist, dass der nicht rechtens angestellte externe Projektleiter von Emch und Partner Mitglied des Beurteilungsgremiums war, das das Projekt an Itten und Brechbühl vergeben hat. Das geht doch einfach nicht.

Zur Antwort: Der Gemeinderat hält sich sehr kurz und sagt einfach, er sei operativ nicht verantwortlich. Das ist korrekt. Aber der Gemeinderat hat eine strategische Verantwortung. Er will ja unbedingt mit zwei Sitzen im Verwaltungsrat der StaBe Einsitz haben. Gemeinderätin Barbara Hayoz und Gemeinderätin Edith Olibet gehören dem Verwaltungsrat an. Wenn der Gemeinderat schon im Verwaltungsrat Einsitz hat, soll er auch seine strategische Verantwortung wahrnehmen. Wir machen den Vorwurf von Filz. Filz hat keinen operativen Charakter, er wird unseres Erachtens systematisch betrieben. Damit handelt es sich um einen strategischen Charakter. Der Verwaltungsrat und der Gemeinderat sind also gefordert. Wir fordern eine klare Stellungnahme des Gemeinderats zu diesen Vorwürfen. Leider ist er eine solche Stellungnahme in der Antwort schuldig geblieben. In Art. 20 des Reglements der Stadtbauten steht: „Der Gemeinderat beaufsichtigt die StaBe. Er ist berechtigt, im Rahmen seiner Aufsichtsbefugnisse jederzeit Auskünfte zu verlangen und in alle Unterlagen Einsicht zu nehmen.“ Das können wir nicht. Wir erwarten, dass der Gemeinderat das macht und fundiert zu unseren Vorwürfen Stellung nimmt. Wenn er das nicht will, soll er wenigstens konsequent sein und auf seine Verwaltungsratsmandate bei den StaBe verzichten, wie wir das eigentlich grundsätzlich fordern. Für die GLP ist klar, dass sie nicht mehr warten will, bis die StaBe in die Verwaltung zurückgeführt ist. Das könnte noch einige Jahre dauern. Die StaBe sind offensichtlich nicht fähig, solche Grossprojekte durchzuführen. Dazu kommt jetzt noch dieser erhebliche Filzverdacht. Wir müssen jetzt handeln und den StaBe die Bauherrschaft für den Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West entziehen!

Fraktionserklärungen

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! hat die StaBe und v.a. deren CEO wegen der Fehler, Pannen und Kostenüberschreitungen auch kritisiert. An unserer Haltung diesbezüglich hat sich bis heute nichts geändert. Es ist bekannt, dass die StaBe sowohl im Projekt BärenPark als auch beim Feuerwehrstützpunkt im Forsthaus West mangelnde Leistungen erbracht haben. Unsere Kritik ist politischer und finanzieller Natur, denn jede Panne und jeder Fehler trifft das Gemeinwesen, weil letztlich die Bevölkerung der Stadt Bern für die Verluste büssen muss. Das ist auch ein Grund, warum wir gegen die Auslagerungen der städtischen Betriebe sind, weil dies die parlamentarische Kontrolle stark einschränkt. Es freut uns daher sehr, dass die StaBe wieder in die städtische Verwaltung integriert werden. Es gilt auch festzuhalten, dass wir kein Interesse daran haben, dass ein staatlicher Betrieb finanzielle Verluste einfährt. Natürlich erwarten wir von ihm rechtmässiges und korrektes Vorgehen bei Ausschreibungen und Vergaben. In diesem Fall läuft momentan auch ein juristisches Verfahren. Jetzt zur Filz-Motion: Die Antwort des Gemeinderates auf die Motion ist umfassend und enthält auch Ausführungen von StaBe. Wie wir alle wissen, und wie es auch in der Antwort

auf diese Motion erwähnt wird, ist der Inhalt dieser Motion Gegenstand eines Rechtsverfahrens. Die Sache ist kompliziert, und für deren Beurteilung braucht es spezielle und spezifische Kenntnisse. Das gleiche Thema wurde auch mit einer „Kleinen Anfrage“ im Stadtrat behandelt. Wir halten es für richtig, dass die StaBe aufgrund des laufenden juristischen Verfahrens den Medien keine Prozessunterlagen zur Verfügung stellen. Die bisherigen Abläufe des Rechtsweges mit den erwähnten Abweisungen laufen zugunsten der StaBe. Wir möchten zum laufenden Rechtsverfahren daher keine Stellung nehmen. Das wäre auch nicht richtig. Zudem fehlen uns die entsprechenden Informationen. Als Parlamentarier ist es nicht unsere Aufgabe herauszufinden, wer mit wem ist und mit wem wohnt oder Büroräume teilt usw. Wir stellen fest, dass die Auffassungen von StaBe und Gemeinderat betreffend der Rechtmässigkeit der Personalausleihe im Projekt nicht identisch sind und möchten eine Bereinigung dieser Unterschiede. Weiter stellen wir fest, dass die GLP-Fraktion mit dieser Motion eine Mission übernimmt, die sehr fragwürdig ist. Sie macht ein Angebot in einem laufenden Rechtsstreit und missbraucht so die politischen Instrumente, um die Interessen von privaten Dritten zu vertreten. Es heisst „die Klagen werden zurückgezogen, wenn...“, was auf eine Interessenkollision hinweist. Und wir stellen hier die berechnete Frage: Wie tief ist die GLP in diesem Filz drin? Interessant ist weiter, dass die GLP zu diesem Thema überhaupt eine Motion einreicht. Diese Partei ist bekannterweise neo-liberal orientiert und schwächt mit ihrer Politik die Rolle des Gemeinderats in den ausgelagerten Betrieben. Es erstaunt, dass sie trotzdem vom Gemeinderat Korrekturen erwartet und die Verantwortung auf ihn abschieben möchte, wenn die Sache nicht in ihrem Sinn läuft. Eine letzte Feststellung betrifft die Rolle und Funktion des Stadtrats in den ausgelagerten Betrieben: Offenbar weiss die GLP nicht, dass der Stadtrat bei ausgelagerten Betrieben keine direkten Interventionen machen kann und reicht deshalb eine Motion ein. Der Gemeinderat berührt diesen wichtigen Punkt in seiner Antwort, indem er die Motion – in Klammer Richtlinie – ablehnt. Die Fraktion GB/JA! findet es äusserst fragwürdig, wenn städtische Betriebe ausgelagert und so der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden. Diese Tatsache wird von der GLP entweder ignoriert oder der Partei fehlen schlicht diese Grundkenntnisse. In beiden Fällen ist es die GLP, welche Korrekturen vornehmen sollte. Wir möchten uns in ein laufendes Rechtsverfahren nicht politisch einmischen und lehnen die Motion deshalb ab.

Peter Wasserfallen (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir haben mit dieser Thematik schon viel Zeit „verbraten“. Wir lehnen die Motion ab. Uns geht es nur noch darum, dass die Feuerwehr möglichst rasch einen Stützpunkt erhält und dass am alten Standort an der Viktoriastrasse möglichst rasch eine neue Nutzung kommt. Das ganze Geschäft ist derart schlecht gelaufen, dass sich jetzt schon die Gerichte damit befassen müssen. Es wurden Fehler auf politischer Ebene gemacht, die StaBe haben Fehler gemacht. Das Geschäft ist nie unter einem guten Stern gestanden. Jetzt gilt es, nach vorne zu schauen und für die Feuerwehr zu denken. Diejenigen, die das Projekt jetzt realisieren, müssen jetzt gut arbeiten, auf der Baustelle, politisch und führungsmässig bei den StaBe. Es darf gar nichts mehr passieren in Sachen Feuerwehrstützpunkt, Bärenpark etc., egal auf welcher Stufe. Wir müssen jetzt vorwärts machen. Momentan wird auch die KVA im Forsthaus gebaut. Es ist gut, wenn man nahtlos anschliessend den Feuerwehrstützpunkt bauen kann, so dass der Ort vom Baustellenverkehr zwar heftig, aber nur kurz tangiert wird. Wir haben sonst genug Baustellen in der Stadt. Wir von der SVPplus sind gegen die Motion, auch wenn wir gewisse Einschätzungen der Motionäre teilen.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Der GLP-Sprecher hat gesagt, die GLP wolle ein glaubwürdiges Wettbewerbsrecht. Auch im Vorstoss wird das so ausgeführt. Ich mag mich an eine Abstimmung über den Progr erinnern, an der das Wettbewerbsrecht auch die GLP wenig interessiert hat. Deshalb dünkt es mich, es sei eher Situationskomik, wenn man jetzt plötzlich

das Wettbewerbsrecht bemüht. Der SVP wird immer nachgesagt, sie werde von Christoph Blocher finanziert. Der GLP kann man künftig nachsagen, sie werde von Ralph Bänziger finanziert. Wir hatten jetzt schon so viele Vorstösse mit den immer etwa gleichen Themen. Wir sind erstaunt, dass Vorwürfe von Ralph Bänziger einfach übernommen und in parlamentarische Vorstösse umgemünzt werden. Die Vorwürfe von Ralph Bänziger können wir nicht beurteilen. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Das ist die Aufgabe eines Gerichts. Es kann auch nicht unsere Aufgabe sein, Prozesse, die jemand bis anhin verloren hat, in politische Vorstösse umzumünzen und den Bauherren auszuwechseln, weil die Gerichtsverfahren nicht so verlaufen, wie man es sich erhofft. Abgesehen von der Frage, ob die Forderung der Motion, den Bauherren auszuwechseln, umsetzbar wäre, würden sich, wenn man es machen würde, folgende Fragen stellen: Die StaBe haben ja schon Verträge unterschrieben. Was würde damit geschehen? Kämen aus der Annullierung dieser Verträge finanzielle Forderungen auf uns zu? Und damit würde die Stadt Bern wieder einen sehr schlechten Eindruck machen: Plötzlich ist man nicht mehr einverstanden mit den bisherigen Abläufen, oder einzelne Leute sind nicht mehr einverstanden. Plötzlich stellt man den ganzen Wettbewerb wieder auf den Kopf: Da könnte man sich dann fragen, ob man damit dem Wettbewerbsrecht letzten Endes nicht mehr schade. Aber das hat die GLP bis anhin nicht interessiert. Das Wettbewerbsrecht wird sie auch in Zukunft nicht interessieren.

Daniel Klausner (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wieder einmal sind die StaBe das Thema! Vor einiger Zeit wurden die StaBe ausgelagert. Es gab damals Fraktionen, die die Auslagerung befürwortet haben. Andere waren dagegen. Die Fraktion GFL/EVP war dagegen. Wir fühlen uns in einem gewissen Sinn in diesem Fall hier wieder bestätigt. Der Gemeinderat versteckt sich hinter dem Leistungsvertrag und sagt, er könne nicht wirklich eingreifen, solange die StaBe nicht gegen den Leistungsvertrag verstössen. Der Gemeinderat schiebt die politische Verantwortung auf die StaBe ab. Sie können dann machen, was sie will. Das Konstrukt funktioniert nicht. Wir sind jetzt auf gutem Weg, das einzusehen und den Fehler zu korrigieren. Eine Frage an die zuständige Gemeinderätin bezüglich der Aussagen wegen der Personalausleihe für die Projektleitung: Der Gemeinderat hält in seiner Stellungnahme zur Antwort der StaBe auf die Motion fest, dass er immer noch der Meinung sei, dass die Personalausleihe nicht rechtmässig erfolgt sei. Gemäss Art. 20 des Reglements der StaBe beaufsichtigt der Gemeinderat die StaBe. Was hat der Gemeinderat bezüglich dieser aus seiner Sicht unrechtmässigen Personalausleihe unternommen? Welche Konsequenzen mussten die StaBe da gewärtigen? Zur konkreten Forderung: Die Sache ist „verkachelt“. Darin sind wir uns alle einig. Das, was in sehr guter Recherche von den Motionären aufgearbeitet worden ist, zeigt, dass Verstrickungen vorhanden sind, die es zwar nicht erlauben zu sagen, es sei sicher etwas nicht sauber abgelaufen. Wenn man sich die Verstrickungen von Herrn Gartenmann zu Gemüte führt und weil noch Gerichtsverfahren am Laufen sind, sind wir der Meinung, es sei das Beste, wenn die Ausschreibung noch einmal gemacht und der Wettbewerb sauber durchgeführt wird, damit wir uns nicht noch ewig mit diesen juristischen Streitigkeiten aufhalten müssen. In diesem Sinn unterstützt unsere Fraktion die Motion mehrheitlich.

Annette Lehmann (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir wollten uns zu dieser Motion eigentlich gar nicht äussern. Die Flughöhe und der Detaillierungsgrad sind schwierig und würden eher für eine ausführliche Untersuchung verlangen und nicht eine dringliche Motion. Angesichts der Diskussion will ich doch einige Worte zur Begründung sagen: Im Text werden einige Sachen genannt, bei denen wir durchaus gleicher Meinung sind. Aber es werden in diesem Vorstoss auch Interessen von Dritten vertreten. Der Stadtrat kann mit dem Überweisen dieser Motion keine Klärung der hier aufgeworfenen Themen erhalten. Wir setzen uns weiterhin für die Rückführung der StaBe in die Verwaltung ein. Aber wir überweisen deswegen nicht ein-

fach alle Vorstösse, die sich gegen die StaBe richten. Wir können die Forderung nicht unterstützen. Uns ist jetzt wichtig, dass die Feuerwehr eine neue Kaserne erhält und dass nicht durch den Entzug der Bauherrschaft die Realisierung noch einmal verzögert wird. Es gibt ausserdem keine Garantie, dass eine neue Bauherrschaft zu unserer Zufriedenheit agieren würde. Wir versprechen uns ausserdem durch die neue Begleitung der StaBe eine Verbesserung. Die Fraktion SP/JUSO lehnt diese Richtlinienmotion ab.

Einzelvoten

Hans Peter Aeberhard (FDP): Ich rede im Namen der AK. Die AK hat die Angelegenheit anhand der Presseberichte mit dem Planer an die Hand genommen. Als Aufsichtskommission respektive als für die StaBe zuständige Kommission werden wir uns noch in diesem Jahr mit den Sachfragen, die sich hier stellen, beschäftigen. Wir haben zu dieser Motion keinen Beschluss gefasst. Alles, was hier positiv oder negativ über die StaBe gesagt wird, ist in unserem Scheinwerferlicht.

Michael Köppli (GLP) für die Motionäre: Die SVP beschwört wieder einmal, dass sie nach vorne schauen will. Bei der Debatte zum Sozialhilfemissbrauch war das ganz und gar nicht der Fall. Bernhard Eicher wirft uns vor, das Wettbewerbswesen interessiere uns nicht. Ich erinnere daran, dass die GLP noch nicht im Stadtrat war, als entschieden wurde, den Wettbewerb beim Progr über den Haufen zu werfen, um den Künstlern noch einmal eine Chance zu geben. Deshalb haben wir sicher nicht mitgeholfen, das Wettbewerbswesen anzugreifen. Bernhard Eicher sagt im Weiteren, die Vorwürfe von Ralph Bänziger seien nicht nachweisbar. Es sind keine Vorwürfe von Ralph Bänziger. Es sind alles unsere Vorwürfe, deren Richtigkeit objektiv nachgewiesen werden kann. Wir fordern mit unserer Motion keine Entschädigungszahlung für Ralph Bänziger. Im Gegenteil: Wir fordern Konsequenzen für die Stadtbauten Bern. Das ist ein meilenweiter Unterschied. Wir begrüssen es, dass die AK sich mit diesem Thema befasst. Wir möchten aber trotzdem daran festhalten, dass eine ausführliche Untersuchung nötig ist, von der auch Annette Lehmann gesprochen hat. Wir sind daher bereit, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln und begründen das folgendermassen: Wir möchten vom Gemeinderat – nicht von den StaBe – eine klare Stellungnahme zu allen Vorwürfen. Der Gemeinderat hat gemäss StaBe-Reglement Einsicht in alle Akten. Und der Gemeinderat hat laut Reglement den Auftrag, periodisch die Aufgaben der StaBe und deren Erfüllung im Rahmen der öffentlichrechtlichen Anstalten Stadtbauten Bern zu überprüfen. Deshalb möchten wir wandeln. Wir möchten am Schluss eine klare Stellungnahme des Gemeinderats zu allen unseren in der Motion gestellten Forderungen. Wir möchten wissen, ob er den StaBe die Bauherrschaft entzieht, und wenn er das nicht will, möchten wir die Gründe dafür erfahren.

Urs Frieden, Stadtratspräsident: Ich halte fest, dass die Motion in ein Postulat gewandelt wurde.

Rudolf Friedli (SVP): Michael Köppli wirft uns vor, dass wir im Zusammenhang mit dem Sozialhilfemissbrauch rückwirkend alles aufarbeiten wollten, hier aber die Vergangenheit nicht aufarbeiten und nur in die Zukunft schauen wollen. Das ist klar begründbar. Hier müssen wir im Interesse der Feuerwehr nach vorne schauen, weil sie möglichst schnell ein neues Gebäude braucht. Bei der Sozialhilfe mussten wir im Interesse der Gerechtigkeit die Vergangenheit aufarbeiten. Dort haben wir die Aufsicht und direkte Einflussmöglichkeiten, während wir sie hier nicht haben. Unsere Rolle ist hier also eine andere als bei der Sozialhilfe. Deshalb haben wir hier auch eine andere Haltung. Bis jetzt hat die Ralph Bänziger Architekten AG vor Gericht

nicht Recht bekommen. Ich habe den Eindruck, die GLP sei Steigbügelhalterin für einen frustrierten Ralph Bänziger.

Gisela Vollmer (SP): Beim Progr haben wir nicht das Wettbewerbsverfahren umgestossen, sondern der Gemeinderat selber hat seine Vorgaben geändert. Wenn der Gemeinderat sagt, er habe nichts dazu zu sagen, möchte ich entgegenen, dass das Beschaffungsbüro jeweils beurteilt, ob die Wettbewerbsverfahren anständig verlaufen sind. Das Büro ist in der FPI. Und die Beschaffungskommission, die das noch bestätigt, wird von der Gemeinderätin Barbara Hayoz präsiert. Der Gemeinderat ist also im ganzen Verfahren sehr wohl involviert und segnet jeweils die Verfahren ab.

Direktorin FPI Barbara Hayoz: Zur Frage von Daniel Klauser im Zusammenhang mit der Differenz zwischen StaBe und Gemeinderat bezüglich Personalausleihe: Wir haben die Haltung dem VRP schriftlich mitgeteilt mit der Anweisung, sich in Zukunft an die Verfahren des öffentlichen Beschaffungsrechts zu halten. Und die AK hat sich bereits ausführlich mit dem Fall befasst. Vielleicht kann man die dabei entstandenen Akten den Motionären, die nicht in der AK sind, einmal zur Verfügung stellen. Die Motion wurde in ein Postulat gewandelt. Das ist allerdings ein Witz! Wie sollen wir im Rahmen des Postulats den StaBe sofort die Bauherrschaft entziehen und einem unabhängigen Treuhandbüro übertragen? Der Gemeinderat wird sich nicht in das laufende Gerichtsverfahren einmischen. Die Verantwortung für das operative Geschäft liegt bei den Stadtbauten. Die von den Motionären vorgebrachten Rügen betreffen nicht den Leistungsauftrag zwischen Stadt und StaBe, sondern zielen auf eine gezielte Intervention zugunsten eines vormaligen Vertragspartners den StaBe ab. Der Gemeinderat lehnt eine solche Intervention ab. Und in den gerichtlichen Auseinandersetzungen sind die StaBe immer als Siegerin hervorgegangen. Lassen wir diesem Verfahren seinen Verlauf und schauen wir, wer Recht bekommt. Dann können Sie weitere Motionen einreichen.

Michael Köppli (GLP) für die Motionäre: Es ist hier schon oft vorgekommen, dass eine klare Forderung einer Motion in ein Postulat gewandelt worden ist. Wir möchten, dass der Gemeinderat prüft, ob man den StaBe die Bauherrschaft entziehen muss. Dafür muss er sich intensiv mit diesen Vorwürfen beschäftigen und uns gegenüber Stellung beziehen. Und noch einmal: Es geht hier nicht um das Verfahren mit Ralph Bänziger. Es geht um klare Filzvorwürfe, die wir gegen die StaBe erheben. Und wir möchten vom Gemeinderat eine klare Stellungnahme zu den Filzvorwürfen.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Die Motionäre behaupten, in den StaBe gebe es Filz und es laufe überall krumm. Der AK haben sie bis anhin nichts davon gesagt. Die AK ist zuständig, bei Unregelmässigkeiten in den unterstellten Betrieben im Rahmen der Aufsicht tätig zu werden. Das machen wir auch. Wir werden einen Bericht über den Bärenpark erhalten und werden uns auch mit den in dieser Motion aufgeworfenen Fragen befassen. Wir werden entsprechend dem Gemeinderat und allenfalls dem Verwaltungsrat der StaBe Empfehlungen abgeben. Barbara Hayoz hat angetönt, dass wir im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit diesbezüglich schon Berge von Akten produziert haben und dass wir sie den Motionären zur Verfügung stellen können. Das geht jedoch nicht, weil wir ja an das Kommissionsgeheimnis gebunden sind.

Beschluss

1. Die Motionärin Fraktion GLP wandelt die Motion in ein Postulat um.
2. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab (15 Ja, 49 Nein, 3 Enthaltungen).

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Simone Bonjour*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Peter Ammann
 Rania Bahnan Büechi
 Vinzenz Bartlome
 Giovanna Battagliero
 Kathrin Bertschy
 Henri-Charles Beuchat
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Thomas M. Bürki
 Rithy Chheng
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Tania Espinoza
 Regula Fischer
 Rudolf Friedli
 Jacqueline Gafner Wasem
 Judith Gasser
 Jeannette Glauser
 Simon Glauser
 Thomas Göttin
 Claude Grosjean
 Guglielmo Grossi

Beat Gubser
 Leyla Gül
 Lukas Gutzwiller
 Erich J. Hess
 Kurt Hirsbrunner
 Jimmy Hofer
 Mario Imhof
 Ueli Jaisli
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Daniel Klausner
 Vania Kohli
 Michael Köpfli
 Peter Künzler
 Lea Kusano
 Annette Lehmann
 Edith Leibungut
 Daniela Lutz-Beck
 Martin Michel Mäder
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu
 Claudia Meier
 Robert Meyer
 Christine Michel

Patrizia Mordini
 Philippe Müller
 Stéphanie Penher
 Halua Pinto de Magalhães
 Pascal Rub
 Rahel Ruch
 Hasim Sancar
 Martin Schneider
 Silvia Schoch-Meyer
 Miriam Schwarz
 Yves Seydoux
 Tanja Sollberger
 Barbara Streit-Stettler
 Luzius Theiler
 Martin Trachsel
 Aline Trede
 Gisela Vollmer
 Peter Wasserfallen
 Thomas Weil
 Béatrice Wertli
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour
 Peter Bühler
 Susanne Elsener

Stefan Jordi
 Hasim Sönmez
 Nicola von Greyerz

Tanja Walliser
 Manuel C. Widmer

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Reto Nause SUE

Entschuldigt

Barbara Hayoz FPI

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreter
 der Ratssekretär
 Christine Brand, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadt-
 schreiber

6 Kleine Anfrage Martin Schneider (BDP): Wie sieht es mit der Umsetzung der überwiesenen Motion Mozsa „Sicherheit in der Reitschule“ aus?

Geschäftsnummer 10.000164

Direktor SUE *Reto Nause* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Motion GFL/EVP „Reitschule schützen: Gewaltprobleme lösen“ ist vom Stadtrat am 19.02.2009 als Richtlinie erheblich erklärt worden. Entsprechend erfolgt der Bericht des Gemeinderates per Februar 2011. Er geht auf die Fragen in der Kleinen Anfrage trotzdem kurz ein.

Zu Frage 1: Ja, sowohl der Verein Interessensgemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) wie auch der Verein Trägerschaft Grosse Halle (Grosse Halle) verfügen über rechtlich verbindliche Vereinsstatuten. Die Statuten der IKuR sind 2001 letztmals überarbeitet worden. Sie legen die Vereinsorgane fest: Vollversammlung (Mitgliederversammlung), Delegierte (Vorstand), Koordinationsgruppe und Arbeitsgruppen. Die aktiv in der Reitschule tätigen Gruppen und Einzelpersonen verpflichten sich auf die im Manifest (Leitbild) festgehaltenen, gemeinsam erarbeiteten Vereinbarungen über Haltungs- und Organisationsfragen.

Zu Frage 2: Die Reitschule beschäftigt keine externe Sicherheitsfirma. Weder die Betriebsbewilligung des Regierungsstatthalteramts noch die 2009 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Stadt Bern und der IKuR/Grosse Halle statuierten einen externen Sicherheitsdienst. Hingegen verlangt die Vereinbarung, dass die IKuR und die Grosse Halle einen Sicherheitsbeauftragten bezeichnen und dass die zwei Vereine für die Notfallorganisation und die interne Sicherheit verantwortlich seien. Der Sicherheitsbeauftragte hat seine Aufgaben gemäss Pflichtenheft der Gebäudeversicherung Bern auszuüben. Zudem verpflichtet sich die IKuR im Rahmen ihrer Pflichten als Mieterin, die Sicherheit auf dem Vorplatz und rund um die Reitschule zu gewährleisten. So besteht für den Innenhof, den Vorplatz und bei mittleren und grossen Konzerten im Dachstock ein interner Ordnungsdienst mit dem Hauptziel, den Drogenhandel zu verhindern und allfällige Handgreiflichkeiten nicht eskalieren zu lassen. Im Dachstock gewährleistet er ausserdem die Eintrittskontrolle und die Bewachung der Notausgänge. Ein weiterer Ordnungsdienst könnte im Rahmen einer Verwaltungszwangsmassnahme vom Regierungsstatthalteramt, gestützt auf Art. 40 Lit. i des Gastgewerbegesetzes vom 11. November 1993 (BSG 935.11) verfügt werden.

Zu Frage 3: Die Frage der Torschliessung bei Kundgebungen ist im Rahmen der Gespräche unter der Leitung der damaligen Regierungsstatthalterin diskutiert worden. Die VertreterInnen der Reitschule argumentierten, dass das Tor grundsätzlich während der Öffnungszeiten der Reitschule geöffnet sei und es aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich und auch nicht erlaubt sei, Fluchtwege verschlossen zu halten. Diese Frage ist nicht weiter erörtert worden und ist deshalb auch nicht in die Sicherheitsvereinbarung mit der Stadt eingeflossen. Nach Angaben der Kantonspolizei ist es in den letzten 12 Monaten im Nachgang von Kundgebungen zu keinen Zwischenfällen gekommen, in denen die Schliessung des „grossen Tors“ eine polizeirelevante Rolle gespielt hätte. Allerdings kam es in einzelnen Fällen anlässlich von gezielten Polizeiaktionen gegen Dealertätigkeiten auf dem Reitschul-Vorplatz zu Zwischenfällen, bei denen die Polizeiarbeit gestört und das Tor nicht geschlossen wurde, so dass die flüchtenden Dealer in der Reitschule Zuflucht fanden und sich so einer polizeilichen Identifikation und Festnahme entziehen konnten.

Zu Frage 4: Es handelt sich nicht um die Ansprechperson, sondern um die Koordinationsperson. Ansprechpersonen sind auf beiden Seiten die für die jeweiligen Sachfragen zuständigen Direktionen, Abteilungen, Organe und Personen. Die Aufgaben der Koordinationsperson: Sie

hat die Verantwortung für die regelmässigen Gespräche, die Moderation der bilateralen Gespräche und die stadtinterne Koordination. Diese Aufgaben sind direktionsunabhängig. Darum erachtet es der Gemeinderat als sinnvoll, für diese Zuständigkeit einen Turnus vorzusehen.

Martin Schneider (BDP): Ich danke dem Gemeinderat, dass er eine Antwort gibt, obschon die Motion erst im Februar 2011 umgesetzt sein muss.

Zu Frage 2: In der Motion wird kein externer, sondern ein permanenter Sicherheitsdienst gefordert.

Auch bei den Fragen 3 und 4 gibt es noch einiges zu tun.

7 Initiative „Schliessung und Verkauf der Reitschule“ (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 10.000143 / 10/138

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit ... Ja- gegen ... Nein-Stimmen bei ... Enthaltungen, die Initiative abzulehnen.
2. Er genehmigt die Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten.

Bern, 12. Mai 2010

Beschlüsse erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten zu den Abstimmungen finden sich im Anhang.

Lea Bill (JA!) für die Kommission SBK: Der Wortlaut der Initiative fordert den Verkauf der Berner Reitschule im Baurecht auf den 31. März 2012 an den Meistbietenden. Die Liegenschaft sei auf den 31. Dezember 2011 zu räumen, damit sie nutzungsfrei übergeben werden könne. Es handelt sich also um einen konkreten Auftrag. Die Stimmberechtigten würden darüber abstimmen, und wenn die Initiative angenommen würde, müssten die Stadtbauten Bern die Reitschule an den Meistbietenden verkaufen. Das ist bereits die fünfte Abstimmung über die Reitschule. Der Gemeinderat geht in seinem Vortrag darauf ein. Die Reitschule gibt es seit knapp 120 Jahren, zuerst als städtische Reitschule, in den 60er-Jahren galt sie als Abbruchobjekt, seit 1987 ist sie ein Kultur- und Begegnungszentrum. Laut Gemeinderat kam es verschiedentlich zu Konflikten zwischen der Reitschule und der Stadt, dank der Bereitschaft zu Gesprächen beiderseits konnten sie aber gelöst werden. Es gibt auch einige Verträge zwischen Reitschule und Stadt: Leistungsverträge, ab 1993 einen Nutzungs- und Gebrauchsleitungsvertrag zwischen IKuR, Verein Trägerschaft Grosse Halle und der Stadt, 2004 abgelöst durch Subventionsverträge, 2008 ergänzt durch einen Subventionsvertrag mit dem Verein Tojo-Theater. Dazu gibt es den Sicherheitsvertrag vom November 2009 mit Vereinbarungen über Abläufe und Kommunikation zwischen IKuR, Grosser Halle und der Stadt und seit 2004 Geschäftsmietverträge. Weitere geltende Bestimmungen sind das kantonale Gastgewerbegesetz, das eidgenössische Lebensmittelgesetz und die eidgenössische Schall- und Laserverordnung.

Die Reitschule ist ein schutzwürdiges Objekt von nationaler Bedeutung, d.h. es darf nicht abgerissen werden und die Nutzung darf nur im Rahmen des bestehenden Gebäudekomplexes und unter Wahrung von Wirkung und Bestand des Gebäudes stattfinden.

Die Reitschule befindet sich in einer Dienstleistungszone. Der Gemeinderat gibt als Wert für Land und Gebäude etwas über 7,1 Mio. Franken an.

Der Gemeinderat lehnt die Initiative aus folgenden Gründen ab: Eine Annahme würde das Ende des heutigen Kulturbetriebs bedeuten. Dessen Programm entspreche aber einem grossen Bedürfnis. Zudem habe die Reitschule eine wichtige soziale Funktion, indem sie Erfahrungsmöglichkeiten für unterschiedliche junge Leute biete. Der Gemeinderat spricht auch von Konflikten zwischen den Behörden und den verschiedenen Benutzergruppen, sie würden sich aber bei einem Verkauf nur verlagern. Er bemängelt auch, dass ein Verkauf ohne Nutzungsaufgabe finanzpolitisch und städtebaulich verantwortungslos wäre. Die Reitschule sei in die eingeleitete Planung Schützenmatte einbezogen, man dürfe sie deshalb nicht isoliert betrachten.

In der Kommission gab es keine grosse Diskussion. Die Argumentation des Gemeinderates hat uns überzeugt. Wir haben zwei Punkte diskutiert: 1. Wäre die Fachhochschule Bern eine mögliche Käuferin? Die Verwaltung verneint, weil die restliche Planung Schützenmatte noch unklar sei und die Fachhochschulplanung in einer ganz anderen Zeitachse ablaufe. 2. Wir haben zur Kommunikation zwischen Stadt und IKuR erkundigt. Die Verwaltung hält fest, dass sie sehr gut laufe.

Die Kommission SBK empfiehlt mit 8:1 Stimmen und einer Enthaltung, die Initiative abzulehnen. Die SBK hat zur Abstimmungsbotschaft drei Anträge: 1. Streichungsantrag SBK: Auf die Konflikte wird schon genügend eingegangen, z.B. auf S. 4. Die SBK hat diesen Streichungsantrag mit 6:4 Stimmen angenommen. 2. Ergänzungsantrag SBK: Die SBK hat den Ergänzungsantrag einstimmig (1 Enthaltung) angenommen. 3. Streichungsantrag SBK: Die Verwaltung rät zur Streichung dieses Satzes, weil er irreführend sei. Der Stadtrat hätte keine Möglichkeit mehr, den Verkauf zu verzögern oder zu verhindern. Die SBK hat den Streichungsantrag einstimmig angenommen.

Zu den Anträgen der GLP und der SVPplus kann ich aus Sicht der SBK nichts sagen, weil wir sie erst als Tischvorlage erhalten haben.

Fraktionserklärungen

Lea Bill (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Die Initiative ist ein Zeichen mangelnder Lernfähigkeit, von Ignoranz und Respektlosigkeit der SVP. Sie ist bereits ihr vierter Versuch, die Reitschule zu schliessen. Das ist immer mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden. Natürlich ist die Initiative ein Instrument des Wahlkampfes, aber mittlerweile ein peinliches. Die Ignoranz zeigt sich darin, dass die Meinung der Stadtbevölkerung nicht wahrgenommen wird, dass die kulturelle und soziale Bedeutung der Reitschule nicht erkannt wird und auch nicht, wie viel sich in den letzten Jahren verändert hat. Die Argumente der SVP sind seit Jahren dieselben. Mittlerweile gibt es aber einen permanenten Sicherheitsdienst und regelmässige Kontakte zwischen der Stadt und der IKuR. Nur von Dealern, Gewalttätigen und Terroristen zu sprechen, zeugt von Respektlosigkeit gegenüber all denen, die Tausende von Stunden Freiwilligenarbeit leisten. Die SVP sollte eigentlich froh sein darüber. Die SVP spricht von Millionen von Franken, die jährlich an die Reitschule bezahlt würden. Die Subventionsverträge zeigen aber, dass es knapp 700'000 Franken sind (inkl. Miete und Beitrag an die Nebenkosten). Gegen die Initiative spricht auch die Planung Schützenmatte, die im Gange ist. Der Gemeinderat sagt zu Recht, ein Verkauf ohne Nutzungsaufgabe wäre verantwortungslos.

Die Fraktion GB/JA! lehnt deshalb die Initiative ab. Die Reitschule bietet sehr viel mehr, als der Meistbietende zu bieten hat.

Wir nehmen die drei SBK-Anträge an und lehnen alle SVP-Anträge ab. Den Antrag der GLP lehnen wir aus formellen Gründen ab. Die Verträge werden in der Botschaft ausführlich erwähnt.

Martin Schneider (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Wir wollen den Standort Reitschule entwickeln und nicht zerstören. Darum lehnen wir die Initiative klar ab. Kultur Ja, Krawalle Nein. Uns ist es wichtig, dass das Bewusstsein um Rechte und Pflichten im Sinne der Motion Mozza wächst. Mit klaren Ansprechpersonen gegenüber der Stadt und einem permanenten Sicherheitsdienst, den es offenbar geben soll, und einem rechtlichen Körper stellt die Reitschule ein viel kleineres Problem dar als z.B. unser Stadttheater. Für unsere Fraktion muss die Reitschule im Besitz der Stadt bleiben. Ein Verkauf an den Meistbietenden könnte für die SVP fehlschlagen, weil dieser Meistbietende auch die Reitschule selbst sein könnte. Die Initiative ist zu wenig durchdacht, darum lehnen wir sie ab.

Zu den Anträgen: Den ersten Streichungsantrag SBK lehnen wir ab, weil es tatsächlich Konflikte gibt. Das braucht man nicht zu beschönigen. Den zweiten Ergänzungsantrag SBK sowie den dritten Streichungsantrag SBK nehmen wir an.

Den Antrag GLP nehmen wir klar an.

Den ersten Antrag SVPplus lehnen wir ab. Die Reitschule ist ein Objekt von nationaler Bedeutung. Mit dem zweiten Antrag SVPplus hat unsere Fraktion ein Problem. Für uns ist klar, dass Integrationsarbeit geleistet wird. Aber „zur Hauptsache nicht kommerziell“ ist unseres Erachtens die Reitschule nicht. Darum beantragen wir, dass man die Integrationsarbeit stehen lässt, „zur Hauptsache nicht kommerziell“ aber streicht. So können wir dem neuen dritten Antrag zustimmen.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Die SBK hat mich enttäuscht. Es kann nicht sein, dass eine Person, die im innersten Kreis der Reithalle mitorganisiert, zugleich die Kommissionsmeinung vertreten darf, weil sie befangen ist.

Wie ist es zu dieser Initiative gekommen? Es gab immer wieder Vorfälle, mehrere Morde im Bereich der Reithalle, viele Demonstrationen, die von dort aus organisiert worden waren, wobei die Reithalle als Rückzugsort missbraucht wurde. Es gab Millionenschäden durch Randalierer. Wir dürfen es nicht akzeptieren, dass es in Bern rechtsfreie Räume gibt, in die sich gewalttätige Demonstrantinnen und Demonstranten zurückziehen können. Die Reithalle ist auch immer wieder ein Rückzugsort für Dealer. Sie kostet uns jährlich Millionen von Franken. Was an Beiträgen direkt in die Reithalle fliesst, ist nur ein Teil der Kosten. Die jährlichen Polizeikosten und die Sachschäden, die sie verursacht, müssen dazugerechnet werden. Darum ist es eine sehr teure „Kultur“, die dort betrieben wird. Steuergelder fließen von dort direkt in den Abstimmungskampf. Bereits jetzt hat sie mit grosser Kelle angerichtet: T-Shirts, Filme, Werbematerial. Die Reithalle ist auch nicht so unkommerziell, wie sie immer wieder behauptet. Am Wochenende wird ein grosser Umsatz gemacht, sonst wäre ein so grosser Abstimmungskampf zu einem so frühen Zeitpunkt auch nicht finanzierbar. Die Reithalle wird auch missbraucht, um linksextremes Gedankengut zu verbreiten. Wenn ich ein denkmalgeschütztes Haus mit politischen Botschaften versehen würde, hätte ich sehr schnell den Denkmalpfleger vor der Türe. Alles Rechtsextreme wird sofort bekämpft, bei der Reithalle spielt alles keine Rolle. Wir haben wohl etwas viele kommunistenfreundliche Leute in der Stadtregierung und Verwaltung.

Die BDP hat wahrscheinlich keine grosse Ahnung, worum es in unserer Initiative geht. Wieso soll sie zu wenig durchdacht sein? Wir wollen die Reithalle zuerst räumen und dann verkaufen. Wir müssen sie zuerst räumen, weil die Leute dort den Marktpreis massiv senken. Ich bin überzeugt, dass etwas Gutes daraus werden kann. Jung und Alt werden sich dort ohne Gefahr aufhalten können.

Der Sprecher der BDP hat die Botschaft nicht gelesen. Es geht nicht um die nationale Bedeutung der Reithalle, sondern um die nationale Bedeutung punkto Denkmalpflege. Die Reithalle ist kein Gebäude, das unter Denkmalschutz steht, sondern nur ein Gebäude, das im kantona-

len Kataster als erhaltenswert aufgeführt ist. Darum der Antrag, „von nationaler Bedeutung“ zu streichen.

Was tummelt sich nicht alles in dieser Reithalle! Wir kennen den schwarzen Block, wir kennen dessen Bedeutung. Wir kennen auch die Gruppe 031, vor deren Tätlichkeiten auch ich schon flüchten musste. Es kann nicht sein, dass die Stadt solche Leute in städtisch subventionierten Gebäuden unterbringt. Wenn wir die Reithalle weiter subventionieren, tolerieren wir Gewalt. Ich bitte Sie, im Interesse der Sicherheit der Bernerinnen und Berner, die Initiative anzunehmen.

Kathrin Bertschy (GLP) für die Fraktion GLP: Wir stehen nach wie vor voll und ganz hinter der Kulturinstitution Reitschule. Es ist eine Institution mit langjähriger Tradition und es gelingt ihr immer wieder, internationale Künstler und Musiker zu engagieren. Sie bringt Leben in eine sonst etwas träge Verwaltungsstadt und bietet vielen jungen Stadtbernerinnen und -bernern ein vielfältiges Freizeitprogramm. Das freiwillige Engagement vieler Beteiligten ist immens. Im Vergleich zu vielen anderen alteingesessenen Kulturinstitutionen ist die finanzielle Unterstützung durch die Stadt sehr bescheiden. Nicht zuletzt beherbergt die Reitschule Kleingewerbebetriebe und es kann nicht im Interesse der Initianten sein, diese Entwicklung abzuwürgen. Wir stehen hinter den Betreibern der Reitschule, solange die Verbindlichkeiten, die mit der Überweisung der Motion „Reitschule schützen – Gewaltprobleme lösen“ aus dem Jahr 2008 verlangt wurden, eingehalten werden und mit der Stadt kooperiert wird. Das umfasst einen permanenten Sicherheitsdienst und die Auflage, bei Demonstrationen das grosse Tor zu schliessen. Die Antwort des Gemeinderates ist noch nicht vollständig zufriedenstellend, die regelmässig die Reitschule Besuchenden unserer Fraktion sind aber der Ansicht, die Situation in und um die Reitschule habe sich deutlich verbessert. Wir sind darum der Meinung, sie entspreche einem grossen Bedürfnis und müsse unter den erwähnten Bedingungen weitergeführt werden.

Die Initianten giessen Öl ins Feuer, indem sie eine bewährte Kulturinstitution der jungen Stadtbevölkerung angreifen. Wer mit der Reitschule unzufrieden ist, kann verlangen, dass die Leistungsverträge nicht mehr verlängert werden oder dass man im Rahmen der Planung Schützenmatte Alternativen zu ihr andenke. Das wären seriöse Forderungen, auch wenn wir sie nicht teilen würden.

Der Stadtrat hat vor Kurzem einen Planungskredit für die Schützenmatte gesprochen, ein wichtiges Anliegen unserer Fraktion. Dieser Prozess darf nicht mit einem unkontrollierten Verkauf sabotiert werden.

Die GLP-Fraktion lehnt die Initiative aus den genannten Gründen ab.

Zu unserem Antrag: Die Reitschule ist in der Vergangenheit wegen Gewaltproblemen in der Presse verschiedentlich erwähnt worden. Neben einer soziokulturellen, einer bau- und planungsrechtlichen und einer vermögensrechtlichen Betrachtung sollte in der Abstimmungsbotschaft auch noch eine sicherheitspolitische Betrachtung Platz finden. Die Bedingungen sollten erwähnt werden, die zwischen der Stadt und den Betreibenden gelten.

Zu den SBK-Anträgen:

1. Streichungsantrag SBK: Wir lehnen ihn ab. Die anderen beiden Anträge nehmen wir an. Die ersten zwei Anträge der SVP lehnen wir ab.

Mit der von Martin Schneider (BDP) beantragten Korrektur würden wir dem 3. Antrag der SVP zustimmen.

Ruedi Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Der von der SVP-Initiative beantragte Verkauf an den Meistbietenden ohne Nutzungsaufgaben ist finanzpolitisch und städtebaulich eine verantwortungslose Strategie. Das ist das Fazit der Botschaft des Gemeinderates und wir sind mit dieser Schlussfolgerung einverstanden. Die Reitschule liegt in einem zentrumsnahen Gebiet

mit beträchtlichem Entwicklungspotential. Schützenmatte, Bollwerk und Hodlerstrasse liegen auch in dieser Zone, die längst ein Planungskonzept haben sollte. Wir sind gespannt, was dort entsteht und wie lange es noch dauert, bis etwas realisiert wird.

Das kulturelle Angebot der Reitschule kann sich sehen lassen. Die Form der Selbstverwaltung ist einzigartig und die Leistungen hervorragend. IKuR, die Grosse Halle und das Tojo-Theater sind in der Stadt die einzigen Kulturinstitutionen, die laut Controllingbericht 2008 ihren Leistungsauftrag vollumfänglich erfüllt haben. Sie haben den höchsten Eigenleistungsanteil sämtlicher Institutionen. Jährlich werden etwa 70'000 Freiwilligenstunden geleistet. Das entspricht etwa 37 Vollzeitangestellten. Neben den Mietkosten erhalten die drei Institutionen von der Stadt 30'000 Franken für die Grosse Halle, 50'000 Franken fürs Tojo-Theater und 60'000 Franken für die IKuR. Für 140'000 Franken hat die Stadt einen Gegenwert, der sich sehen lassen kann und in seinem Preis-Leistungsverhältnis wohl einmalig ist. Die Reitschule ist für viele Jugendliche dieser Stadt eine Heimat. Sie können sich dort aufhalten ohne zu konsumieren, sie können die Organisation kultureller Veranstaltungen üben, sie können kulturelle Leistungen entwickeln, entwerfen, planen, proben und zeigen. All das soll an den Meistbietenden ohne Einschränkungen verscherbelt werden. Die SP/JUSO-Fraktion sagt dazu ganz klar „Nein“. Die Reitschule gehört zu Bern wie der Bärenpark, das Münster und der Zeitglockenturm.

Zu den Anträgen: Wir lehnen die Anträge der SVP ab. Wir lehnen auch den GLP-Antrag ab. Er gehört nicht in eine Abstimmungsbotschaft. Wir nehmen die drei Anträge der SBK an.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Sie kennen das Verslein „Hoppe hoppe Reiter“. Die SVP reitet ihr Steckenpferdchen „Schliessung der Reitschule“ weiter und weiter. Wenn kleine Kinder auf ihrem Steckenpferd ausrutschen und hinfallen, üben sie, bis sie es können, und auch das ist eine Art von Reitschule. Unsere Fraktion kann dieser Initiative nicht zustimmen. Wir haben den Vortrag des Gemeinderates gelesen und die Meinung der SBK gehört. Wir können die Argumente des Gemeinderates nicht in den Wind schlagen. Dazu ist schon fast alles gesagt worden. Uns sind drei Dinge besonders wichtig. 1. Der gesamte Kulturbetrieb muss erhalten, weitergeführt und weiterentwickelt werden. Die Reitschule ist eine wichtige Szene für die Jungen und nicht mehr ganz Jungen der Region. In der Bevölkerung gibt es viele verschiedene Milieus, Szenen oder Kulturen. Ihre Gesamtheit macht das Lebendige und Urbane dieser Stadt aus. Das möchten wir beibehalten. 2. Die Gesprächslage zwischen der IKuR und der Stadt und die Sicherheitslage haben sich verbessert. Wir haben vor einiger Zeit die Motion „Reitschule schützen – Gewaltprobleme lösen“ eingereicht. Der Rat hat sie als Richtlinie überwiesen und der Gemeinderat ist daran, sie zu erfüllen. 3. Der Gemeinderat erwartet, dass der Verkauf der Reitschule an den Meistbietenden schwierig sein könnte. Sie ist ein Denkmal mit schutzwürdigem Charakter von nationaler Bedeutung und hat eine schlechte Markt- und Imagelage. Das könnte sich auf den Verkaufspreis auswirken. Der Gemeinderat spricht sogar von „verscherbeln“. Wir wollen aber mit dem Verkauf der Reitschule kein Verlustgeschäft machen. Wir wollen sie in der heutigen Nutzung erhalten und schützen, damit sie sich weiterentwickeln kann. Wir erwarten, dass sich das Gespräch zwischen Reitschule und Stadt auf stabilem Niveau weiterentwickelt. Wir steigen auf das Steckenpferd der SVP nicht auf und werden auch nicht in den Sumpf fallen.

Zu den Anträgen: Wir unterstützen die drei Anträge der SBK. Bei den andern Anträgen haben wir unterschiedliche Meinungen.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Der Sprecher der GFL/EVP-Fraktion verspottet all jene, die sich für das Frauenstimmrecht eingesetzt haben. Sie haben auch mehrere Anläufe gebraucht. Wenn man ein Thema nur einmal zur Abstimmung bringen dürfte, hätten wir heute

kein Frauenstimmrecht, keine Mutterschaftsversicherung und kein Tram Bern West. Ich bitte, demokratisch und fair zu bleiben.

Die FDP-Fraktion hat seit Langem ein sehr gespaltenes Verhältnis zur Reitschule. Bei der ersten Besetzung 1981/82 und der zweiten 1987 war es noch einfach. Wir standen ihr ablehnend gegenüber. Seither hat sie im kulturellen Bereich eine positive Entwicklung durchlaufen. In der Grossen Halle gibt es Konzerte mit einer erheblichen Ausstrahlung, im Dachstock gibt es Veranstaltungen, die junge Leute ansprechen, das Essen im „Sous le pont“ ist erstaunlich gut, das Umfeld der Reitschule hat auch viele Künstlergruppen hervorgebracht, Züri-West, Patent Ochsner usw. Den Personen, die sich dort kulturell engagieren, möchte ich meinen Dank aussprechen. In der kulturellen Entwicklung ist die Reitschule topp, in der gesellschaftlichen Entwicklung aber ein absoluter Flop. Seit 25 Jahren tummeln sich in ihrem Umfeld Gewalttäter (schwarzer Block, Gruppe 031 usw.), es finden immer wieder Demonstrationen statt, die in Gewalt ausarten, und bei denen sie den Demonstranten als Rückzugsort vor der Polizei dient. Was bietet die Reitschule als Lösung an? Man spricht ein bisschen miteinander, man spürt sich gegenseitig ein bisschen, aber eine konsequente Bekämpfung hat in den letzten 25 Jahren nicht stattgefunden. Dasselbe gilt für das Thema Drogendealer und die Attacken auf die Polizei, auf Leute des PINTO und in letzter Zeit auch auf Besucherinnen und Besucher. Seit 25 Jahren antwortet die Reitschule auf Gewaltprobleme mit derselben Leier und kommt keinen Schritt vorwärts. Dieser Vorwurf gilt auch denjenigen, die sich für die Reitschule einsetzen. Für die Gewaltprobleme haben sie keine Lösung und werden wohl auch nie eine haben. Auch der Gemeinderat macht seit Jahrzehnten in Bezug auf Gewaltbekämpfung eine sehr traurige Figur. Man wird die Vermutung nicht los, er habe gar kein Interesse, dieses Problem mit der Reitschule zu lösen. Man hat Verträge und eine Sicherheitsvereinbarung gemacht, aber die Wirkung ist Null, Nichts, Nada. Man hat Verstösse verurteilt, aber geschehen ist nichts. In der Reitschule kann man sich über die Bestimmungen der Denkmalpflege hinwegsetzen, ohne dass der Gemeinderat etwas dagegen tut. Er hat ein Konzept zur Belegung der Schützenmatte angekündigt, geschehen ist nichts. Man hat eine Vermittlerin eingeschaltet, die verschiedene Gespräche geführt hat, die Wirkung war null. Kürzlich haben wir einen Vorstoss der GFL mit einem klaren Auftrag überwiesen, die Reaktion des Gemeinderates war null, nichts, nada. Vielleicht wäre es effektiver, statt die Reitschul-Initiative anzunehmen, um die Gewalt zu bekämpfen, im Gemeinderat keine „Palaferi-Brüder“ mehr zu haben, sondern Macher mit „Schneuz und Speuz“.

Die FDP-Fraktion ist bezüglich Reitschule geteilter Meinung.

Einzelvoten

Halua Pinto de Magalhães (JUSO): Wir von der JUSO stehen klar hinter der Reitschule. Es ist schon ausgeführt worden, was sie für die Stadt bedeutet und was sie geleistet hat. Wenn die Jugendlichen herumlungern und sprayen, gibt es einen Aufschrei, wenn sie aber etwas für die Kultur tun und etwas Konstruktives leisten, ist man auch dagegen und versucht es zu untergraben. Wenn es diesen Rückzugsort nicht mehr gibt, wo sollen sie dann hingehen? Ist das Problem mit den Demonstranten gelöst, wenn man die Reitschule schliesst? Natürlich ist es ein Problem, wenn gewalttätige Leute die guten Leistungen der Reitschule untergraben und für ihre Zwecke missbrauchen, aber das einfach auf die Leute dort abzuschieben ist nicht schlüssig. Wenn die Polizeieinsätze bei Demonstrationen solche Unmengen von Geld verschlingen, wie viel verschlingen dann die Sportanlässe?

Die JUSO wird diese Initiative ablehnen.

Rolf Zbinden (PdA): Eigentlich wäre mein Kommentar zur Initiative kurz und bündig: null, Nichts, Nada. Kultur ist, was gefällt. Das hören wir hier immer wieder. Was bei den Leuten

nicht ankomme, solle man nicht künstlich am Leben erhalten. Wir kennen den Autor solcher Aussagen und seine Konsequenz, wenn es darum geht, Zugewanderte, Unangepasste, Armutsbetroffene, Gewerkschafterinnen und Kulturschaffende mit einem Vokabular einzudecken, das aus dem letzten Jahrhundert stammt oder aus Brehms Tierleben. Er ist auch der Autor der neusten Initiative gegen das Kulturzentrum Reitschule. Der Zuschnitt der Initiative ist von bewundernswerter Klarheit, der Einsatz des Autors tadellos. Aber etwas muss schief gelaufen sein. Was wird da genau aufs Korn genommen? Subventionskultur, Kultur zu erlesenen Preisen aus der Stadtkasse für ein erlesenes Publikum? Fehlanzeige. Wo lebt denn in diesem Land Kultur so wenig exklusiv, so frisch, so vielfältig, so überraschend, so selbstbewusst, so erfolgreich, wenn nicht auf der Schützenmatte? Der Autor der Initiative wollte mit tödlicher Munition schießen, aber sie landet im Sondermüll und ihr Autor leider im Grossen Rat. Jeder negative Vorfall zwischen Heiliggeistkirche und Eisenbahnbrücke wird von den Initianten in einen ursächlichen Zusammenhang mit der Reithalle gerückt. Was sie stört, sind nicht diese Vorkommnisse, sondern das Funktionieren einer Alternative zur durchkommerzialisierten Freizeit, zur Kultur als Unterhaltungs- und Verblödungsindustrie. Was nicht sein kann, darf nicht sein, weg damit, am liebsten an den Meistbietenden. Eine andere Logik haben diese Kreise nicht. Geld statt Geist.

Hüten wir uns aber davor, noch bei der Ablehnung der Initiative den Initianten auf den Leim zu gehen, indem wir ihre Argumente kurzfristig kolportieren. Hüten wir uns davor, die Saat der Einschüchterung und Angstmacherei mit zu begiessen. Mit Mutmassungen über die Marktfähigkeit der Liegenschaft bei einer Räumung spielen wir den Initianten den Ball zu. Auf solch simple Initiativen muss man nicht mit Schlaumeiereien und Hintertürchen antworten, wie es der Antrag der GLP versucht, sondern mit einer klaren Antwort. Die PDA Bern sagt ganz einfach Ja zur Reitschule und Nein zu jedem Verscherbeln von Gemeinbesitz. Aber vielleicht nehmen wir damit den Initianten und seine Kasperlefiguren schon zu ernst. Vielleicht versalzen wir ihnen die Suppe am besten, wenn wir sie in ihrer lächerlichen Selbstüberschätzung und Aufgeblasenheit stehen lassen, am besten in einem Gelächter.

Beat Gubser (EDU): Die Reitschule bietet mehr, mehr als Kultur und Soziales. Sie ist gemäss Selbstdeklaration ein „ausserparlamentarisch linkes politisches Zentrum“. Dass das im Abstimmungskampf tunlichst verschwiegen wird, ist nichts Neues. In der Öffentlichkeitsarbeit der Reitschule wird die politische Seite immer konsequent ausgeblendet, speziell vor Abstimmungen. Dass der Gemeinderat und die Mehrheit des Stadtrates da jeweils mitmachen, ist ein trauriges Kapitel. Das linke politische Zentrum Reitschule verdient keine Subventionen und auch keinen solch privilegierten Standort. Im Sinne der Trennung von Ideologie und Staat muss sie privat finanziert werden. Deshalb unterstütze ich das Ziel der Initiative, die Reitschule zu schliessen, voll und ganz. Den Weg zu diesem Ziel, den Verkauf an den Meistbietenden, kann ich allerdings nicht unterstützen. Es könnte durchaus sein, dass wir mit diesem Vorgehen vom Regen in die Traufe kämen. Der Verkauf ohne Nutzungsaufgaben ist eine riskante Strategie. Da sich aber im Stadtrat eine hohe Ablehnung der Initiative abzeichnet, werde ich sie hier unterstützen. Das heisst allerdings nicht, dass die EDU die Ja-Parole beschliessen wird.

Jimmy Hofer (parteilos): Ich habe hier im Rat schon öfters gesagt, was ich von der Reitschule halte. Dass ich für kulturelle Freiräume bin, muss ich nicht wiederholen.

Ich finde es nicht richtig, dass man sich hier über 5000 Leute lustig macht, die die Initiative unterschrieben haben. Die sind nicht einfach dumm und fallen von ihrem Steckenpferd herunter, sondern ihre Meinung ist zu respektieren.

Ein Verkauf an den Meistbietenden könnte tatsächlich zu Problemen führen, z.B. wenn ein reicher Saudiaraber den Zuschlag erhielte und eine Moschee hinstellen würde. Es stimmt,

dass wir mit dieser Initiative die Kultur angreifen. Ich bin dabei. Ich greife auch das Stadttheater an. Die Leistungsverträge werden wir nicht einfach durchwinken, und das ist in Ordnung so. Die Reithalle wird plötzlich zu einem reinen Kulturverein, man schiebt die Künstler in den Vordergrund, die dort angefangen haben, und lenkt damit etwas von den effektiv vorhandenen Problemen ab. Die Initiative hat auch positive Seiten: 1. Wir sprechen hier darüber. 2. Den Leuten wird gesagt, was es mit der Reithalle auf sich hat. 3. Man erhält eine Plattform für den Abstimmungskampf.

Obwohl offenbar schon immer alles in Ordnung war, hat man doch noch Verbesserungen machen müssen. Immerhin haben über 5000 Leute ihre Bedenken, und Erich Hess hat das demokratische Recht, eine solche Initiative zu starten.

Ich habe gestutzt, als ich in der Botschaft las, Konflikte bei einem Verkauf und der anschließenden Räumung – wahrscheinlich ist die umgekehrte Reihenfolge gemeint – seien vorprogrammiert. Ist das eine Gewaltandrohung? Sagt der Gemeinderat damit: Wenn wir die Reithalle räumen, wird es zu Krawallen kommen?

Robert Meyer (SD): Ich muss Rolf Zbinden widersprechen. Wir sagen nicht, die Kultur der Reitschule passe uns nicht. Wenn sich das in einem friedlichen Rahmen abspielt, haben wir nichts dagegen. Was die Bevölkerung an der Reitschule stört, ist der Drogenhandel und bei gewalttätigen Demonstrationen die Rückzugsmöglichkeit dorthin. Die Betreiber nehmen sich heraus, dass die Reitschule so etwas wie ein rechtsfreier Raum sei. Es findet dort eine anarchistische Agitation statt. Die Reitschule ist das Hätschelkind der rot-grünen Classe politique. Warum? Es verkehren dort kaum SP-Wähler, vielmehr sind diese Leute auch gegen die rot-grüne Stadtregierung feindlich eingestellt. Ich habe noch nie gesehen, dass eine Regierung ihre eigene gewalttätige Opposition noch finanziell unterstützt. Die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber, sagt das Sprichwort.

Thomas Weil (SVP): Die Reitschule hat bei Demonstrationen immer Hand geboten für Organisation und Rückzug. Man demonstriert unter dem Deckmantel der Grundrechte. Solche Demonstrationen sind aber rechtswidrig. Zum Kulturangebot möchte ich mich inhaltlich nicht äussern. Aber eine Kultur zu subventionieren, die sich nie von der Gewalt distanzieren konnte, das geht nicht. Die Reitschule hat ein schlechtes Image, auch bei unpolitischen Leuten. Sie hat ein Schmutz-Umfeld, das viele Leute abstösst. Das wirkt sich auch negativ auf den Tourismus aus.

Yves Seydoux (FDP): Null, Nichts, Nada, zu dem ist die Reitschule heute geworden. Wenn man mit dem Zug aus Zürich in Bern einfährt, bietet sich der Anblick einer Sumpfecke und Eiterblase, ein Kulturobjekt ist das nicht mehr. Die Reitschule könnte sehr wohl einen kulturellen Zweck erfüllen, tut es aber heute nicht mehr. Die Kultur in Bern soll vielfältig sein, aber nicht um jeden Preis. Die kulturelle Freiheit entbindet nicht von Pflichten und Rechten, aber bei der Reithalle ist es so. Nach einer 25-jährigen Diskussion glaube ich nicht mehr daran, dass man in ihr etwas Anständiges machen kann. Darum bin ich für den Verkauf an den Meistbietenden oder an Kreise, die etwas Vernünftiges daraus machen könnten.

Michael Köpfler (GLP): Die Reitschule hatte in den letzten Jahren sicher immer wieder Gewaltprobleme, aber das hat sich massiv gebessert. Ich bin ab und zu dort und spüre nicht mehr viel davon. Es gibt andere Ausgangslokale, die deutlich mehr Probleme haben. Ich finde es richtig, dass wir zur Reitschule stehen.

Wir wollen mit unserem Antrag auch Leute ansprechen, die der Reitschule gegenüber Vorbehalte haben. Darum sollte der sicherheitspolitische Aspekt in der Botschaft erwähnt werden.

Peter Wasserfallen (SVP): Die Reithalle ist ein Trauerspiel. Die Stadt hat sie in den 70er-Jahren gekauft, ohne etwas daraus zu machen. 1981/82 hat man sie erstmals besetzt, dann kam eine bürgerliche Regierung, die auch nichts unternahm. Man hätte das Gebäude kaufen und schleunigst etwas damit machen sollen. Spätestens nach den 68er-Jugendrevolten hätte die Stadt ohne sofortige Nutzung gar nichts mehr kaufen sollen. 1987 wurde die Reithalle wieder besetzt und seither hat man diesen Zustand immer wieder „legalisiert“ und eingebunden. Wenn das Gebäude von nationaler Bedeutung ist, sollte es nicht derart bespritzt sein. An einem weniger exponierten Standort würde man das noch halbwegs tolerieren, aber an einem Eintrittsort der Stadt muss das zu denken geben. Gäbe es in einer andern Stadt ein Zentrum, in dem der nationalen Kultur analog gefrönt würde, gäbe es einen Aufschrei. Die Toleranz der Gesellschaft gegenüber linkem Gedankengut ist extrem hoch und zu Recht ist sie klein, wenn es um rechtsextrêmes Gedankengut geht. Unter dem Zeichen von Hammer und Sichel sind aber vor und nach dem 2. Weltkrieg Millionen gestorben. Entweder man macht es wie in Amerika, wo jeder tun kann, was er will, solange es nicht gegen den Staat gerichtet ist, oder man macht es wie in Europa, aber dann muss man jegliche extreme Tendenzen gegen links und rechts unterbinden. Ich bevorzuge diese Variante. Nehmen Sie die Initiative an. Wenn die Reitschule die Meistbietende sein sollte, kann sie beweisen, dass sie privatwirtschaftlich arbeiten kann.

Luzius Theiler (GPB-DA): In dieser Diskussion hat jeder seine Meinung schon gemacht. Jedes Votum tut einer Initiative, die solch einen Unsinn anstrebt, zuviel Ehre an. In all den Anwürfen, die zu hören waren, sind Dinge behauptet und zu einer Stimmung zusammengekocht worden, die nicht stimmen. Soll man das Bundeshaus auch räumen und an den Meistbietenden verkaufen, weil es in seinem Umfeld Drogendealer gibt? Es werden keine Steuergelder für die Abstimmungspropaganda eingesetzt, sondern es gibt Bürger, die sich mit ihrem Herzblut und ihrem Geldbeutel gegen diese Initiative engagieren. In einem Freiraum darf Politik gemacht und dürfen neue Formen des demokratischen Zusammenlebens ausprobiert werden. Es hat jetzt in der Reitschule über eine lange Zeit sehr gut geklappt. Unsere Organisationsform klappt bekanntlich auch nicht immer. Sicher gibt es dort mehr Linke als im Casino, aber so vielfältig wie die bürgerliche Seite ist auch die Linke, und das ist gut so.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Ich bin in einem Dilemma, was ich stimmen soll, als Bürger und als Stadtrat. „Die 80er-Bewegung lebt“, hat man lesen können, und „mehr als 20 Jahre links-autonome Politszene im Reitschulumfeld – eine erstaunlich kontinuierliche Geschichte (...)“. Alle haben heute gesprochen, wie wenn die heutige Reitschule nichts mehr mit Linksautonomismus, Anarchismus, Selbstverwaltung und Kommunismus zu tun hätte. Wollen wir Kultur oder Politik oder linksrevolutionäre Gedanken, oder wollen wir das nicht? Wollen wir das subventionieren oder nicht? Man kann auf der linken Seite von Kultur sprechen und die Tradition des autonomen Jugendzentrums, wie es immer noch heisst, verschweigen. Der Gaskessel war auch einmal ein autonomes Jugendzentrum, und dort spricht kein Mensch mehr davon. Heute ist es ein Jugendzentrum, das nicht mehr autonom ist und aus dem die ganze Politsache ausgegliedert worden ist. Man muss zugeben, dass in der Reitschule linke und linksextrême Politik gemacht wird. Wollen wir das oder wollen wir das nicht? Wenn den Bürgerlichen dann einmal der Kragen platzt und in der Reitschule Krawalle ausgeheckt und unterstützt werden, ist das Mass voll. Ist uns die Kultur der Reitschule wichtiger als die Nachteile, die das dortige Traditionsbewusstsein in Anarchosyndikalismus mit sich bringt? Natürlich hat Erich Mozsa mit seiner Disziplinierungsmotion in ein Wespennest gestochen. Wenn die Reitschule aber weiterbestehen soll, müssen wir auch die linksextrême Tradition weiterpflegen und subventionieren. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir etwas Neues finden. Ein Anstoss dazu

ist die vorliegende Initiative. Ich werde sie wahrscheinlich ablehnen, aber mit dem Vorbehalt, dass das Politheater der Reitschule irgendeinmal aufhören muss.

Martin Schneider (BDP): Als Vizepräsident der SBK möchte ich festhalten, dass die Sprecherin der SBK unsere Meinung gut vertreten hat. Wer in einer Kommission ist, weiss, dass man eher Geschäfte übernimmt, deren Thematik man kennt. Das ist legitim.

Erich J. Hess (JSVP): Es geht hier nicht um eine dritte oder vierte Schliessungsinitiative, die früheren Initiativen hatten alle einen anderen Inhalt. Die letzte hat gefordert, dass die Reitschule die Kosten selbst übernehmen solle. Bei der vorletzten lag bereits ein fertiges Nutzungskonzept vor. Die heutige Initiative ist die erste seit 15 Jahren, die eine Schliessung fordert. Dieses Anliegen stört nicht viele Leute. Das wird auch ersichtlich aus den wenigen Zuhörern auf der Tribüne. Die Reithalle interessiert niemanden mehr. Sie ist ein Überbleibsel aus der Vergangenheit.

Wir haben genug Kultur in unserer Stadt. Wir haben auch noch den Progr, dessen Kultur ein anderes Thema ist.

Zur Frage, wohin die Jungen gehen sollen, wenn die Reithalle geschlossen wird: Es ist nicht klug, die Jungen an einen Ort zu schicken, wo Drogen konsumiert werden, wo sie linksextrem beeinflusst und zu Gewalttätern erzogen werden. Sie sollten besser in eine privat organisierte Bar gehen oder beim Hornussen, Jodeln, Schwingen oder in einem Turnverein mitmachen. Das ist besser, als in der Reithalle einen Joint zu rauchen. Ich bitte Sie im Interesse der Steuerzahler und deren Sicherheit, die Initiative anzunehmen.

Jimmy Hofer (parteilos): Ich stelle den **Antrag, dass man den Satz mit der Räumung und dem Verkauf umstellt** (Seite 7, rechte Spalte, 3. Abschnitt, Zeile 7).

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Vorurteile kann man nicht ausräumen, die Meinungen sind gemacht. Das ist seit etwa 20 Jahren so. Wenn die Initiative etwas Gutes hat, dann das, dass die Bernerinnen und Berner einmal mehr sagen können, was sie von der Reithalle halten. Der Gemeinderat ist völlig überzeugt, dass sie auch bei dieser Initiative klar sagen werden, dass die Reithalle ein wichtiger Ort ist für die Jugend und Jugendpolitik, für soziale Entwicklungen und ein entsprechendes Engagement der Jungen. Darum ist der Gemeinderat klar der Meinung, dass man die Initiative ohne Wenn und Aber ablehnen muss.

Zu den Anträgen: Als die Reitschule gesamtsaniert wurde, sprach der Bund Subventionen. Als Gegenleistung hat man mit ihm einen Schutzvertrag abgeschlossen, der bestimmt, dass das Gebäude als Ganzes architektonisch erhalten bleiben müsse. Dieser Vertrag ist eigentümergebunden, müsste also auf einen allfälligen Käufer übertragen werden. Deshalb der Hinweis auf die nationale Bedeutung des Gebäudes. Er ist wichtig und sollte nicht gestrichen werden. Den Anträgen der Kommission können wir zustimmen. Über die übrigen Anträge konnte sich der Gemeinderat keine Meinung bilden.

Urs Frieden, Stadtratspräsident: Ich weise Sie darauf hin, dass alle Abstimmungen zu diesem Geschäft unter Namensaufruf erfolgen werden.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Initiative ab (15 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 063*

Abstimmungsbotschaft

Bernhard Eicher (JF): Die FDP-Fraktion möchte für die Abstimmungsbotschaft **Antrag auf Rückweisung** stellen. Eine Botschaft sollte neutral formuliert sein und alle wichtigen Aspekte berücksichtigen. Es gibt deren zwei, den kulturellen und den sicherheitspolitischen. Auf diesen geht die Botschaft nicht ein. Darum unser Antrag, dass wir sie zurückweisen und verlangen, dass der Gemeinderat in ähnlichem Umfang auf diese Frage eingeht, wie er die kulturelle Frage behandelt. So können sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über diese zwei Hauptaspekte aus neutraler Quelle informieren.

Lea Bill (JA!): Diese Kritik ist in der Kommission nie thematisiert worden. Der Rückweisungsantrag liegt auch nicht als Tischvorlage vor. Ich bitte Sie, ihn abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag ab (21 Ja, 48 Nein). *Abst.-Nr. 064*

Anträge SBK

1. *Antrag SBK zu Seite 3, rechte Spalte, Abschnitt 1: Streichung letzter Satzteil*

(...) ein (...) soziokulturelles Angebot für ein breites Spektrum von Gruppen angeboten, ~~wenn auch nicht immer konfliktfrei.~~

2. *Antrag SBK zu Seite 6, linke Spalte, 1. Abschnitt „Rössli“ ist hinter dem „Sous le pont“ ebenfalls zu nennen*

Sous le pont / **Rössli**: Selbstverwaltetes Restaurant als Treffpunkt (...).

3. *Antrag SBK zu Seite 8, rechte Spalte: Streichung letzter Satz*

Die Initiative (...) die Meistbietende geben. ~~Falls der Verkaufspreis 7 Mio. übersteigt, wäre der Stadtrat für die Besiegelung des Verkaufs zuständig.~~

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 der SBK ab (33 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 065*

2. Der Antrag 2 der SBK ist unbestritten.

3. Der Stadtrat stimmt Antrag 3 der SBK zu (57 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 066*

Ergänzungsantrag Fraktion GLP

Die Abstimmungsbotschaft ist mit folgendem Abschnitt zu ergänzen:

Sicherheitspolitische Betrachtung

Der Berner Stadtrat hat im Jahr 2009 eine Motion mit dem Titel „Reitschule schützen: Gewaltprobleme lösen“ gutgeheissen. In dieser bekennt sich der Stadtrat zur Reitschule als einem breit akzeptierten und für die Stadt Bern unerlässlichen Kulturort. Weiter hat der Stadtrat aber auch klare sicherheitspolitische Auflagen beschlossen. So werden die Verhandlungspartner der Reitschule verpflichtet, die in der Leistungs- und Sicherheitsvereinbarung eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Dies umfasst unter anderem einen permanenten Sicherheitsdienst, der eng mit den Behörden zusammenarbeitet sowie die Auflage, bei Demonstrationen das Tor der Reitschule zu schliessen und zu verhindern, dass die Reitschule als sicherer Rückzugsraum für Gewalttäterinnen und Gewalttäter dient.

Weiter hat der Stadtrat mit dieser Motion beschlossen, dass die Stadt bei Verstössen gegen die Leistungsverträge sowie die Sicherheitsvereinbarung Sanktionen vorsieht (z.B. Kürzungen der Nebenkosten im Subventionsvertrag oder auch eine Vertragskündigung). Der Stadt- und der Gemeinderat stehen nach wie vor zu dieser Entscheidung und versichern, diesen umzusetzen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag ab (25 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 067*

Anträge SVPplus

1. Antrag zu Seite 3, linke Spalte, Absatz 1, Zeile 4

(...) Da die Reitschule in ihrer Gesamtanlage ein schützenswertes Objekt ~~von nationaler Bedeutung~~ ist und nicht abgerissen werden kann, (...).

2. Antrag zu Seite 3, linke Spalte, Absatz 2, Zeile 8

(...) In zahlreichen Vereinen, Genossenschaften und Gruppen wird zudem mit Engagement viel Freiwilligen- und Integrationsarbeit geleistet (...).

3. Antrag zu Seite 3, linke Spalte, Absatz 2, Zeile 8

(...) In zahlreichen Vereinen, Genossenschaften und Gruppen wird zudem (...) und ein zur Hauptsache ~~nichtkommerzielles~~, soziokulturelles Angebot für ein breites Spektrum von Gruppen angeboten, wenn auch nicht immer konfliktfrei.

Erich J. Hess (JSVP): Die Abstimmungsbotschaft ist ein absoluter Hohn. Das einzig Richtige wäre, sie zurückzuweisen und dem Gemeinderat zu sagen, er solle aus seinen Träumen erwachen. Sie ist ein Märchenbuch und jenseits von Gut und Böse. Im Minimum müssen wir noch ein paar wenige Dinge korrigieren. Zum 1. Antrag SVPplus: Wenn der Bund ein paar Franken an die Renovation des Gebäudes bezahlt hat mit der Auflage, man solle es nicht abreißen, heisst das noch lange nicht, dass es ein Gebäude von nationaler denkmalpflegerischer Bedeutung ist. Darum muss „von nationaler Bedeutung“ gestrichen werden.

Zudem möchte ich den Antrag von Jimmy Hofer unterstützen. Der Gemeinderat gibt die Initiative falsch wider. Die Reithalle soll zuerst geschlossen und dann verkauft werden. Darum muss das abgeändert werden.

Wir stellen den folgenden **Ergänzungsantrag**: Seite 8, linke Spalte: Auch hier müsste stehen, dass die Reitschule zuerst geschlossen wird, bevor sie verkauft wird. Ich bitte Sie, diese Anträge anzunehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 SVPplus ab (11 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 068*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 SVPplus ab (17 Ja, 49 Nein). *Abst.-Nr. 069*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVPplus ab (29 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 070*

Rolf Zbinden (PdA): Ich habe vor Schlaumeiereien gewarnt und Jimmy Hofer hat das am Text festgemacht: Seite 7, rechte Spalte, 3. Abschnitt, Zeile 7: „Konflikte bei einem Verkauf und der anschliessenden Räumung wären vorprogrammiert.“

Diese verdeckte Drohgebärde ist nicht nötig und nicht sinnvoll. Ich stelle deshalb **den Antrag, von „Konflikte bei der Räumung“ bis „Spekulationen Tür und Tor geöffnet würde“ zu streichen.**

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Streichungsantrag zu (51 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 071*

Urs Frieden, Stadtratspräsident: Dadurch wird der Antrag von Jimmy Hofer zu dieser Passage obsolet. Er zieht seinen Antrag zurück. Was soll genau mit diesem Ergänzungsantrag ergänzt werden, Erich Hess?

Erich J. Hess (JSVP): Man muss dem Stimmbürger erklären, was wirklich geschieht, wenn die Initiative angenommen wird. Es muss also auch stehen, was vor dem Verkauf geschieht. Vor

dem Verkauf wird die Reitschule geschlossen und geräumt. Das muss auf Seite 8 gesagt werden.

Urs Frieden, Stadtratspräsident: Auf S. 8 soll also „**geräumt und geschlossen**“ ergänzt werden.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag SVPplus ab (27 Ja, 35 Nein). *Abst.-Nr. 072*

Erich J. Hess (JSVP): Ich bin über den Gemeinderat und den Stadtrat enttäuscht. Sie gaukeln dem Volk etwas vor, das nicht wahr ist. Ich bitte Sie, im Namen der SVPplus-Fraktion und im Namen des Berner Stimmvolkes, die Botschaft abzulehnen, damit eine neue ausgearbeitet wird.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt die bereinigte Abstimmungsbotschaft an (48 Ja, 18 Nein). *Abst.-Nr. 073*

- Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 8 bis 17 auf die Sitzung vom 1. Juli 2010. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Lea Kusano, SP): Autos oder Bäume?
2. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Sicherheit: Setzt der Gemeinderat den Volksentscheid nicht um?
3. Motion Beat Gubser (EDU): Kein Gender Mainstreaming an der Volksschule
4. Postulat Fraktion BDP/CVP (Béatrice Wertli, CVP): Bärenpark-Steg prüfen
5. Postulat SP/JUSO (Ursula Marti, SP): Die Mittelstrasse soll eine richtige Begegnungszone werden!
6. Interfraktionelles Postulat GB/JA!, SP/JUSO, GLP, BDP/CVP (Aline Trede, GB/Lea Bill, JA!/Tanja Walliser, JUSO/Tanja Sollberger GLP/Vania Kohli, BDP): Wissenschaftlicher Pilotversuch: Für einen vernünftigen Umgang mit Cannabis
7. Interpellation Fraktion BDP/CVP (Béatrice Wertli, CVP): Wo geht die Stadt Bern über die kantonalen Anforderungen und die SKOS-Richtlinien bei der Sozialhilfe hinaus?
8. Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Zustände im Sozialdienst der Stadt Bern

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Christine Brand*

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 24.06.2010-22:14 - 063

Abst.Nr.: 24.06.2010-22:18 - 065

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 063.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 063.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 065.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 065.

**** Präsidentin stimmt nicht

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 24.06.2010 22:14:47

Datum / Zeit des Ausdruckles: 24.06.2010 22:18:15

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 24.06.2010-22:17 - 064

Abst.Nr.: 24.06.2010-22:18 - 066

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 064.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 064.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 066.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Lists 50 council members and their votes for agenda item 066.

**** Präsidentin stimmt nicht

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 24.06.2010 22:17:35

Datum / Zeit des Ausdruckles: 24.06.2010 22:19:11

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 24.06.2010-22:23 - 067

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Battagliero, Beuchat, Bill, Blaser, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Bahnan Buechi, Bartlome, Bartschy, etc.

**** Präsidents stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 24.06.2010-22:25 - 069

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Sollberger, Streit-Stettler, Theiler, etc.

**** Präsidents stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 24.06.2010 22:24:06

Datum / Zeit des Ausdruckes: 24.06.2010 22:25:29

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 24.06.2010-22:24 - 068

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Schwarz, Seydoux, Sollberger, etc.

**** Präsidents stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 24.06.2010-22:25 - 070

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, and Response. Includes names like Blaser, Bürki, Dana, etc.

**** Präsidents stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 24.06.2010 22:25:04

Datum / Zeit des Ausdruckes: 24.06.2010 22:26:03

Anhang zu Protokoll Nr. 19 | Stadtratssitzung, 24. Juni 2010

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 24.06.2010-22:27 - 071

Abst.Nr.: 24.06.2010-22:30 - 073

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Seydoux	Yes	FDP	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Ammann	Peter	GLP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Espinoza	Tania	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPB-DA	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gasser	Judith	GB	Ja
Glauser	Jeanette	GB	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Grosjean	Claude	partellos	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gutzwiller	Lukas	GFL	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Kusano	Lea	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja

Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Pinto	Halua	SP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Schoch-Meyer	Silvia	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Solberger	Tanja	GLP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Wertli	Béatrice	CVP	Ja
Zhinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Gölin	Thomas	SP	Enth.
Frieden	Urs	GB	****
Aniker-Mansour	Cristina	GB	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Bühler	Peter	SVP	
Bürki	Thomas M.	BDP	
Eicher	Bernhard	JF	
Elsener	Susanne	GFL	
Jordi	Stefan	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Lutz-Beck	Daniela	GFL	
Mäder	Martin Michel	BDP	
Müller	Philippe	FDP	
Sännez	Hasim	SP	
Streit-Stettler	Barbara	EVP	
von Greyerz	Nicola	SP	
Walliser	Tanja	JUSO	
Widmer	Manuel C.	GFL	

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hofer	Jimmy	partellos	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Meyer	Robert	SD	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Seydoux	Yes	FDP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Ammann	Peter	GLP	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Espinoza	Tania	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPB-DA	Ja
Gasser	Judith	GB	Ja
Glauser	Jeanette	GB	Ja
Gölin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	partellos	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Gutzwiller	Lukas	GFL	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja

Künzler	Peter	GFL	Ja
Kusano	Lea	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Pinto	Halua	SP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Schoch-Meyer	Silvia	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Solberger	Tanja	GLP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
Wertli	Béatrice	CVP	Ja
Zhinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	****
Aniker-Mansour	Cristina	GB	
Bahnan Buechi	Rania	GFL	
Bühler	Peter	SVP	
Bürki	Thomas M.	BDP	
Eicher	Bernhard	JF	
Elsener	Susanne	GFL	
Jordi	Stefan	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Mäder	Martin Michel	BDP	
Sännez	Hasim	SP	
von Greyerz	Nicola	SP	
Walliser	Tanja	JUSO	
Widmer	Manuel C.	GFL	

**** Präsidentin stimmt nicht

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 24.06.2010 22:28:09

Datum / Zeit des Ausdruckles: 24.06.2010 22:31:09

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 24.06.2010-22:29 - 072

Ammann	Peter	GLP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Espinoza	Tania	GFL	Nein
Fischer	Regula	GPB-DA	Nein
Gasser	Judith	GB	Nein
Glauser	Jeanette	GB	Nein
Gölin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Gutzwiller	Lukas	GFL	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kusano	Lea	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Pinto	Halua	SP	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schoch-Meyer	Silvia	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zhinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja

Dana	Dolores	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Grosjean	Claude	partellos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Seydoux	Yes	FDP	Ja
Solberger	Tanja	GLP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Wertli	Béatrice	CVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Frieden	Urs	GB	****
Aniker-Mansour	Cristina	GB	
Bahnan Buechi	Rania	GFL	
Bühler	Peter	SVP	
Bürki	Thomas M.	BDP	
Eicher	Bernhard	JF	
Elsener	Susanne	GFL	
Gafner	Jacqueline	FDP	
Jordi	Stefan	SP	
Jost	Dannie	FDP	
Klauser	Daniel	GFL	
Leibundgut	Edith	CVP	
Mäder	Martin Michel	BDP	
Müller	Philippe	FDP	
Sännez	Hasim	SP	
von Greyerz	Nicola	SP	
Walliser	Tanja	JUSO	
Widmer	Manuel C.	GFL	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 24.06.2010 22:30:00